In den Tod gehetzt S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

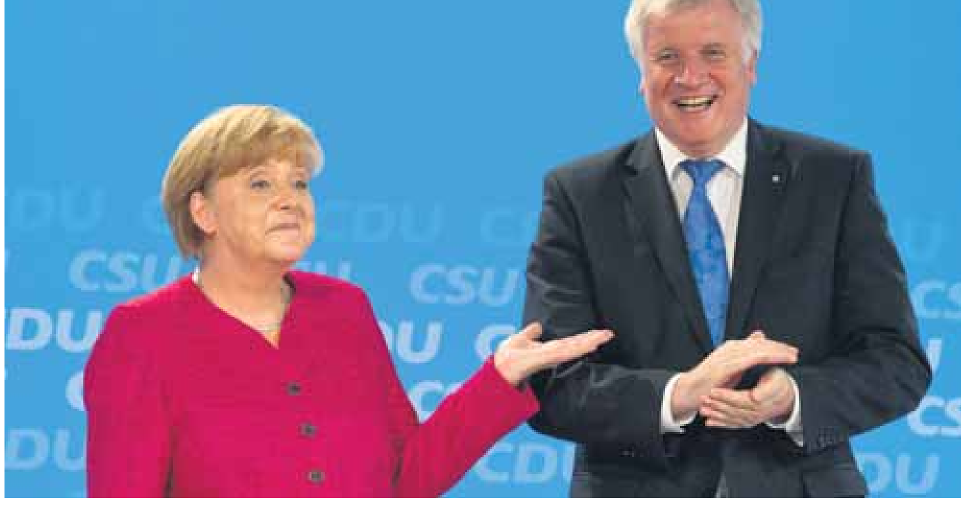
Nr. 26 – 29. Juni 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Mit sich und ihrer Welt vollkommen zufrieden: CDU-Chefin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer

Bild: pa

Unionsmitglieder verhöhnt

Merkel und Seehofer schieben alle demokratischen Regeln beiseite

„Regierungsprogramm" der Union: Die Wirtschaft ist entsetzt, die Parteimitglieder wurden übergangen und die Anhänger sind enttäuscht.

Das Urteil hätte kaum vernichtender ausfallen können: „Die mittelständische Industrie hat keine politische Heimat mehr", klagt Thomas Lindner, Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Im VDMA sind jene Unternehmen zusammengeschlossen, auf denen die weltweit beneidete Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit der deutsche Wohlstand ruht.

„Wir verfrühstücken gerade die wirtschaftliche Dynamik, die die Agenda 2010 geschaffen hat", schimpft Lindner und gibt der Politik der Bundesregierung die Schuld. Der vergangene Montag erschien wie eine zynische Bestätigung für Lindners Klage. Was CDU und CSU als ihr „Regierungsprogramm" vorstellten, werde zu „spürbaren Mehrbelastungen" der Steuerzahler und Rentenbeitragszahler führen, warnen die Arbeitgeberverbände. CDU-Chefin Angela Merkel und ihr CSU-Kollege Horst Seehofer hatten beteuert, dass ihre versprochenen sozialen Wohltaten wie höhere Mütterrenten und die Einführung einer „Lebensleistungsrente" keine zusätzlichen Belastungen brächten. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nennt das einen „schweren Fehler".

> Wahlprogramm ist durch und durch sozialdemokratisch

Was die Union am Montag präsentiert hat, entspricht weit mehr sozialdemokratischer Füllhornrhetorik als verantwortungsbewusster bürgerlicher Politik, darin sind sich die allermeisten Kritiker einig. Offensichtlich zielen Merkel und Seehofer längst auf eine große Koalition, in der sie dann die SPD für die unumgänglichen Mehrbelastungen für Steuer- und Beitragszahler verantwortlich machen können. Rot wie Grün überschlagen sich ohnehin seit Monaten in Steuererhöhungsphantasien.

Doch nicht bloß inhaltlich ist das Wahlprogramm der Union für ihre Anhänger und Parteimitglieder eine Provokation. Die Art, wie das Programm verabschiedet wurde, kommt einer dreisten Verhöhnung demokratischer Gepflogenheiten gleich. Waren es früher gewählte Parteitagsdelegierte, die die Programme verabschiedeten, so entschieden jetzt einfach die Vorstände. Selbst längst gefasste Parteitagsbeschlüsse spielten überhaupt keine Rolle mehr. Dass die Unionsführung ihren Katalog dann auch noch hochtrabend „Regierungsprogramm" statt Wahlprogramm nannte, obwohl die Wähler nach ihrer Meinung, wer regieren soll, noch gar nicht gefragt wurden, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Die Parteimitglieder der Union sind bereits allerhand gewöhnt und haben dabei erstaunlichen Gleichmut bewiesen. Was ihnen indes am vergangenen Montag zugemutet wurde, stellt das Gewesene weit in den Schatten. Im Grunde hat für sie die Mitgliedschaft jeden Sinn verloren, denn das damit verbundene Versprechen, mitreden zu dürfen, wird nicht einmal mehr zum Schein eingelöst.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Antipolnisch?

Medien und Politiker empören sich: Es seien „revanchistisches Gedankengut", „antipolnische Parolen" und Hass, die Rudi Pawelka vergangenes Wochenende beim Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover verbreitet habe. Man könnte meinen, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien habe seinen Gegnern durch unbedachte Äußerungen eine Steilvorlage sowie dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius (SPD) und dem Landtagspräsidenten Bernd Busemann (CDU) einen Grund für deren Nichtteilnahme an der Veranstaltung gegeben. Der Haken an der Sache ist nur, dass sich in seiner Rede nichts dergleichen findet. Pawelka stellt fest, dass Versöhnung die Wahrheit, das Eingeständnis von Unrecht und die Anerkennung des Rechts brauche. Das finde weltweit immer mehr Beachtung und sei regelmäßig mit einer Entschuldigung verbunden, was er anhand mehrerer Beispiele belegt. Er verweist darauf, dass sich Deutschland vielfach für seine Verbrechen entschuldigt habe, die Verbrechen an Deutschen dagegen nicht anerkannt würden. Breiten Raum seiner Rede widmet er der erfolgreichen Versöhnungsarbeit, der sich seine Landsmannschaft stelle.

Pawelka hat mit klaren, aber nicht unangemessenen Worten historische Wahrheiten ausgesprochen, diese mit Beispielen belegt und der Befindlichkeit der Vertriebenen Ausdruck verliehen. Was ist daran antipolnisch oder revanchistisch? Nichts, es sei denn, dass man einzelne Passagen daraus aus dem Zusammenhang reißt oder sie böswillig fehlinterpretiert. Und genau das ist hier geschehen, um einen Sturm der Entrüstung entfachen zu können.

Heer der Unzufriedenen

Bundeswehrstudie bringt alarmierende Ergebnisse

Die Bundeswehr steht kurz vor der Implosion." Dieses deutliche Fazit zieht Ulrich Kirsch, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, aus den Ergebnissen einer von ihm in Auftrag gegebenen Studie über die aktuelle Situation der Bundeswehr. Dazu hat die Technische Universität Chemnitz rund 3800 militärische Führungskräfte befragt, von denen 2223 den Fragebogen zurückgeschickt haben. Die Beteiligungsquote von knapp 60 Prozent werten die Sozialwissenschaftler als „absolut herausragend" und Indiz dafür, dass die Befragten mit der „Neuausrichtung" der Streitkräfte massiv unzufrieden sind.

Das spiegelt sich auch deutlich in den Ergebnissen der Studie wider. Demnach halten nicht einmal acht Prozent die Umsetzung der Reform für gelungen. Knapp drei Viertel halten den Nachbesserungsbedarf für groß oder sehr groß. Nur 17 Prozent

> »Soldaten werden im Stich gelassen«

würden den Dienst in der Bundeswehr empfehlen. Hauptkritikpunkte sind die fehlende berufliche Planungssicherheit (83 Prozent), Mängel bei der Vereinbarung von Beruf und Familie (73 Prozent) sowie die Besoldung (42 Prozent). 60 Prozent der Befragten fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.

Die Ergebnisse der Studie seien „alarmierend", so die Bewertung der Wissenschaftler, und signalisierten einen „akuten politischen Handlungsbedarf". Daher seien eine „Nachsteuerung" bei der Reform, ausreichende Ressourcen für deren Umsetzung und eine umfassende politische Unterstützung für die Bundeswehrangehörigen „dringend geboten". Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière macht seinen Soldaten jedoch wenig Hoffnung auf Abhilfe. „Die Richtung stimmt", ließ er sie wissen. Außerdem seien „erst 20 Prozent der Wegstrecke zur Neuausrichtung" zurückgelegt und die Situation verbessere sich jetzt „Monat für Monat".

Jan Heitmann

Schock für Etablierte

Frankreich: Front National holt 46 Prozent bei Nachwahlen

Schwerer Schock für Frankreichs etablierte Parteien: Bei Nachwahlen zur Nationalversammlung im südwestfranzösischen Bezirk Lot-et-Garonne erzielte der Kandidat der rechten Partei Front National in der Stichwahl 46,2 Prozent. Knapp durchgesetzt hat sich der Vertreter der konservativen UMP des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy mit 53,8 Prozent. Die Sozialisten des amtierenden Präsidenten François Hollande waren schon im ersten Durchgang ausgeschieden.

Für die Sozialisten stand die Wahl im Schatten eines Skandals: Bislang hatte ihr Haushaltsminister Jérôme Cahuzac den Wahlkreis in Paris vertreten. Er hatte zurücktreten müssen, nachdem ein heimliches Konto in der Schweiz entdeckt worden war. Im Zentrum der Politik von Hollande steht die weitaus härtere Besteuerung von

> Minister: »Barroso ist schuld!«

„Reichen", weshalb die Affäre besonders peinlich war.

Hollandes Industrieminister Arnaud Montebourg macht EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso verantwortlich für das überaus starke Abschneiden des Euro-kritischen Front National der charismatischen Parteichefin Marine Le Pen. Der Druck, welchen Brüssel auf demokratisch gewählte Nationalregierungen ausübe, treibe die Menschen in die Arme von Euro-kritischen Formationen wie den Front National.

In der Tat setzt die rechte Partei stark auf Kritik an Brüssel, der EU und dem Euro. Nach dem für die regierenden Sozialisten verheerenden Ergebnis steht zu erwarten, dass die Regierung Hollande, ohnehin tief im Umfragen-Keller, nun vermehrt auf die Durchsetzung nationaler Interessen und – wie von Montebourg eingeläutet – auf Konfrontation mit der Führung der Europäischen Union in Brüssel setzt. Konflikte scheinen programmiert.

H.H.

MELDUNGEN

Berlin bremst Ankara aus

Luxemburg – Die Mehrheit der EU-Außenminister wollte am vergangenen Dienstag die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nach drei Jahren des Stillstands wieder aufnehmen, doch Deutschland, Österreich und die Niederlande drängten auf Verschiebung. „Wir können doch nicht bei anderen Ländern wie Ägypten ständig unseren Finger in die Wunde legen, aber dann, wenn es um ein Kandidatenland geht, nicht“, kritisierte der österreichische Außenminister Michael Spindelegger die Wiederaufnahme zu einem Zeitpunkt, an dem der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan mit erschreckender Gewalt gegen Protestanten vorgeht. Vor allem Berlin war angesichts der aktuellen Ereignisse in der Türkei für eine Verschiebung der Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen auf den Herbst und wurde dafür kritisiert (siehe auch Seite 8). *Bel*

Premier von Zemans Gnaden

Prag – Obwohl alle Parteien im tschechischen Parlament dagegen sind, will Staatspräsident Milos Zeman eine Expertenregierung aufstellen. Da er als Präsident die Möglichkeit hat, den Premier zu ernennen, will er nun nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Peter Necas aufgrund einer Korruptions- und Bespitzelungsaffäre seine eigene Regierung bauen. „Wenn Zeman das macht, wird Tschechien de facto zur Präsidialrepublik“, warnt die Tageszeitung „Hospodarske noviny“. Doch der erstmals vom Volk gewählte Präsident hat laut Verfassung das Recht, sich über die im Parlament sitzenden Parteien hinwegzusetzen. Er darf einen Premier ernennen, der sich dann eine Regierungsmannschaft zusammenstellt. Zwar muss das Personal vom Parlament abgesegnet werden, doch erfolgt dieser Segen nicht, gibt es für Zeman keine Fristen, um eine neue Regierungsmannschaft zu präsentieren. *Bel*

In den Tod gehetzt

Türkischstämmige Täter erhalten milde Strafe, obwohl die aggressiven Angreifer polizeibekannt waren

Gehetzt von Ali T., kam Guiseppe Marcone 2011 auf dem Berliner Kaiserdamm ums Leben. Jetzt wurde dort eine Gedenktafel enthüllt. Der Haupttäter und ein Mittäter, die Marcone bereits in der U-Bahnhaltestelle Kaiserdamm angriffen, bekamen nur Strafen zur Bewährung.

Über 100 Menschen versammelten sich am Berliner Kaiserdamm zum Gedenken an Guiseppe Marcone. Am Fußgängerüberweg gegenüber der U-Bahnhaltestelle steht auf dem Mittelstreifen der Straße jetzt ein für ihn gepflanztes Bäumchen. Auf der Gedenktafel an der Pflanzschale heißt es: „An dieser Stelle wurde Guiseppe Marcone am 17. September 2011 im Alter von 23 Jahren von gewalttätigen Jugendlichen zu Tode gehetzt.“ Letzteres ist nicht ganz richtig: Ali T. und Baris B. waren zur Tatzeit bereits 22 und 21 Jahre alt.

Marcone hatte sich gerade für vier Jahre bei den Gebirgsjägern verpflichtet. Die Fahrkarte für seinen Dienstantritt am 4. Oktober in Bayern war schon gekauft. Frühmorgens am 17. September kam er mit seinem Freund Raul von einer Feier, der U-Bahnhof Kaiserdamm war eine Station auf dem Heimweg. Wie seine Mutter Vaja gegenüber der *PAZ* erklärt, fuhr Giuseppe praktisch nie U-Bahn, sondern stets mit dem Fahrrad. Nur weil er seinen Freund begleiten wollte, war er an diesem Tag gegen 5 Uhr früh in der U-Bahn; sein Fahrrad hatte er auch hier dabei.

Auf dem U-Bahnsteig wurden die beiden von den Türken Ali T. und Baris B. erst angepöbelt und dann angegriffen. Die Schläger waren bereits wegen Raub und Körperverletzung polizeibekannt. Doch für mehr als eine Woche Jugendarrest und ein paar aufgebrummte Sozialstunden hat es bei

Medieninteresse wurde strafmildernd berücksichtigt

der Berliner Justiz nie für sie gereicht, und so liefen sie weiter als menschliche Zeitbomben herum. „Wir dachten doch nicht, dass die von Neukölln hierherkommen“, sagt Giuseppes Mutter im Gespräch mit der *PAZ*. Doch die Schläger waren da. Ali T. erklärte gegenüber Marcone, er werde ihn auch „im Einzelkampf ficken“. Marcone flüchtete die U-Bahntreppe hinauf auf die Rognitzstraße. Dann rannte er – verfolgt von Ali T. – über die erste Hälfte der Fußgängerfurt des Kaiserdamms. Die auf dem Mittelstreifen bis dicht an die Fußgängerfurt querparkenden Pkw erschwerten den Blick auf die Fahrbahnen der anderen Seite. Um diese Uhrzeit schien es praktisch keinen Verkehr zu geben. Verhängnisvoller Weise kam jedoch gerade ein Auto, als Guiseppe die Fahrbahn betrat. Erst wurde er gegen die Windschutzscheibe und dann gegen einen Ampelmast geschleudert. Die Ampel steht noch heute schief durch die Wucht des Aufpralls. Wie es im Urteil heißt, starb Marcone noch am Unfallort an einer Hirn- und Halsmarkzerreißung sowie einem stumpfen Brustkorbtrauma mit Lungenzerreißung.

Das Gericht verurteilte Ali T. wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu einer Haft von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Baris B., der Marcone

Opfer hätte bei der Flucht aufmerksamer sein müssen

nicht verfolgte, erhielt eine viermonatige Haftstrafe, ebenfalls zur Bewährung. Der Staatsanwalt hatte viereinhalb Jahre für Ali T. gefordert.

Im Urteil finden sich auch falsche Angaben. So ist von den „ersten fünf Fahrstreifen“ die Rede, die Marcone „problemlos“ habe überqueren können. Der Kaiserdamm hat an der Stelle, um die es geht, jedoch nur vier Fahrstreifen. Laut Urteil habe nicht sicher geklärt werden können, in welchem Abstand Ali T. hinter Guiseppe her gewesen sei. Fest stünde, „dass der Angeklagte T. nicht dichter als sieben bis neun Meter hinter dem Geschädigten Marcone hinterherlief“. Angeblich fünf Fahrspuren, nicht dichter als sieben bis neun Meter – dies klingt, als habe es noch einen ziemlichen Abstand zwischen beiden gegeben. Doch davon kann keine Rede sein.

Ali T. hatte eingeräumt, die erste Fahrspur bereits betreten zu haben. Der Autor dieses Beitrags hat die Breite der vier Fahrspuren vermessen: sie beträgt nur 11,68 Meter. Bei einem Lauftest rannte der Autor die vier Fahrspuren bis zum Mittelstreifen handgestoppt in drei Sekunden. Wenn Ali T. sieben bis neun Meter hinter Marcone war, bedeutet dies bei einem schnellen Lauf nur einen Abstand von zwei bis drei Sekunden. Doch eine Aussage bezüglich der Zeit findet sich nicht im Urteil. Dabei ist klar: Der Täter war Marcone ganz dicht auf den Fersen. Wie Frau Marcone bestätigt, hat der Richter im Prozess auch erklärt: Wäre Giuseppe „etwas schräger oder langsamer über die Straße gelaufen, wäre der Zusammenprall mit dem Auto nicht auf diese Weise passiert“. Doch: Wäre Giuseppe langsamer gelaufen, hätte ihn der Verfolger gehabt.

Es gab nichts, was das Gericht nicht heranzog, um Ali T. milde zu bestrafen. Dass ihm in der U-Haft der Doppelmörder Memet Y. einen Kochtopf auf den Kopf schlug, wurde ebenso strafmildernd berücksichtigt wie unter anderem eine angeblich stigmatisierende Presseberichterstattung. Dabei hat die Presse nie den vollen Namen des Täters genannt oder ein unverpixeltes Foto des Gesichts gezeigt. *Michael Leh*



In Trauer vereint: Vaja Marcone legt eine Blume an der Gedenktafel für ihren nach einer Hetzjagd auf dem Berliner Kaiserdamm getöteten Sohn Guiseppe nieder Bild: Leh

Die Schulden-Uhr: Eine Hand wäscht die ...

Eine Hand wäscht die andere, lautet ein deutsches Sprichwort. Peer Steinbrück scheint beim Genossenfilz nicht nur ein Nehmender, sondern auch ein Gebender zu sein. So berichtet der „Stern“, der Bundesrechnungshof habe moniert, dass 2008 der damalige Bundesfinanzminister seinem Genossen und damaligen Pressesprecher Torsten Albig zu einer unangemessenen „Funktionszulage“ in Höhe von monatlich 1200 Euro verholfen habe. Hierzu hatte der heutige SPD-Kanzlerkandidat dem heutigen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten zum Leiter einer neugeschaffenen Abteilung gemacht, deren Gründung laut Rechnungshof weder regelkonform war noch vom Ministerium überzeugend begründet worden ist. *M.R.*

2.085.015.779.043 €

Vorwoche: 2.084.483.899.107 €
Verschuldung pro Kopf: 25.427 €
Vorwoche: 25.421 €

(Dienstag, 25. Juni 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Es ist still geworden in Spanien

Wie die Euro-Krise das einst fröhliche Land verändert hat – Bedrückende Impressionen aus Madrid

Beinahe neun von zehn Spaniern finden, dass der deutsche Einfluss in der EU zu stark sei und mittlerweile ihrem Land mehr schade als nütze – lautet das Ergebnis einer britischen Umfrage. Bilder von Demonstrationen in den südlichen Staaten der EU scheinen zu bestätigen, dass der Ruf der Deutschen in Südeuropa gelitten hat, auch in Ländern, in denen die Deutschen traditionell hohes Ansehen genossen wie in Spanien.

So beschlich den Verfasser dieser Zeilen vor einem kürzlichen Besuch bei Freunden in Madrid ein Gefühl, das ihm zuvor bei Spanien-Reisen völlig fremd war: Die leise Furcht, Zielscheibe antideutscher Regungen werden zu können.

Die Befürchtung indes erwies sich als unbegründet. In einer ganzen Woche voller Gespräche und Begegnungen war, trotz manchmal grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten in der Sache, von Ressentiments, gar Feindseligkeit gegenüber Deutschland und den Deutschen nichts zu spüren.

Wohl aber von der schwierigen Lage der Menschen dort: Gegenüber dem letzten Aufenthalt im September 2011 hat sich die spanische Hauptstadt verändert, die Probleme haben im fünften Jahr der Krise Spuren hinterlassen, die nun kaum noch hinter der Fassade von spanischem Stolz und südlicher Leichtigkeit verborgen bleiben.

„Guck dir die Leute an, ganz anders als früher: hängende Schultern, Blick zum Boden“, macht mich einer meiner Gastgeber aufmerksam. Die Sorgen drückten die Leute nieder. Selbst altbekannte Alltagsgewohnheiten hätten sich geändert: Früher seien sie nach der Arbeit noch für fünf Euro in die Kneipe gegangen. Heute sind die Kneipen außerhalb der touristischen Zentren fast leer. Und sie schließen viel früher: Sind Spanier nicht Nachtmenschen? Haben wir uns nicht immer gefragt: Wann schlafen die eigentlich? Bis in den frühen Morgen waren die Kneipen und Straßencafés voll, die Kinder schliefen zum Schluss ungerührt vom Getümmel in den Armen der Eltern.

Nun ist in dem Vorort der Metropole, in dem meine Gastgeber ein Vier-Zimmer-Appartement bewohnen, schon um Mitternacht kaum noch jemand auf der Straße. Der Ort ist des Nachts so still, dass sogar der ruhegewohnte Nordeuropäer ungestört schlafen kann. Eine ganz neue Erfahrung, eine, die niemand genießen mag.

Einige Kilometer entfernt liegt Parla, eine Stadt mit gut 120 000 Einwohnern. Parla steht wie kaum eine andere Kommune für das Platzen des spanischen Traums. 1970 ein Nest mit nur 10 000 Seelen mauserte sich die Gemeinde bis Anfang der 2000er Jahre zur am schnellsten wachsenden Stadt des Landes. 2007 wurde sogar eine hochmoderne Straßenbahn eröffnet, die Fernbahnverbindung ins Zentrum von Madrid ist ausgezeichnet.

Zwangsgeräumte wohnen in halbfertigen Bauruinen

Die Straßenbahn fährt noch, doch sonst ist nichts mehr, wie es war: Im Zentrum blickt der Besucher in aufgegebene Geschäfte, und die noch durchhalten, sind gähnend leer. Am Ende der Hauptstraße steht ein halbfertiger Wohnkomplex, der gleichwohl komplett bewohnt ist. Es sind die Opfer der massenhaften Zwangsräumungen, die hier einfach eingezogen sind, klärt ein Passant auf. Wenigstens haben sie Strom, wie die zahlreichen Parabolantennen an der unverputzten Betonfassade verraten. Viele der bereits landesweit berühmt gewordenen „Hausbesetzer von Parla“ haben da weniger Glück im Unglück.

Hinter dem hässlichen Block warten schmucke Reihenhäuser, etwa 30, auf den Verkauf. In der Mitte lockt ein Musterhaus Interessenten, die nicht kommen. Keines der Häuser ist bewohnt, nur eines verkauft, was am Schild über dem Vorgärtchen zu erkennen ist: „Zu vermieten“.

In Parla ist beispielhaft zu sehen, wie plötzlich die Spanier von der Krise getroffen wurden. Alle Warnungen vor zu viel Schulden und einer unübersehbaren Blase am Häusermarkt in den Wind schlagend wurde bis zum Schluss ungestüm weitergebaut und gekauft – bis quasi über Nacht alles zusammenfiel. Auf toten Baustellen stehen noch die Maschinen herum, umrankt von Gestrüpp. Offenbar rotten sie dort schon seit Jahren vor sich hin, doch selbst der Abtransport des teuren Geräts lohnte nicht mehr.

In Madrid tummeln sich verwahrloste Bettler. Rumänische Zigeuner, sagen die Einheimischen. Sie waren in der Hoffnung auf Arbeit oder im Vertrauen auf den spanischen Sozialstaat ins Land gekommen und stehen nun ohne alles da. Daneben fallen bettelnde Spanier auf, die dem Anschein nach vor Kurzem noch in einem Büro gearbeitet haben. Im größten Park der Stadt das bedrückendste Bild von allen: Ein Rentner im Anzug sammelt alte Brötchen vom Rasen, die andere für die Vögel hinterlassen hatten. „Er tut sie sich in die Suppe“, verrät mein Gastgeber. Andere harren abends um zehn vor den Supermärkten aus in der Hoffnung, abgelaufene Lebensmittel zu ergattern.

Im Straßencafé mitten in Madrid bittet mich der Kellner, erst zu gehen, wenn er sich sein Trinkgeld von dem Tellerchen mit der Rechnung geholt habe, auf dem ich es der Landessitte folgend immer einfach zurückgelassen hatte. Neuerdings würde es geklaut.

Wer nach solchen Impressionen die Reden jener Politiker hört, die uns erzählen, wie sehr „Europa vom Euro profitiert“, den überkommt ein Schauer von kaltem Zynismus. *Hans Heckel*

Der jähe Mut der Liberalen

Von Theo Maass

In manchen Gegenden der früheren DDR scheint die Zeit seit 1989 stehengeblieben zu sein. Beispiel Templin in der Uckermark: Der 10000-Einwohnerort ist in der Rangliste der höchsten Arbeitslosenzahlen immer ganz vorn dabei als Schlusslicht der wirtschaftlichen Entwicklung. Dazu kommt noch, dass von den ehemals vier Bahnlinien, die Templin anfuhren, nur noch eine in Betrieb ist.

Hat es vielleicht Gründe, warum Investoren einen großen Bogen um Templin (und ähnliche Ortschaften) machen? Wer aus der alten Bundesrepublik kommt, stolpert erst einmal über Straßen mit ungewöhnlichen Namen wie Ernst-Thälmann-Straße, Clara-Zetkin-Straße und ähnliche. Den Bürgermeister der Ortschaft stellen die SED-Nachfolger, die sich nun „Linke" nennen. Bei der Bundestagswahl hatten zwar die Sozialdemokraten knapp die Nase vorn, aber die bürgerlichen Parteien haben in Templin wenig zu melden. Neben den zahlreichen Straßennamen kommunistischer Herkunft erweist sich Templin als Gruselkabinett des ehemals realexistierenden Sozialismus: Antifaschistische Gedenksteine, VVN-Ehrenstätten und als Höhepunkte ein Lenin-Denkmal im Bürgergarten und der Thälmann-Hain.

Alexander Genschow vom Liberalen Bürgerbündnis, früher FDP, verlangte in der Stadtverordnetenversammlung, nun wenigstens Thälmann und Lenin aus dem Stadtbild zu entfernen: „Der Verbrecher Lenin hat ein nie dagewesenes Terrorregime aufgebaut, Thälmann hat Anteil am Untergang der Weimarer Republik und trägt Mitschuld an Hitlers Machtergreifung", so die nachvollziehbare Begründung. Kaum hatte der Liberale geendet, fiel der kommunistische Ungeist in Gestalt von Irene Pischelt von der Linkspartei über ihn her. Genschows Antrag sei Geschichtsklitterung und Verleumdung. Es gebe keinen Grund, sinntragende Denkmäler aus dem Stadtbild zu entfernen. Dann wurde der Antrag abgelehnt. Allerdings hat Templin noch eine Chance: Die Stadtkasse ist leer. Der Abriss von Lenin und Thälmann könnte am Ende billiger kommen als die Renovierung der maroden Verbrecher-Ehrenmäler. Keine Investoren, keine Arbeitsplätze, keine Steuereinnahmen hieße dann eben: auch keinen Lenin und Thälmann.

Bleibt eine Frage: Warum war es nun ausgerechnet die FDP, die hier ein Zeichen setzte? Noch vor 20 Jahren wurden liberale Politiker wie der Berliner Alexander von Stahl wegen antikommunistischer Äußerungen von den eigenen Parteifreunden in den Giftschrank gesperrt. Nun demonstrierten sogar die Jungen Liberalen von Berlin gegen das in Ost-Berlin gelegene Thälmanndenkmal. Ehrliche Einsicht? Oder wirkt hier die Existenzbedrohung durch die AfD?

Aufatmen in den Flutgebieten

Einigung zwischen Bund und Ländern verspricht Hochwasseropfern schnelle Hilfe



Brandenburger sind weniger gut gegen Flut versichert als Bewohner anderer Länder: Die Aufräumarbeiten in der Mark sind in vollem Gange

Bild: imago

Der Streit um die Fluthilfe zwischen Bund und Ländern ist beigelegt. Brandenburg hat Millionenbeträge für den Hochwasserschutz und für betroffene Unternehmen vorgestreckt, nun übernimmt der Bund und finanziert komplett vor. Flutgeschädigte könnten somit doch noch zügig Geld erhalten. Die Einigung macht zudem den Weg frei für den EU-Fiskalpakt in Deutschland.

Das Wasser ist zurückgegangen in der Mark, die Notdeiche großenteils abgebaut und die betroffenen Regionen machen sich für den sommerlichen Tourismus fit. Während der Flut fanden privat organisierte Helfer mitunter schneller zum Einsatzort als die Profis, das Internet machte es möglich. Trotz vieler Helfer sind die Schäden enorm. Auch wenn jüngste Flutgebiete Brandenburgs nun von der winzigen Kriebelmücke geplagt werden, so bringt zumindest die Einigung der Politik in Sachen Fluthilfe den Betroffenen Gutes.

Lange sah es so aus, als könnten sich der Bund und die betroffenen Länder nicht einigen: Die Länder wollten die Fluthilfe über den bereits bestehenden „Fonds Deutsche Einheit" auszahlen, was das Bundesfinanzministerium ausschloss. Der Bund wiederum fand mit seiner Idee der Vorfinanzierung und Ausgabe von Anleihen kein Gehör bei den Ländern. Der Streit sorgte für Unsicherheit bei den Betroffenen, ob Hilfszahlungen schnell und in Form einer spürbaren Unterstützung geleistet würden.

So hatte Brandenburgs Finanzministerium vor der Einigung angekündigt, noch dieses Jahr 20 Millionen Euro extra für den Hochwasserschutz bereitzustellen. Rund 35 Millionen waren hierfür bereits vor der Flut eingeplant gewesen. Das Landwirtschaftsministerium geht von 40 Millionen Euro Schaden allein für die märkischen Landwirte aus. Das Wirtschaftsministerium des Landes stellte vergangene Woche zwei Millionen Euro Soforthilfe für Gewerbetreibende und Freiberufler in Aussicht, auszahlbar möglichst schnell.

Mit diesen Hilfszusagen aber stößt das Land bereits an seine Grenzen. Dabei gilt es, gerade vor der umsatzstarken touristischen Sommersaison aufzuräumen: Die Landesmarketinggesellschaft Tourismus-Marketing Brandenburg (TMB) hat bereits ein Filmteam organisiert, das Urlaubern die Scheu vor einem Aufenthalt nach der Flut nehmen soll. Die Aufnahmen sollen zeigen, dass die Prignitz „erlebbar" sei und die Situation an der Elbe sich Schritt für Schritt normalisiere. Bilder von intakter Natur, geöffneten Hotels und Gaststätten sind jetzt wichtig für das Land, denn nach dem Kampf mit den Wassermassen beginnt nahtlos der um die Feriengäste. Besonders in der Prignitz sollen noch dieses Jahr neue Deiche entstehen. Viele der touristisch wichtigen Radwege laufen in der Mark auf oder entlang von Deichen und sind jetzt entsprechend beeinträchtigt.

Auch die Versicherungsfrage macht Brandenburg abhängiger von rascher Hilfe als andere Bundesländer an Elbe und Oder: Dort sind dank Altverträgen aus DDR-Zeiten meist auch Elementarschäden abgedeckt. In Brandenburg verfügen nur knapp 28 Prozent der Bürger über passende Verträge. In Sachsen und Thüringen sind dagegen gut 40 Prozent der Bürger entsprechend abgesichert.

> Steuererhöhungen wegen Hochwassers sind vom Tisch

Die Einigung von Bund und Ländern komme daher gerade rechtzeitig, findet auch der Deutsche Städtetag. Dessen Hauptgeschäftsführer, Stephan Articus, zeigt sich nach der Einigung erleichtert: „Die Menschen in den von der Flut betroffenen Städten brauchen dringend Hilfe, ebenso wie viele der betroffenen Städte selbst. Nachdem mit dem Rückgang des Hochwassers mehr und mehr dramatische Schäden sichtbar werden, können nun die dringend notwendigen Reparaturen gerade auch an der kommunalen Infrastruktur zügig in Angriff genommen werden."

Alle Soforthilfen und Maßnahmen der Länder werden nun über den als Fluthilfetopf eingesetzten „Fonds Deutsche Einheit" abgerechnet. Steuererhöhungen wegen der Flut seien definitiv vom Tisch, verspricht Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU). Mögliche Hochwasserhilfen der EU sollen ebenfalls direkt in den Fördertopf fließen.

Der Bund übernimmt von den rund acht Milliarden Euro Gesamtkosten alle Kosten für Bundesinfrastruktur. Die Länder haben so statt vier nur noch 3,25 Milliarden zu übernehmen, die sie zudem binnen 20 Jahren bei zwei Prozent Zins zurückzahlen können. Der Bund wird das Geld über Anleihen beschaffen und somit neue Schulden machen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) muss daher einen Nachtragshaushalt für 2013 vorlegen.

Der Bund will zudem sogenannte Entflechtungsmittel, das sind Zuschüsse, die unter anderem für den Nahverkehr und den Wohnungsbau gezahlt werden, bis 2019 weiter in bisheriger Höhe von jährlich 2,6 Milliarden Euro gewähren. Ursprünglich plante Berlin, diese Zahlungen zurückzufahren.

Der daraus entstandene Streit zwischen Bund und Ländern führte dazu, dass Deutschland den EU-Fiskalpakt noch nicht umgesetzt hat. Auch hierfür ist jetzt der Weg frei. Für die vom Städtetag angemahnte Verbesserung der kommunalen Infrastruktur könnte die Einigung indes gerade in der Mark zu wenig bewirken, denn hier fehlt weiter Geld.

Sverre Gutschmidt

Türken gegen Afrikaner

Berlin: Großeinsatz der Polizei bei Streit unter Ausländergruppen

Gewalt im wilden Zuwandererlager auf dem Berliner Oranienplatz: Ein „offenbar rechtsradikaler Türke", wie die „Berliner Zeitung" den Mann umgehend bezeichnete, griff einen Sudanesen mit einem Messer an. Der Konflikt zwischen Ausländergruppen eskalierte zum 250-Mann-Großeinsatz der Polizei. Lagerbewohner beschwerten sich anschließend über Polizisten wegen „rassistischer Beleidigung". Sie veranstalteten zudem eine Sitzblockade gegen das Polizeipräsidium.

Anwohner beschweren sich schon länger über Dreck um den Platz, eine Zunahme von Drogenhandel und Aggression: Ein 24-jähriger türkischer Familienvater geriet jetzt in Streit mit dort seit Monaten lagernden Schwarzafrikanern. Der Mann führte sein sechs Wochen altes Baby mit sich. Laut Polizei fühlte er sich von den Lagernden provoziert, zog ein Messer und stach nach der Brust eines Afrikaners. Der Sudanese wurde oberflächlich verletzt. Zeugen aus dem Lager wollen gehört haben, wie der 24-Jährige sein Opfer als „Scheißneger" beschimpfte. Die Polizei beschreibt indes, mehrere Lagerbewohner seien dem Mann zuvor nachgelaufen und hätten ihn aufgefordert, den Platz zu verlassen.

> Zum Oranienplatz mussten 250 Beamte ausrücken

Der Streit weitete sich massiv aus: Lagerbewohner wollten den 24-Jährigen festhalten, eine Jugendbande mischte sich ein, die Polizei musste die inzwischen eingetroffene Mutter des Babys in Sicherheit bringen, dabei Hunde und Pfefferspray einsetzen. Beamte wurden mit Brettern attackiert. Das Lager besteht, seitdem Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) eine Zusage für den Verbleib der Afrikaner erteilte. Fäkalien rinnen seither aus improvisierten Toiletten.

Die großenteils türkischstämmigen Anwohner beschweren sich über zugestellte Wege, Ratten und Müll. Neben den Afrikanern haben sich linke Organisationen mit Ständen einquartiert. Sie sprechen nun von einem Angriff rechtsradikaler Türken aus dem Umfeld der Partei „Graue Wölfe". Das ist selbst Schulz zu viel: „Man darf den Mann nicht sofort in die Fascho-Ecke stellen." Doch „grundsätzlich stehen wir weiter zur Duldung", sagte er, und zwar „solange die Flüchtlinge sagen: Wir wollen bleiben". Mindestens bis zur Bundestagswahl solle das sein. Der Kreuzberger CDU-Abgeordnete Kurt Wansner mutmaßt daher, dass die Grünen die Afrikaner für ihr Wahlziel missbrauchen, das Asylrecht wieder massiv aufzuweichen. *SV*

Angst vorm Wolf

Graukittel reißt Schaf mitten in einem Dorf

Ein Wolf hat im Landkreis Teltow-Fläming nach einem Sprung über einen 1,8 Meter hohen Zaun ein Schaf gerissen. Der Vorfall ereignete sich in einer Siedlung, nicht etwa fernab davon. Das Land beruhigt die Bürger mit offiziellem „Wolfsmanagement", doch die Konflikte mehren sich.

Fast 100 Wölfe leben in Brandenburg. Die im Januar vorgestellte Wolfsplanung des Landes sieht vor, die Zahl der Tiere in Brandenburg und unmittelbar östlich der Oder durch natürliche Vermehrung auf bis zu 1000 ansteigen zu lassen. Mit Impfungen gegen Tollwut und Entschädigungen für Tierhalter bei Wolfsübergriffen reagiert das Land auf den Wolfszuzug, die Jagd ist verboten.

Über 58 Millionen Euro Gesamtschaden erzeugten Brandenburgs Wölfe in den vergangenen sechs Jahren, vor allem durch Übergriffe auf Weidetiere. Rund 300 in den letzten Jahren getöteten Schafen stehen nur gut 50 Damwildtiere gegenüber. Somit steht keineswegs vorrangig Wild auf dem Speiseplan der von Politik und Naturschützern als „scheu" ausgegebenen Graukittel. Der neueste Riss stellt die Wirkung der seit 2008 zur Abwehr der Raubtiere mit 380000 Euro geförderten Wolfszäune infrage. Zäune galten auch Viehzüchtern bisher als beste Abwehr.

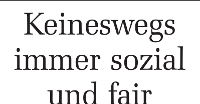
> Hat er die Scheu vorm Menschen verloren?

In Fernneuendorf überwand der Wolf mühelos den hohen Zaun. Dorfbewohner fürchten, das Wildtier könne jede Scheu vor Menschen verloren haben und zurückkehren. Jäger bestätigten anhand des Kadavers, dass ein Wolf verantwortlich sein könnte, der mithilfe einer Fotofalle bereits auf einem nahen Flugplatz gesichtet wurde. *SV*

JuLis »sprengen« Ernst Thälmann

Die Jungen Liberalen (JuLis) Nordberlin haben am vergangenen Sonnabend für die Beseitigung des Ernst-Thälmann-Denkmals in Prenzlauer Berg demonstriert. Dabei stellten sie symbolisch die Sprengung der 13 Meter hohen und über 50 Tonnen schweren Bronzeplastik nach. Als Begründung verweisen sie darauf, dass der Kommunistenfunktionär Thälmann ein Gegner der Demokratie gewesen und ihm zur Umsetzung seiner menschenverachtenden Ideologie jedes Mittel recht gewesen sei. Zu der Kundgebung erschienen neben 30 Nachwuchsliberalen etwa 150 linke Gegendemonstranten, um ihren „Teddy" zu verteidigen. Bis auf kleinere Rangeleien, als sich Linksextremisten unter die JuLis mischten und diese anpöbelten und bedrohten, blieb es dank einer Hundertschaft Polizei friedlich. Schon im Vorfeld waren die JuLis in sozialen Netzwerken von Thälmann-Anhängern als „Ratten", „Dreckspack" und „Schweine" beleidigt und massiv bedroht worden. *J.H.*

(siehe Kommentar Seite 8)



Zeitzeugen



Guido Westerwelle – Der deutsche Außenminister (FDP) wirbt massiv für eine transatlantische Freihandelszone. Er ist überzeugt, auf diese Weise auch europäische Werte zu exportieren: „Wir wollen, dass die Normen und Standards von morgen von uns und bei uns gesetzt werden, von der Elektromobilität bis zum Schutz geistigen Eigentums. Auch unsere im Vergleich hohen Sozial- und Umweltstandards könnten Maßstab werden für künftige Wirtschaftsabkommen mit dem Rest der Welt.“

Angela Merkel – „Mir persönlich liegt sehr viel an diesem Freihandelsabkommen“, betonte die deutsche Kanzlerin beim Besuch des US-Präsidenten Barack Obama in Berlin. Sie kündigte an, sich mit voller Kraft dafür einzusetzen.



David Ricardo – Inspiriert vom schottischen Ökonomen Adam Smith entdeckte der Sohn portugiesischstämmiger Juden, der an der Londoner Börse mit einer Wette gegen einen Sieg Napoleons bei Waterloo ein Vermögen verdient hat, Ende des 18. Jahrhunderts das Thema Freihandel für sich. Er war überzeugt, dass auch Länder an der internationalen Arbeitsteilung gewinnbringend teilnehmen können, die in der Produktion aller Güter absolute Kostennachteile gegenüber anderen Ländern haben. Doch der von ihm ermittelte „komparative Kostenvorteil“, der Eingang die die Wirtschaftslehrbücher weltweit gefunden hat, geht in der Realität nicht wirklich auf. Gerade unterentwickelte Länder können gegen billigere Produkte aus Industriestaaten nicht ankommen.



Ulysses Grant – „Über Jahrhunderte hinweg hat England auf die Protektion seiner eigenen Wirtschaft gesetzt, dieses Prinzip zu äußerster Konsequenz getrieben und damit befriedigende Ergebnisse erzielen können“, so der Oberbefehlshaber des US-Heeres im US-Bürgerkrieg und US-Präsident (1869–1877). So verdanke England seine Stärke ebendiesem System. Nach 200 Jahren nun scheine es England genehm, das Prinzip des Freihandels zu übernehmen, weil es sich von der Protektion nichts mehr verspräche, so Grant kritisch, der zum Zeitpunkt dieser Äußerungen meinte, die USA seien erst in 200 Jahren wirtschaftlich reif für den Freihandel.

Von Euphorie geblendet

Freihandelszone mit den USA bietet keineswegs nur Chancen, sondern auch Risiken

Speziell Deutschland sollte sich fragen, ob es bei einer transatlantischen Freihandelszone EU- und weltweit nicht mehr zu verlieren als zu gewinnen hat.

Man solle die Chance nutzen, so der deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP), dass die US-Amerikaner endlich auf die Avancen der Europäer reagieren und über ein transatlantisches Freihandelsabkommen reden wollen. Lange hatten die US-amerikanischen Partner kein Interesse und betrieben sogar, als die Weltwirtschaftskrise hereinbrach, das Gegenteil der von ihnen in alle Welt exportierten Idee des Freihandels: Sie schützen ihre eigene Wirtschaft gegen Konkurrenz von außen. Dabei waren es gar nicht so sehr Zölle, der Klassiker des Protektionismus, sondern entsprechende Gesetze und Subventionen, die der eigenen Wirtschaft halfen, wieder auf die Beine zu kommen.

Mit diesem Verhalten waren die US-Amerikaner keineswegs allein. Laut Forschern der Universität St. Gallen und ihren britischen Kollegen vom Centre für Economic Policy Research sollen allein in den letzten zwölf Monaten weltweit 400 neue Maßnahmen ergriffen worden sein, die den freien Welthandel behindern. Vor allem Russland, Argentinien und Indien machen Ausländern den Marktzugang derzeit schwer, aber auch die Länder der EU bauen in Form von Sicherheits- und Zertifizierungsbestimmungen hohe Hürden auf und schützen so ihre Wirtschaft, aber auch ihre Verbraucher.

Es geht auch um eigene Werte und Qualitätsstandards

Als „Wachstumsmotor“ und als „Mittel gegen Chinas Dominanz“ bezeichnet Westerwelle die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone und wirbt damit für etwas, was auf den ersten Blick attraktiv erscheint. Durch den Wegfall von Zöllen werden importierte Güter günstiger, heimische Unternehmen exportieren mehr. Beides klingt nach Wachstum und einer sinkenden Arbeitslosigkeit. Doch da die Zölle zwischen den USA und den Ländern der EU gar nicht so hoch sind, im Durchschnitt betragen sie knapp drei Prozent des Handelsvolumens, kann das erhoffte Wachstum für die beiden schwächelnden Wirtschaftsräume nur kommen, wenn auch Subventionen, Fördermaßnahmen jeglicher anderer Art und Qualitätsstandards gelockert werden.

Die von Umweltverbänden propagierte Sorge, vor dem auf diese Weise auf den europäischen Markt gelangenden Genmais und das mit Chlor behandelte Hühnchenfleisch kommen nicht von ungefähr. Und die Angst der Franzosen, die US-Filmindustrie könnte die eigene als kulturell hochstehend betrachtete Branche ins Hintertreffen geraten lassen, hat ebenfalls ihre Berechtigung. Skepsis bezüglich der US-Motive kommt auch auf, wenn man liest, dass bei dem Freihandelsvorhaben von US-Seite keineswegs das Handelsministerium, sondern der Nationale Sicherheitsrat federführend war. Da die Verhandlungen zur transatlantischen Freihandelszone überwiegend geheim ablaufen, sieht sich so mancher US-Kritiker in der Vermutung bestätigt, dass hier auf Kosten Europas die Rettung der US-Wirtschaft betrieben wird.

Nein, nicht ganz Europas, lautet das Ergebnis einer Studie des Münchener ifo-Instituts. Vor allem Großbritannien, das schon jetzt enge Verbindungen zu den USA hat und zudem die gleiche Sprache teilt, würde profitieren. Auch Länder wie Spanien und Frankreich würden profitieren, weil sie teure Importe aus dem Norden durch billigere aus den USA ersetzen könnten, wo dank günstiger Strompreise, eine Folge des Frackings, derzeit die Industrie immer billiger produzieren kann. Deutschland hingegen würde seine klassischen Handelspartner zugunsten der USA verlieren, trotzdem aber noch um 2,7 Prozent wachsen, dank des leichteren Zugangs zum US-Markt. Unberücksichtigt bleibt jedoch, dass andere Länder die neue Freihandelszone als Affront gegen sich betrachten könnten und im Gegenzug ihre Märkte dicht machen könnten, so dass hier Umsatzverluste die Folge wären. *R. Bellano*



Eigene Industrie fördern: 2009, während der Hochphase der Weltwirtschaftskrise infolge der US-Bankenkrise, warb die US-Automobilarbeitergewerkschaft UWA in den USA dafür, amerikanische Autos zu kaufen Bild: mauritius

Keineswegs immer sozial und fair

Egal in welche Himmelsrichtung man schaut, die EU versucht derzeit mit zahlreichen Ländern Freihandelsabkommen abzuschließen. Dieses Interesse ist nicht neu, stößt aber in den angestrebten Partnerländern nicht immer auf Gegenliebe.

Bereits 2010 beim EU-Afrika-Gipfel holte sich Brüssel eine Abfuhr. Die EU verlangte, dass die afrikanischen Länder ihre Zölle gegenüber 80 Prozent der europäischen Importe fallen lassen sollten. „Europäische Exporte von Milchpulver, Tomatenpaste, Geflügel- und Schweinefleisch drängen Kleinbauernfamilien in Ghana, Burkina Faso und der Elfenbeinküste aus den lokalen Märkten und gefährdet deren Menschenrecht auf Nahrung“, warnte damals bereits das

Freihandel gefährdet Kleinbauern

christliche Hilfswerk Misereor und konnte sich dabei auf Erfahrungen aus der Vergangenheit berufen. Zudem beschrieb es diese Form des Freihandels als unfair, da die EU auf die Subvention ihrer Agrarprodukte nicht verzichten wolle und somit zwar ihre eigene Wirtschaft fördere, den afrikanischen Staaten aber die billigere Form des Schutzes durch Zölle untersagen wollte.

Ähnliches plant die EU gerade im Freihandelsabkommen mit Indien. Hier gab es sogar bereits Demonstrationen, da die rund 90 Millionen Menschen, die in dem Milliardenvolk von der Milchwirtschaft leben, ihre Arbeitsplätze durch billiges europäisches Milchpulver bedroht sehen. Auch Straßen- und Kleinhändler fürchten, von europäischen Handelsketten verdrängt zu werden – eine Furcht die nicht unberechtigt ist, denn selbst in vergleichsweise industrialisierten Ländern wie Spanien haben Aldi, Lidl und ikea zahlreiche heimische Händler vom Markt gefegt. *Bel*

Freiheit, die ihnen nützt

Lange schotteten Länder ihre Märkte ab – Briten förderten Freihandel

Auch ohne sich gezielt mit Wirtschaft zu beschäftigen, wird man unbewusst immer wieder mit so abstrakten Themen wie Protektionismus und Freihandel konfrontiert. Wer beispielsweise „Säulen der Erde“ und „Die Tore der Welt“ von Ken Follett gelesen hat, der hat am Beispiel des mittelalterlichen Wollmarkts von Kingsbridge einiges zu diesen Themen erfahren. Unter anderem macht billige Wolle aus dem Ausland den Bewohnern des fiktiven englischen Städtchens, in dem die Romane spielen, das Leben schwer. Schon der Veranstalter des Marktes, der Prior von Kingsbridge, weiß, dass man missliebige Konkurrenz entweder nicht auf den Markt lässt, damit sie den heimischen Produzenten keine Konkurrenz machen, oder ihre Produkte durch Zugangsgebühren (Zölle) zum Markt so verteuert, dass die englischen Waren günstiger bleiben.

So sind Zölle ein beliebtes Instrument von Staaten, ausländischen Produzenten und Händlern den heimischen Marktzugang zu versauern, um die eigene Produktion zu schützen und auch um die Staatseinnahmen zu erhöhen. Vor allem vom 16. bis zum 18. Jahrhundert betrieben die Staaten Europas mit viel Energie die Ausgrenzung der anderen bei gleichzeitiger gezielter Förderung der eigenen Wirtschaft, was als Merkantilismus bezeichnet wird. Vor allem Frankreich gilt es hier zu nennen, das hoffte, auf diese Weise seine nationale Wirtschafts- und Handelskraft sowie seine Staatseinnahmen zu steigern.

Wohlstand für alle oder nur einige?

In der Mitte des 19. Jahrhunderts war es dann Großbritannien, das zuvor einen Handelsprotektionismus betrieben hatte, das die Idee des Freihandels des Ökonomen Adam Smith aufgriff. Handel ohne Beschränkungen wie Zölle sollte Wachstum bringen, die Wirtschaft beleben und den Briten Zugang zu fremden Märkten verschaffen. Da Großbritannien über unzählige Kolonien herrschte, fanden sich schnell Partnerländer, bei denen sie ihre neue Begeisterung für den Freihandel ausleben konnten, andere, unabhängige Länder verweigerten sich jedoch.

Auch die USA konnten anfangs wenig mit dem Freihandel anfangen. Ende des 19. Jahrhunderts hingegen hatte Washington entdeckt, dass man mit Freihandel auch Einfluss erlangen kann. Der Freihandel wurde als Möglichkeit entdeckt, Werte wie Freiheit und Demokratie, aber auch die eigenen, inzwischen besser entwickelten Industrie- und Agrarprodukte in alle Welt zu entsenden. Wobei die USA in Krisenzeiten zum Schutz der eigenen Wirtschaft Einfuhrzölle neu belebten. Während der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre betrugen diese fast 50 Prozent.

Nachdem die südamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialherren erlangt hatten, wurde der Protektionismus, bei dem die ehemaligen Kolonialländer nur sich den Marktzugang gewährt hatten, als Relikt aus alten Zeiten gesehen. Der Freihandel wurde als Chance für Wachstum gesehen. Doch dann verdrängten billige Textilprodukte aus Deutschland und England sowie Agrarprodukte aus US-Massenproduktion die heimischen Anbieter. Außenhandelsdefizit und Arbeitslosigkeit waren die Folge. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3206**

Die eigene Karriere fest im Blick

Da ein SPD-Wahlsieg unwahrscheinlich ist, arbeitet SPD-Chef Sigmar Gabriel bereits an seiner Zukunft

Innerhalb der SPD gilt Parteichef Sigmar Gabriel mittlerweile als Problemfall, der den ohnehin missglückten Wahlkampf von Peer Steinbrück zusätzlich erschwert. Tatsächlich könnte der vermeintliche Querulant Gabriel aber ein gewiefter Taktiker sein.

Ein Vierteljahr vor der Bundestagswahl wird von der SPD ein seltsames Schauspiel geboten. Recht krampfhaft versuchen SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück und Parteichef Gabriel, mit einem gemeinsamen Interview ein harmonisches Bild abzugeben. Vorangegangen war ein regelrechter Kleinkrieg, der bereits seit Monaten zwischen beiden Spitzengenossen tobt. Der vorläufiger Höhepunkt: Eine heftige Attacke Steinbrücks auf Gabriel mit dem Vorwurf, er würde ihm zu wenig Unterstützung im Wahlkampf geben, Gabriel sei sogar illoyal.

Zwar ist Steinbrück im Wahlkampf auch ohne fremdes Zutun in zahlreiche Fettnäpfchen getappt, daran, dass bei Steinbrück nun die Nerven blank liegen, hat Gabriel aber trotzdem seinen Anteil. Während einer Fraktionssitzung hatte Gabriel etwa unlängst eine Debatte über die Wahlkampfführung angezettelt, was wenige Wochen vor dem Wahltermin am 22. September nicht nur aus Sicht des SPD-Spitzenkandidaten Steinbrück einem Tritt vor das Schienbein gleichkommt. Noch weitaus mehr dürfte aber ein anderer Vorstoß von Gabriel die Nerven strapaziert haben. In einem Interview hatte Gabriel dafür plädiert, auf Deutschlands Autobahnen ein Tempolimit von 120 einzuführen. Der Vorschlag verstörte nicht nur einen Teil der SPD-Stammwählerschaft, sondern vermasselte Steinbrück nebenbei die Präsentation seines Investitionsprogramms für Verkehrswege. Während Gabriels Tempovorstoß für Schlagzeilen sorgte, verschwand Steinbrücks in Aussicht gestelltes Zwei-Milliarden-Euro-Wahlgeschenk in der medialen Versenkung. Der Vorgang hat einen gehörigen Anteil daran, dass Gabriel in Teilen der SPD inzwischen als Problemfall gilt. Auch dürfte der Umstand, dass Gabriel sich Himmelfahrt mit Merkel zu einem vertraulichen Gespräch getroffen haben soll, für Irritationen in der SPD gesorgt haben.



Verstanden sich schon während der großen Koalition 2005 bis 2009 ganz gut: Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr damaliger Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, heute SPD-Chef *Bild: action press*

Die Motivation für Gabriels destruktiven „Nebenwahlkampf“ dürfte Spitzenkandidat Steinbrück mit einem taktischen Fehler selbst gelegt haben. Als Juniorpartner einer großen Koalition stehe er nicht zur Verfügung, so die klare Ansage Steinbrücks. Egal welche Umfrage man heranzieht, zu mehr als zum Juniorpartner der CDU wird es für die SPD nach dem 22. September aber kaum reichen. Die aktuellen Zustimmungswerte schwanken zwischen 22 Prozent und 27 Prozent, was für Rot-Grün zu wenig ist, aber für eine Partnerschaft mit

> Offenbar strebt er den Vize-Kanzlerposten unter Merkel an

der CDU allemal ausreicht. So dürfte der Wahlabend des 22. September das Ende der politischen Karriere Steinbrücks einleiten. Im Gegenzug könnte aber für Gabriel – der in Steinbrücks „Kompetenzteam“ nicht vorkommt – der Weg für eine steile Karriere frei werden: als Vize-Kanzler unter Angela Merkel, samt Ministerposten als Bonus.

Auf den ersten Blick mag Gabriels Vorgehen erstaunlich erscheinen: Immerhin war er es, der Peer Steinbrück den Vortritt zur Kanzlerkandidatur gelassen hat. Tatsächlich hat Gabriel aber mit dem Schritt Realitätssinn bewiesen. Zum damaligen Zeitpunkt lag er bei den Wählern in der Beliebtheit hinter seinen Konkurrenten Frank-Walter Steinmeier und Steinbrück deutlich zurück. Wenige Monate Wahlkampf haben ausgereicht, den einstigen SPD-Hoffnungsträger Steinbrück zu entzaubern. Steinmeier galt innerhalb der „Troika“ ohnehin nur als Zählkandidat im eigentlichen Duell zwischen Gabriel und Steinbrück. Zu angeschlagen galt Steinmeier durch sein 23-Prozent-Debakel bei der Bundestagswahl 2009.

Kommt es im Herbst zu einer Neuauflage einer großen Koalition, dann eröffnen sich nicht nur für Gabriel neue Perspektiven. Auch für die derzeitige Amtsinhaberin Angela Merkel hätten die „Genossen“ als Juniorpartner im Vergleich zur FDP einigen Charme. Inzwischen ohne eigene Mehrheit im Bundesrat, bleibt Merkel nach den Wahlen auf eine Kooperation mit der SPD angewiesen. Ist die SPD mit im Regierungsboot, dürfte sie im Bundesrat für Merkel kein Problem mehr darstellen.

Ungeachtet aller Wahlkampfrhetorik dürfte eine Basis für eine große Koalition durchaus vorhanden sein. Die von Merkel in Aussicht gestellten Milliardenwahlgeschenke werden nach dem 22. September auch bei der SPD kaum Gewissensbisse verursachen. Was von der aktuellen Absage der CDU zu Steuererhöhungen zu halten ist, war bereits im Jahr 2005 zu sehen. Trotz vorigem Dementi der CDU im Wahlkampf einigte sich die Koalition damals auf eine happige Erhöhung der Mehrwertsteuer. Genauso wenig dürfte die Europa-Politik ein ernsthaftes Hindernis sein: Während Merkels Absagen an Euro-Bonds allgemein bekannt ist, wurde bisher wenig beachtet, dass die SPD die Forderung nach dieser gemeinsamen Schuldenhaftung in der Euro-Zone nicht in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat.

Die böse Überraschung für die Wähler könnte im Falle einer großen Koalition dafür den Namen „Altschuldentilgungsfonds für Europa“ tragen. Statt für zukünftige Schulden würde den Deutschen dann die Haftung für bereits gemachte Schulden anderer EU-Länder aufgehalst. Die SPD befürwortet ganz offen das Modell „Altschuldenfonds“, die CDU schweigt in ihrem Wahlprogramm vielsagend zum Thema.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Ditib und Co. verärgert

Wiesbaden – „Uns ist nicht klar, warum die Ahmadiyya-Gemeinde diesen Status erhalten hat“, kritisierte der stellvertretende Generalsekretär des muslimischen Dachverbandes Ditib die Entscheidung des hessischen Kultusministeriums, die in Deutschland 36 000 Mitglieder zählende Religionsgemeinschaft mit christlichen Kirchen gleichzusetzen. Aus Sicht des Ditib und anderer muslimischer Vereine verehrt die Ahmadiyya-Gemeinde einen falschen Propheten. Auch seien sie gar keine echten Muslime. Die Ditib wurde bisher nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt und kann demgemäß nicht von ihren Mitgliedern Steuern verlangen und eigene Friedhöfe anlegen. Da die Strukturen der Ahmadiyya-Gemeinde aus Sicht des hessischen Kultusministeriums formal denen einer Kirche ähneln, habe man ihr als erster muslimischer Gemeinde den beantragten Status verliehen. *Bel*

Spenden gegen Botschafterposten

Berlin – 2 961 800 US-Dollar sollen laut „New York Times“ der Grund für den von US-Präsident Barack Oba-ma angestoßenen Wechsel in der deutschen US-Botschaft sein. Besagte Summe soll John Emerson seit 2007 an Wahlkampfspenden für Obama gesammelt habe. Bestätigt der US-Senat die Berufung des 57-jährigen Juristen, dann muss der jetzige Amtsinhaber Philip Murphy nach knapp vier Jahren in Berlin seinen Posten räumen. Der Wechsel hat nicht nur wegen der Spenden ein Geschmäckle, sondern auch, weil Obama mit Emerson wieder einen Mann aus seiner Heimat Chicago befördert. Allerdings hat der ehemalige Anwalt und Staatsanwalt auch am Freihandelsabkommen USA-Uruguay mitgeschrieben, was bei der Ausarbeitung der transatlantischen Freihandelszone hilfreich sein dürfte. *Bel*

Vertriebene wieder deutsch

Alte Ortsbezeichnungen im Melderegister wieder möglich

Deutsche Vertriebene dürfen wieder deutsch sein. Die ständige Konferenz der Innenminister hat beschlossen, deren Wünsche bei der Eintragung des Geburtsortes in amtliche Dokumente „angemessen“ zu berücksichtigen. Damit können alle in den Vertreibungsgebieten geborenen Antragsteller verlangen, dass ausschließlich die deutsche Ortsbezeichnung eingetragen wird.

In Paragraf 4 Absatz 1 der Passverwaltungsvorschrift von 2009 heißt es: „Bei der Bezeichnung von Orten im Ausland ist die dort geltende Bezeichnung zum Zeitpunkt der Geburt zu verwenden. Gibt es für einen solchen Ort außer der fremden auch eine allgemein übliche deutsche Bezeichnung, so ist diese zu wählen. Die fremde Bezeichnung kann auf Verlangen oder wenn dies zur Klarstellung notwendig ist in Klammern hinzugefügt werden.“ Weiter heißt es dort: „Für Geburtsorte in Polen sind Sonderregelungen gemäß der deutsch-polnischen Passabsprache von 1976 zu beachten. Danach wird bei Personen, deren Geburtsort vor dem 8. Mai 1945 innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 lag, nur die deutsche Ortsbezeichnung des Geburtsortes eingetragen. Bei Geburten ab dem 8. Mai 1945 in den oben bezeichneten Gebieten soll die polnische Bezeichnung und dahinter in Klammern die deutsche Ortsbezeichnung eingetragen werden.“ Viele Betroffene empfanden den letztgenannten Passus als weitere Entrechtung und unerträgliche Demütigung. Noch schlimmer kam es, als sie 2008 bei der Vergabe der Steueridentifikationsnummer plötzlich mit einer neuen Nationalität versehen wurden, denn als ihr Geburtsland lasen sie nicht mehr Deutschland, sondern einen der Vertreiberstaaten.

> Tag der Geburt spielt jetzt keine Rolle mehr

Das Bundesinnenministerium reagierte auf die Kritik der Vertriebenenverbände, indem es den Ländern dempfahl, die Meldedaten zu ändern. Nun sollten alle Vertriebenen, die vor dem 2. August 1945 in den Reichsgrenzen von 1937 geboren wurden, als Inländer, alle danach Geborenen „als im Ausland geboren“ erfasst werden. Damit legte das Ministerium den Tag der Potsdamer Beschlüsse als Stichtag fest, an dem nach seiner Rechtsauffassung die Alliierten die Nachkriegsgrenzen verbindlich festgelegt hätten. Dieser Stichtag war indes ebenso willkürlich gewählt wie der vorherige und weder historisch noch völkerrechtlich zu begründen.

Die Neuregelung legt zwar fest, „dass es nach wie vor grundsätzlich bei den Regelungen der Passverwaltungsvorschrift bleibt“, gibt jetzt aber allen Vertriebenen ihre nationale Identität zurück: „Bei Geburten vor dem 8. Mai 1945 ist bei Personen, deren Geburtsort innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember lag, ausschließlich die allgemein übliche deutsche Ortsbezeichnung des Geburtsortes einzutragen. Bei Geburten ab dem 8. Mai 1945 in den oben bezeichneten Gebieten kann regelmäßig die polnische Bezeichnung und dahinter in Klammern die allgemein übliche deutsche Ortsbezeichnung eingetragen werden. Sofern der Antragsteller jedoch den Eintrag der allgemein üblichen deutschen Ortsbezeichnung vorangestellt haben möchte oder ausschließlich den Eintrag der allgemein üblichen deutschen Ortsbezeichnung wünscht, so ist diesem Wunsch Rechnung zu tragen. Die Eintragung des Staates hat auch weiterhin zu unterbleiben. Sie ist nur dann zulässig, wenn sie zur eindeutigen Bestimmung des Geburtsortes erforderlich ist.“ *J.H.*

Bestverdiener zur Kasse bitten

Vermögen und Einkommen im Visier von Grünen, SPD und Linken

Die Partei „Die Linke“ will laut ihrem vor wenigen Tagen in Dresden beschlossenen Wahlprogramm Jahreseinkommen von mehr als einer Million Euro einem Steuersatz von 75 Prozent unterwerfen. Diese Millionärssteuer brächte dem Staat jährlich höchstens fünf Milliarden Euro ein, errechneten jetzt die Wirtschaftswissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), vorausgesetzt Einkommensmillionäre blieben ausnahmslos in Deutschland und versteuerten ihr Geld weiter hier. Das halten die Experten angesichts der Mobilität der Millionäre für unwahrscheinlich. Wandere hingegen nur ein Viertel der Einkommensmillionäre ab, sinke das Steuereinkommen unter das bisherige Niveau, fand das Kölner Institut heraus. Die Forscher stehen in ihrer Skepsis gegen die im Wahlkampf ventilierten Steuern nicht allein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) blickte in einer Studie schon 2011 ernüchtert auf Pläne einer Reichensteuer für hohe Gehälter oder Vermögen: „Eine Anhebung des Einkommensteuer-Spitzensatzes könnte zu jährlichen Mehreinnahmen von mehreren Milliarden Euro führen. Mehreinnahmen in dieser Größenordnung sind indes nur zu erzielen, wenn steuerpflichtige Einkommen deutlich unterhalb der Grenze von 250 000 Euro, ab der zurzeit der ‚Reichensteuerzuschlag‘ einsetzt, höher belastet werden.“

Nur wenn der Mittelstand zur Kasse gebeten wird, landet also wirklich Geld in der Staatskasse, so das Fazit der Forscher. Das IW legte nun erstmals dar, wer genau die „Reichen“ im Fadenkreuz der neuen Abgabe sind. Die Forscher nahmen repräsentative Befragungsdaten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zur Grundlage der Analyse. Diese repräsentative Wiederholungsbefragung läuft bereits seit 25 Jahren in rund 11 000 Haushalten und wird von angesehenen Meinungs- und Sozialforschern ausgeführt, um langfristig Trends zu beobachten. Im Ergebnis der IW-Auswertung wären Beamte, Angestellte aber auch Rentner besonders betroffen, denn sie stellen einen Großteil der einkommensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung. Das Institut fand heraus, dass 2010 bereits Alleinstehende mit 3009 Euro monatlichem Nettoverdienst zu diesen Einkommensstärksten gehörten. Ein Paar mit zwei Kindern fiel bereits mit 6319 Euro netto im Monat statistisch in die Schublade der bestverdienenden zehn Prozent. Die IW-Experten berücksichtigten neben dem unmittelbaren Gehalt auch Einkommen aus Kapitalvermögen und mögliche Mietvorteile bei der Nutzung eigenen Wohnraums. Das Institut konzentrierte sich aber bewusst auf Einkünfte. Vermögen wurden nur indirekt über Kapitalerträge berücksichtigt.

> Unter den »Reichen« sind auch Rentner und Beamte

Wer die „Reichen“ im Blick der Politik sind, sorgt für einige Überraschung. Das einkommensstärkste Zehntel verfügt durchschnittlich über 4300 Euro Nettogehalt im Monat. Angestellte in Leitungsfunktion machen hiervon allein 26,6 Prozent aus, gefolgt von Selbstständigen (18,3 Prozent), Rentnern (16,3 Prozent) und Vorarbeitern beziehungsweise Meistern (11,6 Prozent). Beamte stellen immerhin 9,9 Prozent der Gruppe, was die Steuer letztlich zur Gehaltskürzung bei Staatsdienern und Mittelständlern geraten ließe. Arbeitslose machen immerhin statistisch noch vier Prozent der Bestverdiener aus, wenn man die Angaben des jeweiligen Haushaltsvorstands zum Maßstab macht. *SV*

MELDUNGEN

Kreml schikaniert KZ-Überlebende

Moskau – Nach Informationen des „Spiegels“ sind vom Feldzug des russischen Präsidenten Wladimir Putin gegen Nichtregierungsorganisationen auch Hilfsorganisationen betroffen, die ehemalige NS-Zwangsarbeiter unterstützen. Bereits im April wurde das Wolgograder „Zentrum zur Unterstützung nichtkommerzieller Organisationen“ verwarnt, weil es Geld aus dem Ausland erhält. Doch nur so kann der Verein ehemalige KZ-Insassen mit Medikamenten und Hilfsleistungen beistehen. Auch andere Vereine, die der Pflege deutsch-russischer Partnerschaften dienen, die nach dem Kalten Krieg entstanden sind, sollen unter Beobachtung des Kremls stehen. *Bel*

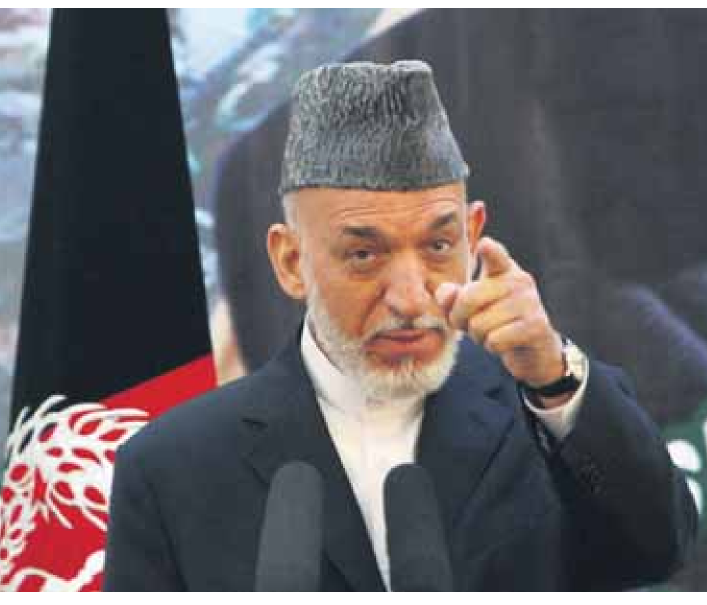
Erdogan-Kritik spaltet Grüne

Wien – Heftige Reaktionen hat ein Interview des Bundesrats Efgani Dönmez (Grüne) in Österreich nach sich gezogen. Im Hinblick auf eine Demonstration von Erdogan-Anhängern in Wien hatte der türkischstämmige Parlamentarier die Ausgabe von „One-Way-Tickets“ für die Unterstützer des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan gefordert. Wer einen autoritär-islamischen Führungsstil unterstütze und diesen auch in Österreich salonfähig machen wolle, habe „weder in Europa noch in Österreich etwas verloren“, so Dönmez. Nach einem Ultimatum der Parteispitze mit der Androhung eines Parteiausschlusses sah Dönmez sich inzwischen zur Rücknahme seiner Aussage gezwungen. Die Unterstützungskundgebung für den türkischen Premier Erdogan hat mittlerweile am 23. Juni stattgefunden. Knapp 8000 Sympathisanten der türkischen Regierungspartei AKP nahmen an der Demonstration in Wien teil. *N.H.*

Ungeklärte Verhältnisse

Weder die Regierung noch die Taliban haben genügend Macht, um über Afghanistan zu herrschen

Die afghanischen Sicherheitskräfte haben offiziell im ganzen Land die Sicherheits-Verantwortung übernommen. Aber bereits bei der Aufstellung der Gesprächsdelegation für die Verhandlungen mit den Taliban in Katar zwei Tage später gab es wieder Streit zwischen Präsident Hamid Karsai und den USA. Karsai möchte vor seinem Abtritt im nächsten Jahr seinem Volk beweisen, dass er keine Marionette der USA ist, und setzt auf seinen Bruder als Nachfolger.



Darf 2014 nicht erneut kandidieren: Der afghanische Präsident Hamid Karsai Bild: action press

Die Übergabe der Kontrolle der letzten elf Provinzen des Landes an die Afghanen war der letzte Schritt in einem Prozess, der mit der Übergabe der Provinz Bamyan im März 2011 begonnen hatte. Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Beendigung des Kampfeinsatzes der Nato, die für Ende 2014 geplant ist. Während des Übergangs sollen die afghanischen Kräfte schrittweise die Planung, Ausführung und Führung von Einsätzen gegen die Aufständischen übernehmen, während sich die Isaf-Truppe auf Beratung und Unterstützung zurückzieht. Parallel dazu werden die regionalen Wiederaufbauteams (PRT), die die wichtigsten Stützpunkte der Nato in dem Land waren, geschlossen oder von den Afghanen fortgeführt, hieß es bei der Nato. Das PRT Kundus, das die Bundeswehr betreibt, soll gegen Ende dieses Jahres übergeben werden.

Während Karsai auf größere Fortschritte bei der Sicherheitslage hinwies, sind westliche Experten diesbezüglich weniger optimistisch. Ihrer Ansicht nach hat sich die Lage in den vergangenen Monaten wieder deutlich verschlechtert. Während die Isaf seit 2010 sinkende Verluste verzeichnet, steigen die der Sicherheitskräfte Afghanistans rapide. Auch die Zahl der getöteten Zivilisten ist im ersten Halbjahr dieses Jahres mit 3092 um 24 Prozent höher als 2012. Erst in den vergangenen Wochen hatten die Taliban durch eine ganze Serie von Anschlägen Kabul schwer getroffen.

Derzeit umfasst die Isaf-Truppe 97800 Soldaten aus 48 Ländern, darunter 4400 aus Deutschland. Das afghanische Heer hat 183000 Soldaten, die Luftwaffe 6700, die afghanische Polizei zählt 151000 Mann. Die Nato lobt seit Längerem die Leistungsfähigkeit der neuen afghanischen Armee, auch wenn gelegentlich Berichte über gescheiterte Einsätze bekannt werden. Aber immer mehr wird allen Akteuren klar, dass weder die Nato noch die einheimische Armee den Aufstand in Afghanistan militärisch entscheiden können.

Das größte Sicherheitsrisiko geht von den radikalislamischen Taliban aus. Aber auch die Taliban haben immer höhere Verluste und können gegen die einheimischen Sicherheitskräfte nicht mehr gewinnen. Bereits im Januar 2012 kam es zu ersten Gesprächen zwischen einem Verbindungsbüro der Taliban in Doha und den USA. Die Taliban setzten die „vorläufigen Gespräche“ zwei Monate später wieder aus und warfen Washington vor, Abmachungen nicht zu erfüllen. Sicher war es kein Zufall, dass zwei

Karsai strebt Einigung mit Islamisten an

Tage nach der Übergabe der Sicherheitsverantwortung in Afghanistan die Taliban-Vertretung in Katar wieder aufgewertet wurde und diese ein „Politisches Büro des Islamischen Emirats von Afghanistan“ in Doha eröffneten. Damit bewiesen die Taliban einmal mehr, dass sie sich als alleinige Vertreter Afghanistan verstehen, während die USA jedoch im Vorfeld von den Taliban verlangen, die Verfassung des Landes anzuerkennen und sich von Al-Kaida loszusagen. Die afghanische Regierung hatte ursprünglich selbst vor, eine Verhandlungsdelegation nach Katar zu schicken, obwohl die Taliban mit diesen „Marionetten der USA“, wie sie sie bezeichnen, gar nicht verhandeln wollen. Jetzt droht Präsident Karsai sogar den Amerikanern die Verhandlungslizenz für seine Regierung zu entziehen, wenn seine eigene Friedensmission nicht zugelassen wird. Von einem Ende des Blutvergießens oder gar einem Waffenstillstand ist man in Afghanistan noch weit entfernt und kaum jemand macht sich Illusionen über die Verhandlungsbereitschaft oder gar Friedensbereitschaft der Taliban. „Auch während den jetzt möglichen Friedensgesprächen werden die Angriffe der Taliban weitergehen“, sagte Mohammed Sohail Shaheen vom neuen Taliban-Büro. Stunden später kamen bei einem Taliban-Angriff auf den US-Stützpunkt Bagram vier US-Soldaten ums Leben.

Die Präsidentenwahl im April 2014, der große symbolische Bedeutung beikommt, weil Karsai nicht mehr antreten darf, könnte eine kritische Phase für die Sicherheit im Lande und die Übergabe der Verantwortung an die Afghanen werden. Politische Beobachter erwarten, dass der Amtsinhaber alles tun wird, um die Wahl eines Nachfolgers aus seinem Umfeld sicherzustellen. In der afghanischen Hauptstadt kursieren Gerüchte, dass der Präsident seinen älteren Bruder Abdul Quayum Karsai im Präsidentenpalast installieren möchte. Quayum ist US-amerikanischer Staatsbürger und hatte in Baltimore ein Restaurant geführt, bevor er 2002 in die Heimat zurückkehrte. Seit sein Bruder in Kabul mit Hilfe der Amerikaner an der Macht ist, ist Karsai II. zu einem der reichsten Unternehmer des Landes aufgestiegen. Die letzte Präsidentenwahl 2009 war von schweren Betrugsvorwürfen überschattet gewesen. Wenn der Wahlprozess und das Wahlresultat 2014 erneut als unfair empfunden werden, könnten die Taliban davon profitieren. Für sie ist die Präsidentenwahl bereits jetzt „bedeutungslos“, wie sie sagten.

Von der letzten Phase der Übergabe der Macht erhoffen sich die Nato-Kommandeure auch einen psychologischen Effekt. Wenn die Taliban nicht mehr behaupten können, sie kämpften gegen Ausländer, könnte sie dies Sympathien in der Bevölkerung kosten. Doch viele Afghanen glauben selbst nicht an Frieden. Dieser Tage wurde bekannt, dass von 105 Diplomaten, die zurück in ihre Heimat sollten, nur fünf heimkehrten. Der Rest blieb im Ausland, beantragte teilweise Asyl, da er mit einem Bürgerkrieg im Land rechnet. *B. Bost*

Zeichen der Macht

Überall in der Welt entstehen neue Mega-Moscheen

Was im späten Mittelalter (Mitte 13. bis 15. Jahrhundert) der Bau mächtiger Kathedralen demonstrieren sollte, die Macht und Pracht der christlichen Religion, setzt sich heute als Eroberungspolitik des Islam auf abendländischem Boden fort. Der explosionsartige Bau einer Kette riesiger Moscheen soll die Überlegenheit des Glaubens an Allah und die Bekehrung des Okzidents zum Islam symbolisieren.

Und während christliche Kirchen wegen Gläubigen- und Geldmangels verscherbelt werden, entsteht zeitgleich mit Mitteln aus den Emiraten, der Türkei und den Ölmillionen der Saudis oder des Iran ein Netz von Megamoscheen von Irland bis Südfrankreich, von Kanada über Maryland/USA bis Sydney, von Venezuela bis Buenos Aires: Gotteshäuser, die 3000 bis 40000 Gläubige fassen. Zum Vergleich: Der Petersdom in Rom als mächtigstes Bauwerk des Katholizismus ist für 20000 Menschen ausgelegt, der Kölner Dom für 4000.

Die größte Moschee des Okzidents entsteht zurzeit für 100 Millionen Dollar unter der Sponsorschaft des türkischen Premiers Recep Tayyip Erdogan in Maryland. Ein deutliches Beispiel dieser Demonstration ist auch ein bereits genehmigter Neubau in der irischen Hauptstadt Dublin, der 30000 Gläubige aufnehmen soll (Helsinki: 1000 Plätze, Kopenhagen: 3000, Stockholm: 2000 wird weiter ausgebaut, Oslo: 4500, Marseille: 7000, London: 40000). Auch in Karlsruhe ist eine Mammut-Moschee mit vier Minaretten geplant, positiv als

Der Petersdom erscheint dagegen mickrig

„Glauben an die Zukunft“ von den Baubehörden der Stadt bewertet. Und diese Zukunft, so sehen es die Anhänger des Korans, ist die Machtübernahme in Europa.

Die Gelder aus dem Nahen Osten machen es möglich. So wurde die Stockholmer Mega-Moschee in erster Linie von Scheich Zayed finanziert, dem Herrscher der Vereinigten Arabischen Emirate, das Dubliner Gebetszentrum vom Emir von Katar. Das Schema ist überall gleich. Nicht die Gläubigen haben die Gelder aufzubringen, sondern die Geldspritzen aus dem Orient beschleunigen den Prozess. So handelt es sich beim Mäzen für die Kölner Mega-Moschee vorrangig um die islamistische Regierung der Türkei. Auch die Mega-Moschee in Marseille wird von einer Reihe von Regierungen islamischer Staaten gesponsert. Deutschlands ist bei der Zahl der Moscheen Spitzenreiter: 159 islamische Gebetszentren bestehen bereits, 128 sind im Bau, darunter eine große Moschee in Duisburg.

Doch nicht nur im Westen entstehen die Riesenmoscheen. Beispielsweise auch in Moskau haben Moslems bereits ganze Straßenzüge übernommen, um neue Gebetstempel und „Kulturzentren“ errichten zu können. Die Übernahme der Kosten soll durch die Saudis erfolgen. In China gestalten die Machthaber in Riad die traditionell im Stil von Pagoden gehaltenen Moscheen inzwischen nach ihrem Duktus um: Kuppel, Minarett und Halbmond.

Eine aktuelle Studie gibt Anlass zur Sorge. Knapp jeder zweite Türke wünscht sich eine muslimische Mehrheit in Deutschland. Besonders jugendliche Türken können sich für extremistische Auslegungen des Islam begeistern. „Die jüngste Generation zeigt radikalere Ansichten als die Älteren“, beschreibt Holger Liljeberg, Geschäftsführer der Info GmbH, die Ergebnisse der Studie. *Joachim Feyerabend*

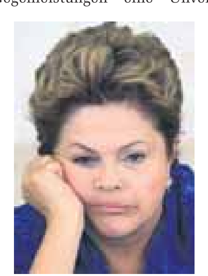
Probleme liegen tiefer

Brasilianer lassen sich dieses Mal nicht abspeisen

Bislang glaubte man, Karneval und Fußball seien die größten Massenmagneten in Brasilien und die Politik hätte dort eher eine untergeordnete Bedeutung. Im früher konfliktscheuen Brasilien vollzieht sich jetzt ein historischer Wandel. Traditionell galt Brasilien als Land, in dem politische Konflikte nicht auf die Straße getragen wurden. Die Brasilianer wurden als eher apolitisch und harmoniebedürftig eingeschätzt.

Inspiriert von den Frühlings- und Occupy-Bewegungen, die in den vergangenen Jahren rund um den Globus entstanden sind, meldet sich auch in Brasilien eine Protestbewegung zu Wort, die über das Internet und die sozialen Netzwerke mobilisiert wurde. Die Ähnlichkeiten sind offensichtlich: Auch die Demonstranten in Brasilien haben keine Anführer oder Organisationen, die die Demonstranten repräsentieren. Wie in anderen Ländern haben auch die Demonstranten in Brasilien nicht nur eine Forderung, sondern Tausende: Sie reichen von einer besseren Verteilung des Wohlstands über eine gerechtere Indianerpolitik bis hin zur schärferen Bekämpfung der Korruption, als dem Hauptübel.

Entzündet hatten sich die Proteste an der Fahrpreiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel. Busfahrten sollten um bis zu 20 Centavos (etwa acht Euro-Cent) teurer werden. Die Lebenshaltungskosten und Abgaben, die die Brasilianer zahlen, sind enorm hoch und angesichts der Qualität der Gegenleistungen eine Unverschämtheit. Dass der Staat gleichzeitig für die Vorbereitung der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 Milliarden Euros bereitstellt, empfinden viele als Affront.



Ratlose Dilma Rousseff: Trotz Zugeständnissen gehen die Proteste weiter

Ähnlich wie in der Türkei gehen im größten Land Lateinamerikas vor allem junge Menschen und Mitglieder der neuen Mittelschicht auf die Straßen. Die Protestwelle zeigt, dass Brasiliens rasanter Aufstieg in den jüngsten Jahren nicht alle Menschen des Landes erfasst hat. Dabei trifft der Protest die Präsidentin Dilma Rousseff vergleichsweise unberechtigt, denn im Vergleich zu ihren Amtsvorgängern bekämpft sie ernsthaft die Korruption im Land.

Rousseff befahl der brasilianischen Militärpolizei, Konfrontationen unter allen Umständen zu vermeiden, und versprach eine neue Sozialpolitik, auch wurde die Fahrpreiserhöhung rückgängig gemacht, aber die Proteste gehen weiter.

Brasilien hat in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Entwicklung hingelegt und sich zur sechstgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickelt, doch mehrere Millionen Einwohner leben trotz des Aufschwungs weiter in Armut. Wie die Türkei ist auch Brasilien am Ende eines langen wirtschaftlichen Aufschwungs, da wächst die Unzufriedenheit mit der Regierung. Viele Brasilianer sind besorgt, weil die Wirtschaft nicht mehr so stark wächst wie gewohnt und die Preise trotzdem spürbar steigen. Brasiliens Wirtschaftswachstum lag im ersten Quartal 2013 nur noch bei 0,6 Prozent. Die Inflationsrate stieg hingegen bis Mai auf 6,5 Prozent, die Lebensmittelpreise stiegen sogar um 13 Prozent. *B.B.*

Deutschland Schuld am Niedergang?

Sparauflagen und harter Euro als Waffen Berlins zur Vernichtung der italienischen Konkurrenz stilisiert

In Italien werden Forderungen nach einer offenen Konfrontation mit Deutschland immer lauter. Dahinter steht die Angst, dass das Land bei fortschreitender Krise und einem Festhalten am Euro seine Industrie verliert.

Italiens Ministerpräsident Enrico Letta (Partito Democratico) hat von seinem Vorgänger Mario Monti ein verheerendes Erbe übernommen, denn im Land grassiert ein vom Ausland wenig beachtetes Firmensterben. Laut dem Unternehmerverband Confindustria hat das Land in den letzten vier Jahren 55 000 Firmen verloren. Betroffen sind auch einstige Vorzeigebranchen Italiens wie die Textil- und Lederwarenindustrie. Mittlerweile wächst die Angst, dass Italien sogar seine industrielle Basis im Norden des Landes verliert: den Automobilbau, die Chemieindustrie und die Stahlherstellung.

Nimmt man Kleinbetriebe und Ladengeschäfte dazu, dann verliert Italien von seinen insgesamt sechs Millionen Unternehmen sogar bis zu 1000 Firmen pro Tag, so eine Schätzung der „New York Times“ vom März dieses Jahres. War die Zustimmung zum Euro in der italienischen Bevölkerung ohnehin schon so gering, so wächst mit dem Firmensterben nun auch in Italiens Wirtschaft der Eindruck, mit der Gemeinschaftswährung in der Falle zu sitzen: Gefangen in einer falschen Währung, die für die italienische Leistungskraft rund 25 Prozent zu hoch bewertet ist, ohne wie früher die Möglichkeit einer Abwertung zu haben. Mehr noch. Während in immer mehr italienischen Firmen die Lichter ausgehen, scheint die deutsche Industrie Europas Märkte regelrecht „aufzurollen“.

All das bietet ideale Zutaten für Verschwörungstheorien, die wie folgt lauten: Merkels Sparauflagen, kombiniert mit dem zu harten Euro sind die Waffen Berlins zur Deindustrialisierung Italiens und zur deutschen Dominanz in Europa. Auch radikale Forderungen, wie dem abzuhelfen sei, werden inzwischen präsentiert. Ex-Premier Silvio Berlusconi – dessen Partei den jetzigen Regierungschef Enrico Letta stützt – beklagte sich erst unlängst, dass Italiens Regierung als Komplize Kräften diene, die Italien zerstören wollen. Starker Tobak, der unverhohlen auf Deutschland gemünzt ist. Stattdessen müsse ein „Braccio di Ferro“, ein Machtkampf mit dem Norden und speziell mit Merkels Deutschland gesucht werden, so die Forderung Berlusconis. Deutschland müsse vor die Wahl gestellt werden, eine lockere Geld- und Fiskalpolitik zu akzeptieren oder aber hinzunehmen, dass die Opfer ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, so die Drohung des Cavaliere. Nicht minder radikal sind die Forderung von Beppe Grillo, dem Chef der Oppositionspartei „Fünf Sterne“. Seine Empfehlung: ein Schuldenschnitt für Italien, auf Kosten anderer Länder. Konkret müsse dieser Schnitt schnell geschehen und zwar solange die deutschen und französischen Banken noch italienische Schuldtitel in ihren Bilanzen haben, so Grillo ganz unverblümt. Obendrein müsse Italien in den Verhandlungen mit der Bundeskanzlerin auf den Tisch hauen und zum Beispiel die Schaffung von Euro-Bonds fordern, damit das Risiko der einzelnen Länder auf Europa übertragen wird.

> Je schlechter die Lage wird, desto aggressiver die Attacken

Dass derartige Forderungen eines Tages zur Regierungspolitik werden, ist angesichts der italienischen Geschichte nicht einmal auszuschließen. Mehrfach hat Italien Vereinbarungen abrupt gebrochen, wenn ein Festhalten daran keinen Vorteil mehr brachte. Zumindest momentan hat man noch einen entscheidenden Trumpf in der Hand: Mario Draghi, den italienischen Chef der Europäische Zentralbank. Unter seiner Amtsführung hat die EZB im Jahr 2012 mehr Staatsanleihen von Italien aufgekauft als von jedem anderen Krisenland. Zwar gibt es die Zusage, keine Anleihekäufe zu tätigen, ohne dass ein Antrag beim Euro-Rettungsfonds ESM und damit Reformauflagen vorliegen, im Fall von Italien entpuppte sich die Zusage allerdings als wertloses Versprechen: Von aufgekauften Staatsanleihen im Wert von 205 Milliarden Euro entfielen allein 100 Milliarden Euro auf italienische Staatspapiere – ohne Auflagen für Rom. Von Draghi wird allerdings noch sehr viel mehr erwartet und zwar eine weitere Zinssenkung der EZB, quasi das endgültige Einschwenken auf eine Nullzinspolitik. Bisher ist der Schritt noch ausgeblieben, nicht nur zum Verdruss Berlusconis. Und wahrscheinlich im Hinblick auf die laufende Verhandlung vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht hält sich die EZB bei ihren Anleihekäufen zurück.

Sollte die Karte „Draghi“ eines Tages generell nicht mehr stechen, dann könnte ein Euro-Ausstieg für Italien durchaus eine Option sein – vor allem für die italienische Wirtschaft, die gegen die deutsche Konkurrenz immer weniger mithalten kann. Die Chancen für einen Neustart mit einer neuen Lira wären sogar recht gut. Einer Untersuchung der Bank of America zufolge, würde Italien von einem Euro-Ausstieg von allen Teilnehmerländern sogar am meisten profitieren. Zugleich sind auch die Ausgangsbedingungen besser, als dies bei allen Krisenmeldungen erscheint: Der italienische Staat sitzt auf beachtlichen Unternehmensbeteiligungen und auf umfangreichem Immobilienbesitz. Zudem hat Italien große Goldreserven, die als Sicherheit für neue Anleihen dienen könnten. *Norman Hanert*



Norditalien war einst stolz auf seine Industrie: 55 000 Firmen mussten in den letzten vier Jahren schließen Bild: Glow images

KURZ NOTIERT

Bau von Seniorenwohnungen gefordert: Infolge der Alterung der Gesellschaft fordern mehrere Mieterverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände den Bau von 2,5 Millionen barrierefreien Seniorenwohnungen. Diese insgesamt rund 39 Milliarden Euro teure Maßnahme soll vom Staat gefördert werden, würde aber langfristig die Pflegekosten reduzieren, weil Senioren dann länger in ihrer Wohnung leben könnten und nicht ins teure Pflegeheim ziehen müssten. *Bel*

Energiewende kostet Jobs: „Die Kosten der Energiewende bei uns laufen aus dem Ruder“, klagt der Verband der Chemischen Industrie in Deutschland. Und auch Jeffrey Immelt, Chef von General Electric, weist die deutsche Politik darauf hin, dass kein Land in Energiefragen allein agiere, sondern Teil eines großen Netzwerks sei. „Fünf Cent in den USA gegenüber 20 Cent in Deutschland, das sind Fakten. Das wird keine Arbeitsplätze in Deutschland schaffen“, kommentiert er die Strompreise je Kilowattstunde. Immelt, der durch den Verkauf von Gasturbinen und Windrädern von der deutschen Energiewende profitiert, ist überzeugt, dass die jetzige Energiepolitik langfristig so nicht tragfähig sei. *Bel*

Bahnfahren wird teurer: Die Deutsche Bahn plant die Kostensteigerungen beim Strom durch die steigende Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auf die Fahrpreise umzulegen. Da der jüngste Tarifabschluss die Personalkosten der Bahn erhöht hat, rechnet deren Finanzabteilung aus, um wie viel die Ticketpreise steigen müssen, um die höheren Kosten zu kompensieren. *Bel*

Schlechte Zeiten für kostenloses Girokonto: Eine Umfrage der Beratungsgesellschaft Investors Marketing bei Banken hat ergeben, dass das Zinstief, die Unlust der Kunden auf Wertpapiergeschäfte und der scharfe Wettbewerb nicht nur Filialschließungen und Stellenstreichungen in der Branche zur Folge haben, sondern auch das kostenlose Girokonto infrage stellen. *Bel*

Tierschutz wird unterlaufen

EU-Freihandelsabkommen mit der Ukraine erlaubt Verbotenes

Ein bestehendes Freihandelsabkommen der EU mit der Ukraine hebelt EU-Tierschutzstandards aus. Zum Schaden deutscher Landwirte und Verbraucher genießt das Vorhaben sogar noch die finanzielle Förderung durch Deutschland. Bereits seit Februar erlaubt die EU-Kommission die Einfuhr von Eiprodukten und Eiern der Güteklasse B aus der Ukraine, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage der Grünen. Lediglich Hygienestandards müssten bei der Einfuhr aus der Ukraine beachtet werden. Im Klartext bedeutet dies, dass aus der Ukraine Eier aus Legebatterien eingeführt werden dürfen, die innerhalb der EU aus Tierschutzgründen längst verboten sind.

Mit der Brüsseler Erlaubnis zur Einfuhr der Eier aus der Ukraine sind vor allem die deutschen Landwirte gleich doppelt die Gelackmeierten. Deutschland war eines der wenigen EU-Länder, in dem das Verbot der bisherigen Käfighaltung ab Anfang 2012 ernstgenommen wurde. Während hierzulande kostspielig Ställe auf die neuen EU-Standards umgerüstet wurden, war in mehreren EU-Ländern die Umrüstung auf die lange Bank geschoben worden. Das Resultat: Mit Duldung Brüssels wurden auch nach dem Verbot Eier aus den alten Legebatterien in der EU vermarktet. Mit der Zulassung der ukrainischen Billigkonkurrenz, die sich nun nicht an die EU-Standards halten muss, wird der deutschen Geflügelwirtschaft nun erneut bewiesen, dass sich ein Einhalten Brüsseler Vorgaben nicht auszahlt.

> Eier aus Legebatterien dürfen importiert werden

Nicht viel besser sieht es beim Verbraucherschutz aus: Die Billig-Einfuhren aus der Ukraine sind zwar am Herkunftsstempel erkennbar, wenn sie als Frischei vermarktet werden. In Form von Flüssigei – etwa zur Nudelherstellung – entfällt die Pflicht zur Herkunftsangabe und damit die Entscheidungsfreiheit der Verbraucher. Damit nicht genug. Der Bau von zwei großen Hühnerställen mit Käfighaltung in der Ukraine wurde von Deutschland sogar noch mit staatlichen „Hermes“-Bürgschaften gefördert. Vom zuständigen Bundeswirtschaftsministerium unter Phillip Rösler (FDP) wurde unterdessen die Verantwortung zurückgewiesen. Zuständig sei die Welthandelsbehörde WTO, bei der sich Deutschland für eine tierschutzgerechtere Formulierung der Freihandelskriterien einsetzen wolle, so das Wirtschaftsministerium. Damit ist zwar nicht erklärt, warum Röslers Ministerium die Hermes-Bürgschaften bereitgestellt hat, trotzdem ist die Antwort aufschlussreich: Sollte zutreffen, dass nicht der EU-Freihandelsvertrag mit der Ukraine, sondern die Kriterien der WTO ausschlaggebend sind, wäre dies ein schlechter Vorgeschmack auf das geplante Freihandelsabkommen mit den USA. Unabhängig von dem, was Verbrauchern dann von Brüssel und Washington versprochen wird, wäre dann ein Blick auf die Bestimmungen der Welthandelsbehörde angebracht. Sei es im Hinblick auf Spezialitäten der US-Lebensmittelindustrie wie chlorbehandeltes Hähnchenfleisch, Rindfleisch mit Masthormonen oder „pink slime“, chemisch aufbereitetem Fleischschleim aus Verarbeitungsresten zur Streckung von Hackfleisch. *N.H.*

Es lebe die Kreativität

Einheitliche Bilanzierungsregeln bei öffentlichen Haushalten gefordert

Staatsschulden gehören zur Euro-Krise wie Wasser zum Regen, doch während immer wieder gesagt wird, welches Land wie viel Schulden im Vergleich zu seinem Bruttoinlandsprodukt hat, und diese Zahlen so sicher scheinen wie das Amen in der Kirche, eröffnet ein Tagesordnungspunkt bei den Bundestagsdebatten nun, dass es sich hierbei um sehr grobe Schätzwerte handelt. Allein die 16 Bundesländer, 11 197 Gemeinden, 134 gesetzlichen Krankenkassen, die Rentenversicherung und die Arbeitsagentur würden laut Informationen des „Handelsblattes“ überwiegend unterschiedlich ihre Buchführung betreiben. Während viele Kommunen in den letzten Jahren auf kaufmännische Buchführung umgestellt haben, verbuchen andere nach dem klassischen Kassenprinzip nur ihre getätigten Einnahmen und Ausgaben. Und selbst jene, die inzwischen kaufmännische Buchführung betreiben, also auch Vermögenswerte berücksichtigen und zukünftige Einnahmen und Ausgaben verzeichnen, erlauben sich hier unterschiedlich viel Kreativität.

Angesichts des Umstandes, dass die EU seit Anbeginn versucht, alles zu vereinheitlichen und zu regulieren, ist es erstaunlich, dass sie bei einem so existenziellen Thema wie den öffentlichen Haushalten so viele Freiheiten so lange toleriert hat. Während Unternehmen nach festen Standards bilanzieren müssen – international tätige Konzerne tun dies nach dem International Financial Reporting Standard (IFRS), nur in

> Pensionslasten und Bürgschaften werden nicht offengelegt

Deutschland tätige Betriebe bevorzugen die Regeln des Handelsgesetzbuches –, gilt bei den öffentlichen Haushalten europaweit kein festes Regelwerk.

Das wollen Andreas Burth von der Universität Hamburg und Dennis Hilgers von der Johannes Kepler Universität Linz ändern. Die beiden werben für ein harmonisiertes europäisches Haushalts- und Rechnungssystem für den öffentlichen Sektor. Die Idee wurde inzwischen von der EU-Kommission aufgegriffen, doch bisher traf das „European Public Sector Accounting“, kurz Epsas, auf wenig positive Rückmeldung. Dabei wäre es angesichts des Umstandes, dass in der EU alle für alle haften sollen, durchaus fair, wenn Einnahmen und Ausgaben sowie Vermögenswerte aller öffentlichen Haushalte nachvollziehbar wären.

Burth und Hilgers betonen, dass eine einheitliche Rechnungslegung für Transparenz sorge sowie Darstellung und Bewertung von Risiken für öffentliche Haushalte, resultierend aus Pensionslasten oder Bürgschaften, beinhalten sollte. Doch davor schrecken nicht nur die im Grunde überschuldeten Südeuropäer zurück, auch in Deutschland wehren sich die Kämmerer und Finanzminister der Länder sowie des Bundes, derartige Lasten offiziell werden zu lassen. Abgesehen davon, dass sie die deutschen Staatsschulden mehr als verdoppeln würden, würde sich damit auch die Bonität Deutschlands verschlechtern, wenn einsehbar wäre, dass das Land in Wahrheit viel tiefer in den Schulden steckt als bisher öffentlich gemacht.

Offiziell wird Epsas mit dem Hinweis auf die arbeitsintensive und somit teure Umstellung abgelehnt. *Bel*

Wer all das will ...

Von Michael Leh

Wer eine noch schnellere Islamisierung in Deutschland will, noch mehr Kopftuchfrauen, noch mehr „Importbräute“ aus Anatolien, noch mehr Moscheen, noch mehr „Ehrenmorde“ auch auf deutschem Boden, wer noch mehr messertragende Jugendliche und Kriminelle will so wie in Neukölln oder Berlin-Gesundbrunnen, wer noch mehr islamische Parallelgesellschaften will, noch mehr Integrationsprobleme und -kosten, wer noch mehr Macho-Kultur bei uns will und archaisch-patriarchalische Familienstrukturen, wer noch mehr Intensivtäter wünscht, wer noch mehr EU-Steuermilliarden etwa für den Ausbau von Autobahnen durch Anatolien oder EU-Agrarhilfen für die türkische Landwirtschaft ausgeben will, wer ein Niederlassungsrecht für unzählige weitere Millionen Türken in Deutschland will, wer einen türkischen EU-Kommissar in Brüssel wünscht, wer ein nichteuropäisches Land mit 70 Millionen Einwohnern in der Europäischen Union will, wer eine EU-Außengrenze mit Syrien, dem Irak und dem Iran will – wer all das will, der soll ruhig weiter mit der Türkei über einen EU-Beitritt verhandeln.

Lasst ihn stehen!

Von Jan Heitmann

Im April 1986 setzte die DDR dem Kommunistenführer Ernst Thälmann aus Anlass seines 100. Geburtstags ein Denkmal. Für den deutschen Ableger der Sowjetunion besaß dieser vor allem wegen seiner unbeugsamen Gegnerschaft zum NS-Regime, die er mit seinem Leben bezahlte, eine hohe Symbolkraft. Doch das allein macht ihn noch nicht zu einem guten Menschen, den man fast 25 Jahre nach Stasi, Mauer und Schießbefehl noch immer als Götzen verehren sollte. Was Deutschland geblüht hätte, wenn dieser Gegner der Demokratie und Protegé Stalins an die Macht gekommen wäre, lässt sich mit Blick auf Stalins Terrorreich ermessen.

Die Demontage des Thälmann-Denkmals war bereits 1993 im Gespräch, allerdings fand sich dafür keine Mehrheit. Damals, wenige Jahre nach der Wende, wäre sie noch ein überzeugender Akt gewesen. Mittlerweile steht das Monument auf der Landesdenkmalliste und für einen Abriss dürfte es keine Genehmigung geben. Insofern ist die Aktion der Jungen Liberalen nichts als eine bloße Symbolhandlung. Das überdimensionierte Denkmal mag das Stadtbild verschandeln und für viele politisch eine Zumutung sein. Und dennoch gehört es seit vielen Jahren dazu. Es sollte bleiben, wo es ist, eingebettet in ein städtebauliches Konzept zur Neugestaltung des gesamten Areals und gegebenenfalls mit einer entsprechenden Kommentierung versehen.

Die Beseitigung von Denkmälern ist ein untaugliches Mittel, Geschichte zu entsorgen. Das gilt für den Umgang mit Thälmann ebenso wie für den mit Hindenburg oder Bismarck.

An Lebenswirklichkeit vorbei

Von Rebecca Bellano

„Leider haben wir momentan noch keinen Schlafraum für die Kleinen“, bedauert die Erzieherin bei der Führung durch die städtische Kindertagesstätte mit Hinblick auf den ab August geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kleinkinder. „Und ein Wickelraum muss auch noch eingerichtet werden. Aber wenn zum neuen Schuljahr die Hortkinder wegfallen, haben wir ja auch zusätzliche Räume.“ Was in den Ohren berufstätiger Eltern von Kleinkindern gut klingt, dürfte sich für viele Eltern von den rund 6,7 Millionen Kindern zwischen sechs und 14 Jahren als Ärgernis erweisen.

Durchweg alle Parteien betonen, wie wichtig für sie das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei, sieht man aber, wie wenig durchdacht manche Pläne von Bund, Ländern und Gemeinden sind, so fragt man sich, ob all jene beteiligten Politiker selber keine Kinder haben oder einfach bewusst derart lückenhafte Ergebnisse abliefern, da sie auf diese Weise Geld sparen. Ganz konkret sieht man diese Arbeitsweise bei dem Plan, die Hortbetreuung zugunsten der Ganztagsschule abzuschaffen und auf diese Weise in den Horten Platz für Kleinkinder zu schaffen. Diese sind dann zwar mehr oder weniger gut betreut, aber was ist dann mit Grundschülern? Denn während der Kinderhort fünf Tage die Woche nachmittags geöffnet hat, bieten viele Schulen nur an drei oder vier von fünf Tagen Ganztagsschule an, diese ist dann auch oft nur bis 16 Uhr, aber welcher vollberufstätige Elternteil kann um 15.30 Uhr Feierabend machen, um pünktlich um 16 Uhr sein Kind abzuholen? Und was ist mit der Ferienzeit? Nur wenige Schulen bieten bisher auch dann Betreuung an. Ist die Mutter Hausfrau, sind sechs Wochen Sommerferien in Sachen Kinderbetreuung kein Problem, aber da das traditionelle Familienmodell politisch nicht mehr gewünscht beziehungsweise aufgrund der Lebenshaltungskosten eine Familie von einem Alleinverdiener auch nicht mehr finanzierbar ist, müsste der Staat eigentlich eine Möglichkeit bieten, diese lange Ferienzeit, die er ja selbst vorgibt, zu überbrücken.

> Fenster, Türen aufgerissen, Schulkinder rausgeschmissen

Als vorvergangene Woche Familienministerin Kristina Schröder und Finanzminister Wolfgang Schäuble ihre Familienpolitik lobten, nervte das Eigenlob schon ziemlich. Grundsätzlich ist der Plan, dass der Staat den Rahmen vorgibt, damit jeder sein Familienmodell leben kann, das er favorisiert, schon richtig, nur ist die Realität noch sehr weit von diesem Rahmen entfernt. Zudem mischt sich die Politik durchaus ziemlich viel ein oder verstimmt durch Fehlplanung. Da beispielsweise in der Stadt Lebenshaltungskosten sehr hoch sind, müssen mehr Mütter auch arbeiten, zumindest in Teilzeit, doch Qualität und Quantität von Betreuungsplätzen sind oft mäßig. Das sich anbahnende Chaos in Sachen Hortschließung zugunsten Ganztagsschule ist ein weiterer Beleg staatlicher Fehlplanung.



Nach der Schule in den Hort: Für Kinder von vollberufstätigen Müttern war der Hort bisher eine Möglichkeit, nach Schulschluss in vertrauter Umgebung zu spielen und Hausaufgaben zu machen. Doch in vielen Städten und Kommunen werden die Horte nun zugunsten einer Ganztagsschule geschlossen, was die Zeitung „Die Welt“ als eine „große Mogelpakkung“ bezeichnet.

Bild: Caro

Gastbeitrag



Von der pädophilen Vergangenheit eingeholt

Von Johann Braun

Nachdem die Öffentlichkeit viele Jahre nichts davon wissen wollte, ist die Verstrickung der Partei „Die Grünen“ in die Pädobewegung nun doch in die Schlagzeilen gekommen. Das liegt zum Teil wohl an den bevorstehenden Wahlen. Die Zusammenhänge, um die es dabei geht, sind jedoch unabhängig davon von Interesse.

Die Grünen waren zweifellos nie eine „Pädopartei“ im unmittelbaren Sinn dieses Wortes, haben sich aber seit jeher als Wortführer aller möglichen „Minderheiten“ verstanden. Schwule und Lesben nehmen dabei einen hervorragenden Platz ein. Innerhalb der Schwulenbewegung jedoch hatten lange Zeit auch schwule Pädophile, die sich für die Straflosigkeit einvernehmlicher Sexualität mit Kindern einsetzten, ein Unterkommen gefunden. Viele dieser „Pädos“ sahen daher die Grünen ebenfalls als „ihre“ Partei an. Auf Seiten der Grünen aber fand man zunächst keinen Grund, sich von dieser Minderheit innerhalb der schwulen Minderheit zu distanzieren.

Dass die Schwulen- und die Pädobewegung in den 70er und 80er Jahren teilweise an einem Strang zogen, zeigt sich in vielem: Beide engagierten sich in denselben Organisationen, pädosexuelle Literatur wurde über „schwule Buchläden“ vertrieben, von den politischen Parolen der Schwulen machten auch die Pädos Gebrauch. Wenn die Schwulen für die Straflosigkeit der Homosexualität stritten, so forderten die Pädos ein „Schwulenrecht“ auf Sex mit Kindern. Und wenn sich die Schwulen im Gefolge linker Ideologien als Speerspitze des politischen Fortschritts verstanden, so hieß es bei den Pädosexuellen: „Die Kinder in den Armen der Pädos sind die Revolutionäre von morgen.“ Spuren dieses Schulterschlusses lassen sich bis in das neue Jahrtausend hinein verfolgen.

> Die Grünen müssen sich nun erklären

Heute kann anscheinend niemand verstehen, wie man die psychischen Folgen pädosexuellen Missbrauchs jemals übersehen konnte. Damals jedoch gab es viele, die einvernehmliche Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern geradezu für förderlich hielten. Den Kindern würde dadurch – so glaubte man ernsthaft – eine Zuwendung verschafft, die sie in ihren Familien häufig nicht fänden. Die von Sexualwissenschaftlern und progressiven Juristen dafür angeführten Beispiele waren so ausgewählt und aufgemacht, dass man in der Tat in Zweifel geraten konnte. Wer wird schon einem ausgewiesenen Experten widersprechen, wenn er selbst über keinerlei eigene Erfahrung verfügt? Im Windschatten der Reformpädagogik nistete sich die Pädophilie selbst an renommierten Internaten wie der Odenwaldschule ein.

Dass die Pädos mit ihrem Anliegen bei den Grünen gut ankamen, lag daher im Trend der Zeit, ähnlich wie auch das derzeitige Erschrecken über die Vergangenheit dieser Partei sich einem abermals veränderten Zeitgeist verdankt. Aber auf Dauer war mit den Pädos nicht gut Kirschen essen. Das wurde auf einem Ende März 1985 veranstalteten Sonderparteitag in Bad Godesberg sichtbar, wo sich die pädophilen „Stadtindianer“ wie die Wilden aufführten. Es hatte sich aber auch schon 1980 anlässlich einer Tagung unterschiedlicher Homo-Gruppen in der Bonner Beethovenhalle gezeigt. Bereits dort hatten radikale Pädos das Heft des Handelns an sich gerissen und die Veranstaltung in ein Chaos verwandelt. Einen Eindruck, wie es dabei zuging, vermitteln die Berichte, die in dem Band „... alle Schwestern werden Brüder ...“ (1986) festgehalten sind.

Im Grunde war daher absehbar, dass zwischen Schwulen und Pädos eine Trennlinie gezogen werden musste, wenn die „Schmuddelkinder“ der Schwulenbewegung nicht auch die „sauberen“ Schwulen in Verruf bringen sollten. Viele Schwule, die das Anliegen der Pädos zunächst unterstützt hatten, vollzogen daher eine Kehrtwende und taten so, als habe es die geschilderte Aktionsgemeinschaft nie gegeben. Man verwahrte sich dagegen, mit den Pädos in einen Topf geworfen zu werden, und behauptete, dass Schwule und Pädos nichts miteinander gemein hätten. Wer auf Tatsachen verwies, aus denen sich das Gegenteil ergab, wurde diffamiert und zur Unperson gemacht. Aber nicht nur die Schwulen selbst, auch die Grünen, die um Wählerstimmen bangen mussten, schwenkten ein und verhielten sich, als ob sie an Gedächtnisschwund litten. Wer als Politiker damit konfrontiert wurde, dass er sich früher im entgegengesetzten Sinn geäußert hatte, leugnete dies einfach oder suchte es zu verharmlosen.

Daniel Cohn-Bendit – dessen Neigung allerdings dem anderen Geschlecht gilt – erklärte die Schilderung seiner sexuellen Erlebnisse im Frankfurter Kinderladen für eine literarische Fiktion. Volker Beck, der in dem Sammelband „Der pädosexuelle Komplex“ noch 1988 die „Entkriminalisierung der Pädosexualität“ auf den Weg bringen wollte, redete sich damit heraus, sein Manuskript sei vor der Veröffentlichung von ihm „nicht autorisiert“ worden, was nur heißen kann, dass er – aus welchen Gründen auch immer – keine Druckfahnen erhalten hatte. Später behauptete er, sein Text sei verfälscht und „Pädophilen-Kritisches“ herausgestrichen worden. Indessen kam er mit diesen Erklärungen erst heraus, als der verantwortliche Herausgeber des Buches bereits verstorben war. Hinter dessen Pseudonym „Leopardi“ verbarg sich der früh verstorbene Hochschullehrer Joachim S. Hohmann, der sich zu seinen Lebzeiten gegen die ihm gemachten Vorwürfe wohl rechtlich zur Wehr gesetzt hätte.

> Ob Cohn-Bendit oder Beck, beide betonen, sie hätten es nicht ernst gemeint

Mancher mag denken, dies seien alte Geschichten, die man am besten auf sich beruhen lasse. Aber abgesehen davon, dass man dies bei Ereignissen, die ein anderes politisches Spektrum betreffen, auch nicht tut, liefern diese Geschichten noch immer den Schlüssel zum Verständnis gesetzlicher Regelungen, von denen man sonst eine reichlich naive Vorstellung hätte. Einer der Erfolge der Pädobewegung war nämlich der, dass das strafrechtliche Schutzalter 1994 auch für Jungen auf 14 Jahre herabgesetzt wurde. Allerdings geschah dies unter einer christlich-liberalen Regierung, wo man sich offenbar nicht bewusst war, dass man damit eine alte Forderung sowohl der Pädos wie auch der Grünen erfüllte. Zur Rechtfertigung der neuen Regelung wurde gelegentlich argumentiert, man habe damit einvernehmliche Sexualkontakte unter jungen Leuten entkriminalisieren wollen. Aber wann wäre deswegen jemals Anklage erhoben worden? Dem wahren Grund dürfte man näherkommen, wenn man sich klarmacht, dass die Herabsetzung des Schutzalters es einschlägig Interessierten ermöglicht, an Jungen ab 14 heranzukommen, ohne sich strafbar zu machen. Die „Freigabe“ der 14-Jährigen war als Teil einer Salamitaktik gedacht, an deren Ende die Freigabe der Pädosexualität überhaupt stehen sollte.

Aber davon spricht man nach wie vor ungern. Am Ende könnte jemand auf den Gedanken kommen zu fragen, ob von den Christdemokraten dasselbe zu erwarten ist wie von den Grünen, nur eben mit einer gewissen Verzögerung. Das würde womöglich Licht auf ganz andere „konservative“ Projekte werfen. Oder die Bürger könnten sich dafür interessieren, welche Zukunftsvisionen unseren Politikern heute vor Augen stehen, ohne dass die Wähler dies ahnen. Das Letztere zu verhindern, dürften alle Parteien gleichermaßen interessiert sein. Auch in Wahlzeiten, ja gerade hier.

Prof. Dr. Johann Braun, geboren 1946, ist Jurist und Rechtsphilosoph. Er lehrte als ordentlicher Professor an den Universitäten Trier und Passau. 2001/02 vertrat er die Länder Sachsen und Thüringen bei ihrer Klage gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht.

Eine ganz besondere Festival-Note

Woodstock war gestern – Heute locken klassische Musikfeste das Publikum zu einem Happening unter freiem Himmel

Rund 700 Musikfestivals überbrücken die Sommerpause der Konzert- und Opernhäuser. Dann wird das Publikum mit Open-Air-Erlebnissen oder klassischen Genüssen in Scheunen oder andere verrückte Orte geködert. Trotz musikalischer Übersättigung und trotz Urlaubszeit strömt dann ein erlebnishungriges Publikum zu den Festivals. Nur ein verregneter Sommer kann das Geschäft vermiesen.

„Ein Festival ist eine einzigartige Gelegenheit, unterschiedliche Menschen und unterschiedliche Kulturen kennenzulernen. Zusammen mit den Künstlern, die durch ihre Kunst wahre Meister in der Kommunikation darstellen, sind sie starke Brückenbauer zwischen den Kulturen – und sogar zwischen den Zivilisationen“, schreibt die Europäische Festival Vereinigung auf ihrer Internetseite. Dass Musik keine Grenzen kennt, ist nichts Neues. Dass im Kolosseum von El Jem in Tunesien – mit Platz für 35000 Zuschauer nach dem Kolosseum in Rom und dem Amphitheater von Capua das drittgrößte Theater des Römischen Reiches – seit Jahrzehnten im Juli ein international hochkarätiges Klassik-Festival stattfindet, das traditionell vom Wiener Opernball-Orchester eröffnet wird, mag manchen dann doch überraschen (29. Juni bis 20. September).

Umgekehrt bedeuten Festivals im eigenen Land internationale Gäste. Matthias von Hülsen, Intendant der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern (MV): „Unsere 24. Saison bietet alles, was die Festspiele MV so auszeichnet: eine ganz besondere Mischung aus Vielfalt, Vertrautem und Neuem mit vielen jungen und etablierten Spitzenmusikern und Ensembles aus aller Welt.“ Und Daniel Hope, Künstlerischer Direktor, ergänzt: „Amerika ist voller Vorfreude auf MV! Neben dem bereits etablierten Brückenschlag nach New York sind auch wieder die Musiker meines Savannah Music Festivals dabei.“

Auch eine Nummer kleiner tragen Festspiele wie die von Mecklenburg-Vorpommern mit in diesem Jahr 115 Konzerten an 79 Spielstätten (15. Juni bis 14. September) dazu bei, Land und Leute kennenzulernen. Von den 66000 Besuchern 2012 kamen 59 Prozent aus Mecklenburg-Vorpommern und 41 Prozent von außerhalb. Grund genug, von Hülsen mit dem Tourismuspreis des Landes auszuzeichnen. „Denn“, so Tobias Woitendorf vom Tourismusverband MV, „die Festspiele sind ein kulturtouristischer Leuchtturm, der das Image Mecklenburg-Vorpommerns beispielhaft befördert hat und dessen Bedeutung in reinen Zahlen gar nicht zu ermessen ist.“

Ähnliches gilt für das Schleswig-Holstein Musik Festival, das bei der Gründung der MV-Festspiele 1990 Pate stand. In seiner 28. Saison (6. Juli bis 25. August) präsentiert es an 66 Spielstätten in 44 Orten von Schleswig-Holstein, Hamburg sowie Teilen Dänemarks und Niedersachsens insgesamt 118 Konzerte, zusätzlich drei Musikfeste auf dem Lande und ein Kindermusikfest. Dafür stehen 112000 Eintrittskarten zur Verfügung (Besucher 2012: 111000).

Dazu hat sich das SHMF seit 1996 mit jährlich wechselnden Länderschwerpunkten die Völkerverbindung via Musik auf seine Fahnen geschrieben. 2012 stand die Musikwelt Chinas im Vordergrund. Etwa die Hälfte der 145 Konzerte war ihr gewidmet. In diesem Jahr steht das Baltikum im Fokus, welches das SHMF um eine Dimension erweitert: die politische Kraft der Musik. Ein gigantisches Sängerfest (am 3. August) erinnert an die „Singende Revolution“, mit der die Balten sich um 1990 gegen das Sowjetregime auflehnten. Dazu versammelten sich zwischen 1987 und 1991 immer mehr Menschen auf öffentlichen Plätzen und in Stadien, um mit Volksliedern gegen die Unterdrückung zu demonstrieren. Seine Traditionen offen zu zeigen war im Baltikum lange verboten gewesen. Höhepunkt war die singende Menschenkette, zu der sich am 23. August 1989 zwei Millionen Balten von Wilna über Riga bis Reval zusammengefunden hatten. Verschiedene Chöre empfinden dieses Ereignis nun nach und erinnern damit gleichzeitig an die Vorläufer der heutigen Festivals. Waren im 18. und 19. Jahrhundert Musikfeste doch vor allem Treffpunkt von Chören und Volkskünstlern.

Einst selbst als Chorsänger trat Michael Herrmann auf, der Vater des Rheingau Musik Festivals und bis heute sein Intendant. Mit 112000 Besuchern 2012 steht es an der Spitze der Trias von Deutschlands größten Musikfesten. Das Land Hessen dankte ihm seine private Initiative mit der Verleihung des Hessischen Verdienstordens und der Goethe-Plakette. Im Gegensatz zu den leicht rückläufigen Zahlen im Norden, präsentiert das RMF in seiner 26. Saison (29. Juni bis 31. August) die Rekordzahl von 159 Konzerten an 45 Spielstätten in der Region zwischen Frankfurt, Wiesbaden und Lorch. Auch mit einem Etat von 7,6 Millionen Euro übertrifft das Festival Schleswig-Holstein mit sieben Millionen und Mecklenburg-Vorpommern mit 4,1 Millionen. Dazu verfügt keines der anderen Festivals über derart starke Medienpartner, die seine Konzerte live oder zeitversetzt ins europäische und außereuropäische Ausland übertragen. Im letzten Jahr gingen 33 Konzerte vom Rheingau um die Welt.



Ständchen beim Picknick: Bläser-„Konzert“ auf Schloss Emkendorf beim Schleswig Holstein Festival Bild: SH-Musikfestival/Dirk Hourticolon

Eines der ältesten Musikfestivals in Deutschland ist der Choriner Musiksommer (22. Juni bis 1. September), der die Wirren nach 1989 erfolgreich bewältigt hat und 2013 mit 18 großen Konzerten in der Klosterruine und einem weiteren Konzert in der Dorfkirche sein 50. Jubiläum begeht. 850000 Besucher in 400 Konzerten zählt der Musiksommer seit 1964, bis zu 30000 waren es im Jahre 1988 und 23500 im Jahr 2012. Für jedes Konzert sind 2000 Besucher zugelassen, davon 600 auf der Rasenfläche im Innenhof. Ganz bewusst sind im Jubiläumsjahr bedeutende Klangkörper aus dem Osten der Republik eingeladen, darunter dessen berühmte Knabenchöre, der Dresdner Kreuzchor und der Thomanerchor Leipzig. Die Tradition der Musikfeste lässt grüßen.

Trotz eines leichten Rückgangs der Besucherzahlen sind Festivals nach wie vor attraktive Unternehmen, die sich in der Regel größtenteils aus Eintritts- und Sponsorengeldern finanzieren. Und das sogar bei einem wachsenden Angebot. Am 18. August 2012 beispielsweise zählte das Choriner Team 170 Veranstaltungen allein in Berlin/Brandenburg – von der Potsdamer Schlössernacht über die Seefestspiele am Wannsee mit Carmen bis hin zu einem Konzert im Rahmen der Sommerreihe auf Gut Liebenberg. Bundesweit dürften je nach Zählart rund 700 größere und kleinere Festivals den Sommer mit Musik erfüllen.

Was macht Festivals ausgerechnet in der Urlaubszeit, wenn viele potenzielle Besucher verreist sind, so erfolgreich? Von Hülsen: „Das Festival unterscheidet sich von dem normalen Konzertbetrieb dadurch, dass es einen Gastgeber hat, Gasträume, dass man jemanden besucht, ein Land, eine Stadt oder einen Ort, um ein besonderes Erlebnis damit zu verbinden. Es hebt einen aus dem Alltag völlig heraus und das macht das Besondere aus.“

Und der britische Geiger Daniel Hope ergänzt: „Was meinen Sie, wie meine Freunde aus Amerika, die hier in einer Renaissance-Scheune aus dem 16. Jahrhundert musizieren, die älter ist als ihr eigenes Land, aus dem Staunen nicht herauskommen. Das ist für Musiker und Publikum gleichermaßen schön.“

Urlaubsmuffel schätzen außerdem die lockere Oper-Air-Atmosphäre vieler Festivals. Ein verregneter Sommer kann allerdings sowohl Besuchern wie den Festivalveranstaltern dann einen Strich durch die Rechnung machen. *Helga Schnehagen*

Geistreicher »Rentner«

Im Zwiespalt mit den Preußen – Theodor Storm starb vor 125 Jahren kurz nach Vollendung seiner »Schimmelreiter«-Novelle

Am 14. April 1838 erschien in dem Monatsblatt „Danziger Dampfboot“ eine Geschichte mit dem Titel "Der gespenstige Reiter. Ein Reiseabenteuer". Einen Nachdruck dieser westpreußischen Wiedergänger-Sage über einen Reiter, der an der Weichsel bei Gefahr herumgeistert, las ein junger Advokat noch im selben Jahr in den "Hamburger Lesefrüchten". Genau 50 Jahre später ließ er sich von dem Stoff zu seinem bedeutendsten Werk inspirieren: dem „Schimmelreiter“.

Die Novelle kennt nahezu jedes Kind. Als Schullektüre und durch mehrere Verfilmungen ist die Geschichte von dem Deichgraf Hauke Haien, der statt an der Weichsel nun an der Nordseeküste bei Sturmfluten mit seinem Schimmel als Gespenst wiederaufersteht, zum zeitlosen Klassiker geworden. Die Novelle war zugleich das letzte Werk Theodor Storms. Nur zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung starb ihr Autor am 4. Juli 1888 in dem holsteinischen Hademarschen unweit des damals gerade mit dem Bau begonnenen Nord-Ostsee- beziehungsweise Kaiser-Wilhelm-Kanals, wie er bis 1948 hieß.

Ähnlich wie bei seinem Zeitgenossen Theodor Fontane brachte Storm erst das Spätwerk dauerhaften Ruhm ein. Mit ein Grund dafür war, dass sich beide erst praktisch als „Rentner“ voll auf ihre dichterischen Neigungen konzentrieren konnten. Nach seinem Studium in Kiel und Berlin, wo er sich mit seinem nordfriesischen Landsmann und Altertumsforscher Theodor Mommsen anfreundete, trat der am 14. September 1817 in Husum geborene Storm in die Fußstapfen seines Vaters und wurde Jurist. Seine eigene Anwaltskanzlei in der Heimatstadt konnte er aber nur zehn Jahre lang betreiben, da ihm wegen seiner kritischen Haltung gegenüber Dänemark, dessen König auch Landesherr über die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein war, seine Zulassung entzogen wurde. Nun begann seine zwiespältige „preußische Zeit“. 1852 fuhr er nach Berlin, um sich dort als Anwalt zu bewerben. Es verging allerdings ein Jahr, ehe er – zu Beginn noch ohne Gehalt – als Assessor beim Preußischen Kreisgericht in Potsdam angestellt wurde.

Ohne seinen Vater, der ihn und seine rasch auf sieben Kinder anwachsende Familie finanziell unterstützte, wäre er in dem „Militärkasino“, wie er Potsdam abschätzig nannte, rasch gescheitert. Denn von seinen literarischen Ergüssen konnte er nicht leben. Zwar war er ein emsiger Gedichteschreiber – einige seiner Gedichte wie "Knecht Ruprecht" ("Von drauß' vom Walde komm ich her; / Ich muß euch sagen, es weihnachtet sehr!") gehören zu den schönsten in deutscher Sprache –, aber außer Anerkennung brachten sie ihm nicht viel ein. Ganz dem lyrischen Ton verfallen war auch eine seiner ersten Novellen, die er in jenen Jahren schrieb und die immerhin mehrere Auflagen erlebte: "Immensee", in der sich ein älterer Mann an eine unerfüllte Jugendliebe erinnert.



Autor und Patriot: Theodor Storm Bild: Archiv

Die Rahmenhandlungen, die viele Novellen Storms kennzeichnen, sind auch für dessen Leben charakteristisch. Das Berufliche und Politische haben stets den Rahmen um Storms Werk gebildet. Den Preußen war er zum einen dankbar dafür, dass sie ihn zum Kreisrichter im thüringischen Heiligenstadt beriefen, und zum anderen dafür, dass sie im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 bei den Düppeler Schanzen endgültig die Dänen besiegten und er als Landvogt zurück nach Husum gehen konnte. Als Patriot und Republikaner hatte er aber auf die Unabhängigkeit seiner Heimat gesetzt. Nach der Schlacht von Königgrätz wurden stattdessen Schleswig und Holstein vom preußischen König als neue Provinz einverleibt.

„Wir können nicht verkennen, daß wir lediglich unter der Gewalt leben“, klagte Storm in einem Brief, „das ist desto einschneidender, da es von denen kommt, die wir gegen die dänische Gewalt zu Hülfe riefen.“

Neben der politischen musste Storm nun auch eine private Krise überstehen. Seine Frau starb 1865. Doch nur ein Jahr später heiratete er eine frühere Liebschaft. Von jetzt an und erst recht in seinem Ruhestand ab 1880 in Hademarschen blühte er schriftstellerisch auf. Mit "Pole Poppenspäler", "Viola tricolor", "Carsten Curator", „Die Söhne des Senators“ und seiner längsten und letzten Novelle, dem „Schimmelreiter“, blühte er im Rentenalter richtig auf. Ein Magenkrebs zerstörte 1888 dieses kraftvolle dichterische Leben aus dem Norden. *Harald Tews*

Der »Narr vom Bodensee«

Vor 175 Jahren wurde der Luftschiffkonstrukteur Graf Ferdinand von Zeppelin geboren

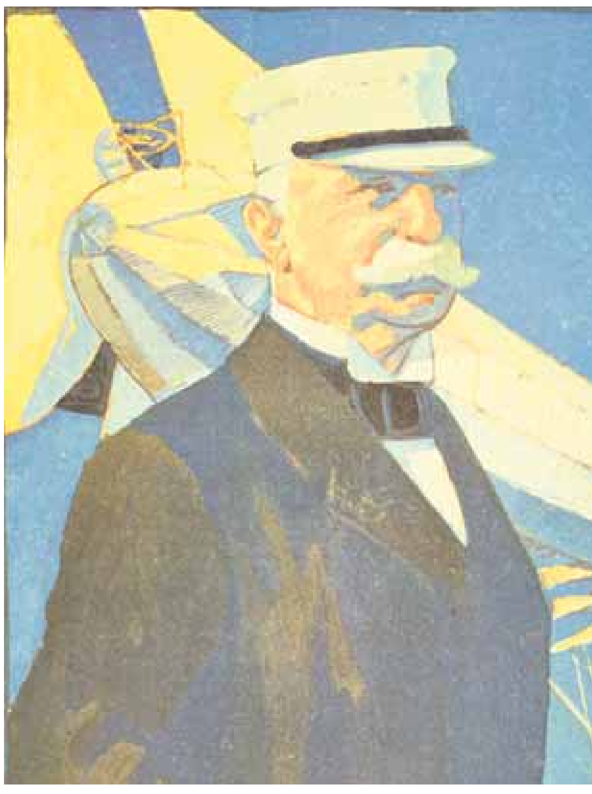
Was soll man an diesem Mann mehr bewundern – seine technische Vision oder sein dickköpfiges Beharrungsvermögen? Beides war notwendig, um das von Ferdinand von Zeppelin entwickelte starre Luftschiff fliegen zu lassen. Es ist die Geschichte harter Rückschläge, die viele entmutigt hätten, und grandioser Erfolge, die den Namen des Grafen zum Synonym für die fliegenden Zigarren machte: den Zeppelin.

Am 8. Juli 1838, also vor 175 Jahren, wurde Graf Ferdinand von Zeppelin in Konstanz geboren. Sein Interesse für Technik war früh erkennbar und daran orientierte sich auch seine Ausbildung. Er besuchte nach der Realschule das Polytechnikum in Stuttgart, kam mit 17 Jahren als Kadett zur Kriegsschule Ludwigsburg und studierte drei Jahre später in Tübingen Staatswissenschaften, Maschinenbau und Chemie. Es war nicht der viel zitierte schöne Traum vom Fliegen, die Sehnsucht nach der endlosen Weite der Lüfte, die ihn antrieb, ein Luftschiff zu entwickeln. Einmal mehr erwies sich der Krieg als Vater aller Dinge. Als Beobachter nahm Zeppelin 1863 am Amerikanischen Bürgerkrieg teil. Auf der Seite der Nordstaaten erlebte er zum ersten Mal den Einsatz von Ballons im Kampf. Sie wurden als Feldluftschiffe zur Aufklärung und zur Lenkung des Artilleriefeuers genutzt. Aber die Ballons blieben ein recht unzuverlässiges Hilfsmittel. Ihr Einsatz bestimmte der Wind, ihren Kurs die Windrichtung. Zur präzisen Planung taugten sie nicht. Zeppelin erkannte diese Schwäche rasch. Spätestens, seit er am 30. April 1863 an einer Ballonfahrt hatte teilnehmen können, ließ ihn dieses Thema nicht mehr los. Es wurde bestimmend für sein Leben.

Ein Jahr später, zurück von dem Ausflug nach Amerika, rückte er wieder in sein Regiment ein. Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/1871 erlebte er noch einmal den eher zweifelhaften Versuch der Franzosen, Aufklärungsballons einzusetzen. Aber erst drei Jahre später, am 25. April 1874, taucht in seinem Tagebuch vorsichtig die Idee eines lenkbaren Luftschiffes auf. Wahrscheinlich hatte ihn dazu ein Vortrag des Reichspostministers Heinrich von Stephan angeregt, der am Tag zuvor weit in die Zukunft geblickt und über Weltpost und Luftschifffahrt referiert hatte.

Zeppelin machte militärisch Karriere, wurde württembergischer Militärbevollmächtigter in Berlin und schließlich 1887 zum Gesandten. Auf schrullige Ambitionen lässt das nicht schließen. Nun aber wagte er sich mit seiner Idee erstmals an eine – wenn auch begrenzte – Öffentlichkeit. Er verfasste für seinen König eine Denkschrift mit dem Titel „Notwendigkeit der Lenkballone“. Darin kam er zu dem Schluss, nur lenkbare Luftschiffe seien militärisch brauchbar. Die militärisch-diplomatische Karriere Zeppelins endete ziemlich abrupt, als er beim Kaiser in Ungnade fiel. Er hatte – das Ende seiner Amtszeit in Berlin in Sicht – in einer „persönlichen Denkschrift“ 1891 Kritik geübt am preußischen Oberkommando über württembergische Truppenteile. Das kam nicht gut an. Nach dem alljährlichen Herbstmanöver beurteilte ihn der preußische General von Kleist so negativ, dass Zeppelin seinen Abschied nahm.

Nun war er frei und hatte die Zeit, sich vollständig seiner eigentlichen Aufgabe zu widmen – der Konstruktion eines lenkbaren Luftschiffes. Von Anbeginn kämpfte er gegen Ungläubigkeit und massiven Widerstand. Eine von Kaiser Wilhelm II. einberufene Kommission, der etliche namhafte Professoren angehörten, benötigte nur zwei Sitzungen, um den Daumen zu senken: keine Förderung. Damit war Zeppelin unten durch. Er wurde zum Gespött der Straße und als „Narr vom Bodensee“ verlacht. Sein Versuch, das Startkapital in Höhe von einer Million Mark aufzutreiben, scheiterte. Der Kaiser zeigte sich spendabel und bewilligte einen Zuschuss von 6000 Mark. Immerhin 100 000 Mark konnte Zeppelin bei Freunden und dem württembergischen Königshaus locker machen. Mehr Verständnis und Hilfe fand er beim Verein Deutscher Ingenieure. Die Techniker erkannten die Chancen des Projektes. Der Verband warb für die Idee und so konnte 1898 die Aktiengesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt gegründet werden. Daran beteiligten sich zwar etliche Industrielle, aber die Hälfte des Stammkapitals von 800 000 Mark musste Zeppelin selbst aus seinem Privatvermögen aufbringen. Noch im selben Jahr wurde ihm das Reichspatent 98 580 zugesprochen. Der Bau des Luftschiffes konnte beginnen.



Militär und Visionär: Graf Ferdinand von Zeppelin Bild: akg

Kernelemente der Konstruktion waren ein festes Gerippe aus Aluminium, zusammengesetzt aus Ringen und Längsträgern, Aufteilung des Gasraumes in mehrere Zellen und eine Luftschraube. Auf welches Wagnis sich der Graf vom Bodensee mit Baubeginn 1899 einließ, zeigen Zitate aus jener Zeit. Außer den Ingenieuren hatte er wenige Freunde. Was er vorhatte, galt als schlicht nicht möglich. Kaiser Wilhelm II. nannte ihn den „Dümmsten aller Süddeutschen“. Und Zeppelin selbst klagte trotzig: „Für mich steht naturgemäß niemand ein, weil keiner den Sprung ins Dunkel wagen will. Aber mein Ziel ist klar und meine Berechnungen sind richtig.“ Seine Berechnungen erwiesen sich in der Tat als richtig. Mit der Jahrhundertwende kam es zu den drei ersten Aufstiegen über dem Bodensee. Zum ersten Mal war der große Augenblick der Wahrheit am 2. Juli 1900 gekommen. Es war gegen 20 Uhr, als das Luftschiff auf einem Floß aus einer schwimmenden Halle auf dem Bodensee gezogen wurde. Und es stieg empor! Das hatte die Welt noch nicht gesehen. Nach 18 Minuten war es mit dieser Weltsensation bereits vorbei. Zeppelin hatte früher als erwartet landen müssen, weil es technische Probleme gegeben hatte. Aber das waren Kleinigkeiten, von denen das Publikum nichts wusste. Dreimal stieg der Zeppelin vom Bodensee auf, jedes Mal wurden die Ergebnisse besser. Kaiser Wilhelm II. änderte seine Meinung, er verlieh dem „Dümmsten aller Süddeutschen“ den Roten Adlerorden I. Klasse.

Denken – fliegen – lenken, das hatte noch niemand fertiggebracht. Ein neuer Typ des Zeppelins, wie er nun allgemein hieß, sollte gebaut werden. Das würde wieder teuer werden. Eine Lotterie sollte das Geld bringen. Das war schon bei den Typen Z 2 und Z 3 so gewesen. Mit Z 4 sollte der Durchbruch geschafft werden. Z 4 sollte an das Militär verkauft werden. Die Militärs aber verlangten, der Zeppelin 4 solle nachweisen, dass er für eine Fahrt über 24 Stunden geeignet sei. Die Demonstrationsfahrt wurde zu einer Unglücksfahrt. Um 6.22 Uhr startete man in Friedrichshafen Richtung Mainz, um 17.24 Uhr musste man wegen eines Motorschadens bei Trebur-Geinsheim notlanden. Um 22 Uhr war der Schaden behoben, Z 4 startete wieder. Zwei Stunden später die nächste Notlandung. Am nächsten Tag riss ein Sturm das Luftschiff von seiner Verankerung und schleuderte es gegen einen Obstbaum. Es fing Feuer und brannte restlos aus. Ausgerechnet diese Chaosfahrt brachte für Zeppelin die wirtschaftliche Wende. Beeindruckt von dem Unfall, hielt ein Unbekannter am Unglücksort eine zündende Rede, in der er zu Spenden für den Zeppelin aufrief. Er muss sehr überzeugend gewirkt haben, denn die Zuschauer spendeten spontan, später wurde daraus die „Zeppelinspende des deutschen Volkes“. Mehr als sechs Millionen Mark kamen dabei zusammen. Mit diesem Geld konnte Zeppelin die „Luftschiffbau Zeppelin“ und die Zeppelin-Stiftung gründen. Beide bestehen heute noch. Zeppelin selbst bezeichnete später den 5. August 1908 als „die Geburtsstunde der nationalen Luftschifffahrt in Deutschland“.

Die Militärverwaltung kaufte dann doch noch im gleichen Jahr ein Luftschiff von Zeppelin. Ab 1909 flog der Zeppelin auch zivil, machte bis 1914 über 1500 Fahrten mit 35 000 Gästen. Es ging aufwärts. In Potsdam-Pirschheide kaufte Zeppelin 1910 ein Gelände von 25 Hektar, auf dem er bis 1912 eine Luftschiffhalle errichtete, die er zum Luftfahrtzentrum Europas machen wollte. Diese Pläne konnte er allerdings nicht mehr vollenden. Zeppelin starb am 8. März 1917. Im gleichen Jahr wurde auch die Produktion in Potsdam eingestellt. Der Vertrag von Versailles bedeutete für den Zeppelin vorerst das Aus, bevor die Zeit der Luftschiffe nach dem Brand der „Hindenburg“ in Lakehurst im Mai 1937 endgültig beendet war. *Klaus J. Groth*

Solo auf dem »Nackten Berg«

Der Tiroler Hermann Buhl stand vor 60 Jahren als erster auf dem Gipfel des »Schicksalsbergs der Deutschen« Nanga Parbat

Die Einheimischen nennen ihn den „Nackten Berg“ – „Nanga Parbat“. Für die Deutschen ist es ihr „Schicksalsberg“. Als am 3. Juli 1953 dieser Berg erstmals bestiegen wurde, hatten bei früheren Besteigungsversuchen bereits mehr als 20 Bergsteiger und Träger aus dem Kaschmir ihr Leben gelassen. Der Nanga Parbat ist unter den Achttausendern zwar nur der neuntgrößte, aber der mit Abstand gefährlichste. Die Todesrate unter Bergsteigern ist hier höher als an jedem anderen Berg.

Allein die größte Steilwand der Welt, die viereinhalb Kilometer lange nach Süden hin gelegene Rupal-Flanke, flößt Bergsteigern regelrecht Furcht und Schrecken ein. Die Deutschen nehmen solche Herausforderungen gerne an. Der Nanga Parbat sollte „ihr“ Berg werden.

Viele Kletterer sind sich einig: Der Nanga Parbat ist der eindrucksvollste Achttausender. Mehr als 1200 Kilometer vom Mount Everest entfernt am westlichen Ausläufer des Himalayas im pakistanischen Karakorum gelegen, ragt er mit seinen in der Sonne gleißend weißen Steilwänden wie ein glitzernder Kristall weithin sichtbar hervor. Zum nur 25 Kilometer entfernten Indus-Tal beträgt der Höhenunterschied 7000 Meter – auf keinem Kontinent gibt es eine größere Falllinie.

Kein Wunder, dass die Pakistani ihn auch den „König der Berge“ nennen. Obwohl er „nur“ 8125 Meter hoch ist und gerade noch ohne Atemmaske bestiegen werden kann, ist er der mythenreichste Berg. Nur der Mount Everest hat ähnlich viele Geschichten geschrieben. Während auf dessen Gipfel mittlerweile sogar Touristen ohne jede bergsteigerische Erfahrung geführt werden, schaffen es am Nanga Parbat nur die besten Kletterer.

Einer der Besten seiner Zeit, der Brite und Matterhorn-Bezwinger Albert F. Mummery, wollte den Berg 1895 erstmals besteigen. Doch vom Nanga Parbat kam er nicht wieder herunter, er blieb dort verschollen. Als sich ein deutscher Verleger von Alpinliteratur die Rechte an Mummerys Reiseberichten sicherte, schwappte eine Welle an Begeisterung für den „Nackten Berg“ nach Deutschland über. 1932 gab die großangelegte „Deutsch-Amerikanische Himalaya-Expedition“ unter Führung von Willy Merkl nach einem dreiwöchigen Schneesturm erschöpft auf. Zwei Jahre später leitete Merkl erneut eine Expedition, die in einer Katastrophe endete, nachdem ein Orkan die Männer mehr als eine Woche bei klirrender Kälte in 7600 Metern Höhe festgehalten hatte. Insgesamt zwölf Menschen starben, darunter auch Merkl. Noch tragischer endete die dritte große deutsche Expedition, bei der 1937 eine Lawine sieben deutsche Bergsteiger und neun Träger unter sich begrub.



Nanga Parbat mit der Rupal-Flanke Bild: Archiv

Die NS-Propaganda rief den Nanga Parbat als den „Schicksalsberg der Deutschen“ aus. Ihm wollte sich 1939 auch Heinrich Harrer stellen. Als der Krieg ausbrach, wurde er auf der Rückreise einer Erkundungstour von Briten interniert. Seine Erlebnisse verarbeitete er in seinem mit Brad Pitt verfilmten Bestseller „Sieben Jahre in Tibet“.

Nach dem Krieg lieferte man sich mit Briten, Franzosen und Italienern einen regelrechten Wettlauf um die Erstbesteigung der Achttausender. Die Franzosen legten 1950 vor, als sie auf „ihrem“ Annapurna standen. 1953 kam es zum Fernduell zwischen Briten und Deutschen. Erstere hatten die Nase knapp vorn, als Ende Mai der „britische“ Mount Everest von Edmund Hillary bezwungen wurde – der war zwar Neuseeländer, aber das gehört ja zum Commonwealth. Erst im darauffolgenden Jahr schafften es die Italiener auf „ihren“ K2.

1953 stellte der Münchener Arzt Karl Herligkoffer, – übrigens ein Halbbruder von Willy Merkl – eine Expedition zum Nanga Parbat zusammen. Während er vom Basislager aus die organisatorischen Fäden zog, kam es zu Reibereien unter den Bergsteigern. Als deren Anführer entnervt abreiste, erhielt der Innsbrucker Hermann Buhl im Lager in 6900 Metern Höhe die Anweisung abzusteigen.

Da ausnahmsweise bestes Wetter herrschte, widersetzte sich Buhl der Anordnung und nahm einen bis heute einmaligen Soloaufstieg vor. Am 3. Juli, zwei Stunden nach Mitternacht, macht er sich auf, um 1200 Meter auf welligem Grat anzusteigen. Aufgeputscht von der Droge Pervitin legt er acht Kilometer über den Silbersattel bis zum Vorgipfel zurück. Vor dem Gipfel gilt es noch, einige schwierige Gratzacken zu überwinden, doch schließlich kriecht er um 7 Uhr abends auf allen vieren auf den Gipfel.

Buhl hält sich nur wenige Minuten ganz oben auf und sticht einen Eispickel mit der nepalesischen Fahne als Zeichen seines Gipfelsiegs in den Fels. Der eisige Wind macht ihm zu schaffen. Und die nahende Dunkelheit. Er steigt ab, um sich in 8000 Meter Höhe über Nacht ein Notbiwak ohne Zelt einzurichten. Am nächsten Morgen wankt er hinab. Vom Silbersattel aus sieht er das Hochlager in 6900 Metern Höhe. Es ist niemand da. Verzweifelt ruft er nach seinen Mitstreitern. Doch dann sieht er zwei Gestalten an einem Felsvorsprung. Zwei Weggefährten haben auf ihn gewartet. Er hat es geschafft, zwar mit Erfrierungen an den Zehen, völlig dehydriert und ausgezehrt sowie mit von der Höhensonne verrunzeltem Gesicht, das ihn um 40 Jahre gealtert aussehen lässt, aber geschafft – nach 41 Stunden Alleingang!

Herligkoffer wusste nicht, ob er sich über den Abtrünnigen Buhl, mit dem er sich später vor Gericht um die Verwertungsrechte stritt, freuen oder ärgern sollte. Wie um einen halben Triumph perfekt zu machen, organisierte er 1970 eine Expedition mit dem Südtiroler Brüder-Paar Reinhold und Günther Messner. Anders als Buhl, der den Berg über die Rakhiot-Flanke im Norden bestieg, sollten sie den Gipfel über die riesige Rupal-Steilwand besteigen, die viermal so lang ist wie die berüchtigte Eiger-Nordwand. Es klappte. Günther war von dem extremen Anstieg aber so geschwächt, dass ein geplanter Abstieg über die Rupal-Seite ausgeschlossen war. So stiegen sie erstmals auf der anderen Seite über die westliche Diamir-Flanke herab. Als Reinhold nach einer Abstiegsmöglichkeit suchte, kam sein höhenkranker Bruder vermutlich bei einer Lawine ums Leben. 2005 wurden sterbliche Überreste als die von Günther Messner identifiziert. Sein Bruder Reinhold schaffte es mit knapper Not ins rettende Tal. Beider Schicksal hat Regisseur Joseph Vilsmaier 2010 in „Nanga Parbat“ verfilmt. *Harald Tews*

Tödliche Geißel der Monarchen

Die Wassersucht raffte sechs Hohenzollernherrscher hinweg — Wahrscheinlich war es eine Erbkrankheit

Die „Wassersucht“ galt als die „Schicksalskrankheit“ der brandenburgischen Linie der Hohenzollern, denn ihr fielen mindestens sechs Kurfürsten beziehungsweise Könige von Preußen zum Opfer. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Veranlagung hierfür vererbt, allerdings tat die damalige Lebensweise ein Übriges. Zudem besaß die Medizin seinerzeit keinerlei Kenntnisse hinsichtlich einer angemessenen Prävention und Behandlung.

Am 9. Januar 1499 starb der vierte Kurfürst von Brandenburg, Johann Cicero, auf der altmärkischen Arneburg im Alter von nur 43 Jahren an der sogenannten „Brustwassersucht“. Damit fand zum ersten Male eine Diagnose beziehungsweise Todesursache Erwähnung, welche sich dann insbesondere im 18. Jahrhundert wie ein roter Faden durch die Familiengeschichte der brandenburgischen Linie der Hohenzollern ziehen sollte. Zuvor wurden freilich auch noch die Kurfürsten Georg Wilhelm und Friedrich Wilhelm von der Wassersucht hinweggerafft; der erstere segnete 1640 das Zeitliche, während der „Große Kurfürst“ der Krankheit 1688 erlag.

Als nächstes traf es seinen Enkel, den „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Der litt schon mindestens fünf Jahre vor seinem Tod unter Erstickungsanfällen und den typischen Wasseransammlungen im Körper, die ihn – wie er selbst mehrmals bezeugte – aufs äußerste beeinträchtigten. Zum Schluss konnte sich der Herrscher wegen seiner Wassersucht ausschließlich im Rollstuhl fortbewegen und im Sitzen schlafen und verstarb schließlich 1740 an einer hinzukommenden Lungenentzündung, allerdings nicht ohne zuvor noch seinem erlöschenden Puls zu befehlen: „Er soll nicht stillstehen!“

Ebenso betroffen war Friedrich der Große. Der erreichte zwar aufgrund seines eisernen Willens trotz vielfältiger körperlicher Beeinträchtigungen ein Alter von 74 Jahren – immer getreu dem Motto: „Mein Organismus muss, koste es was wolle, funktionieren. Ich behandle ihn wie eine alte Schindmähre und gebe ihm die Sporen.“ Dennoch verbrachte er dann die letzten Lebenstage genau wie sein Vater in einem Sessel sitzend, weil es ihm unmöglich geworden war, liegenderweise zu atmen. Der Leibarzt des Monarchen notierte hierzu später: „Der König hatte die Brustwassersucht, die Bauchwassersucht und eine erhebliche Ergießung von Wasser in seinen Schenkeln und Beinen.“ Deshalb war es nötig, dem Leichnam noch am 17. August 1786 mehrere Liter Wasser abzuzapfen, damit er mit der Uniform des ersten Gardebataillons bekleidet werden konnte.

Genauso qualvoll endete der nächste preußische König, Friedrich Wilhelm II., im Jahre 1797. Der im Volksmund „dicker Willem“ Genannte war erst 53 Jahre alt, als er nach drei Jahren schweren Leidens einsam im Sessel sitzend verstarb, wobei er in seinem langen Todeskampf das Leder von der Lehne riss.

Gegen die Wassersucht der Hohenzollernherrscher versuchten die Ärzte, aber auch allerlei Quacksalber, mit unzähligen skurrilen Mitteln anzukämpfen. So schlug ein Laborant aus Magdeburg vor, Friedrich Wilhelm II. auf Polsterkissen zu lagern, welche die Ausdünstungen ungeborener Kälber von sich geben. Und der extra aus Paris herbeigerufene „Magnetiseur“ de Beaunnoir verordnete dem König gar: „Täglich zwei elektrische Bäder, ein jedes von einer Stunde.“ Dazu kam die Anweisung, im Nebenzimmer „eine sanfte und süße Musik von Blasinstrumenten“ zu spielen und zwei „heitere“ Kinder zwischen acht und zehn Jahren links und rechts von Friedrich schlafen zu lassen – wegen ihrer „gesunden und reinen Ausdünstungen“. Außerdem verordnete der französische Scharlatan noch den Anblick junger Katzen, Reis mit Honig, spanischen Wein und eine russische Pelzmütze.



Legte seinen Nachkommen den Tod in die Wiege: Kurfürst Johann Cicero — Bild: pa

Es versteht sich von selbst, dass derlei Unfug auf den Widerstand der Erkrankten stieß. Insbesondere Friedrich der Große meinte, „die Docters seindt große Idioten“, weshalb er sich gegen alle Diäten wehrte und nach Berichten von Augenzeugen stattdessen lieber „Rindfleisch, das mit einem halben Quart Branntwein gedämpft war“, ein Gemisch aus türkischem Weizen, Parmesan, Knoblauchsaft und Butter, Aalpastete und jede Menge von „blähenden Früchten“ verspeiste. Dies veranlasste General Görtz zu der absolut zutreffenden Äußerung: „Die Köche waren seine gefährlichsten Feinde.“ Und davon hatte Friedrich gleich zwölf an der Zahl: Franzosen, Deutsche, Italiener, Russen und Engländer, deren jährlicher Etat 12 000 Taler betrug.

„Wassersucht“ oder auch „Brust- und Bauchwassersucht“ sind natürlich Diagnosen der damaligen Zeit. Heute spricht man von einem Serothorax beziehungsweise einer Aszites. Als Ursache dieser Flüssigkeitsansammlungen und somit der „Schicksalskrankheit des Hauses Hohenzollern“ kann nach der Beschreibung des Krankheitsverlaufes und der Symptomatik unter anderem eine chronische Rechtsherzinsuffizienz angenommen werden. Bei einer solchen ist die rechte Herzhälfte nicht mehr in der Lage, die notwendige Pumpleistung zu erbringen, woraufhin es zu negativen Veränderungen der Druckverhältnisse in den Gefäßen kommt, aus denen dann wiederum die Ödeme im Brust- und Bauchraum sowie an den Beinen resultieren.

Diese Herzschwäche rührte im Falle der brandenburgischen Hohenzollern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von einem deutlich zu hohen Blutdruck her. Die ständigen „Blutwallungen“ der Herrscher, welche man problemlos als hypertonische Krisen interpretieren kann, sind legendär, und die vielen Schlaganfälle innerhalb der Dynastie bezeugen ein Übriges. Ebenso frei dürfte zudem auch noch eine vererbliche Ausscheidungsstörung der Nieren für Harnsäure eine maßgebliche Rolle bei der Entstehung der „Wassersucht“ gespielt haben. Diese nämlich führt im Falle von Ernährungsexzessen und gesteigerter Alkoholaufnahme — und beide Verhaltensweisen gehörten zur Tagesordnung — zu einer Gicht, die ja tatsächlich bei sämtlichen Betroffenen in schwerer Form vorlag. Und diese Gicht wiederum kann im Falle von massiven Diätverstößen ohne Weiteres in einer Niereninsuffizienz enden, also in einer schweren Nierenfunktionsstörung, bei der es ebenfalls zu krankhaften Wassereinlagerungen im Körper kommt. Man muss also im Falle der brandenburgischen Hohenzollern von einer teilweisen Vererbung der Veranlagung zur „Wassersucht“ ausgehen. Andererseits war das gehäuft auftretende Leiden aber auch die Folge einer Lebensweise, welche den Organismus massiv überlastete und Verhaltensweisen einschloss, die bei der ungünstigen genetischen Disposition besser hätten unterbleiben sollen.

Wolfgang Kaufmann

Reformation in Preußen und Livland

Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung tagte in Göttingen

Die aus dem Programm „Reformationsjubiläum 2017“ des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte Veranstaltung stand unter dem Rahmenthema „Livland und Preußen im Zeitalter der Reformation“ und wurde als gemeinsame Jahrestagung mit der Baltischen Historischen Kommission an der Universität Göttingen veranstaltet. Die Tagung eröffnete Matthias Thumser, der Vorsitzende der Baltischen Historischen Kommission, der im Anschluss daran neue Forschungen zur baltischen Geschichte vorstellen ließ.

Den ersten der insgesamt drei „Werkstattberichte“ dieses Vortragsblocks erstattete der Theologe Meelis Friedenthal (Dorpat) zu dem Thema „Onomatologie in frühneuzeitlichen philosophischen Disputationen“. Gottfried Etzold (Wolfenbüttel) stellte im Anschluss daran Johann Wilhelm von Krause als Praktiker der Aufklärung im Livland des 18. Jahrhunderts vor. Im letzten der drei Beiträge sprach Lars Fredrik Stöcker (Reval) über oppositionelle Netzwerke im Ostseeraum: „Politische Kontakte zwischen Exil und Heimatland am Beispiel der Estnischen SSR“.

Anschließend stellte der 1. Vorsitzende der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Arno Mentzel-Reuters, die Mitte April erschienene Edition „Das Elbinger Kriegsbuch (1383 – 1409). Rechnungen für städtische Aufgebote“, bearbeitet von Dieter Heckmann unter Mitarbeit von Krzysztof Kwiatkowski (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 68), als gelungenes Ergebnis einer fünfjährigen deutsch-polnischen Zusammenarbeit vor.

> Neue Forschungen zur baltischen Geschichte präsentiert

Vor Beginn der ersten Sektion, die livländischen Themen gewidmet war, würdigte die Botschafterin der Republik Estland, Kaja Tael, in ihrer Begrüßungsrede die jahrzehntelange länderübergreifende wissenschaftliche Kooperation der Tagungsteilnehmer als vorbildhaft. Anschließend führten Klaus Neitmann und Arno Mentzel-Reuters in die Thematik ein.

Im ersten Vortrag der Sektion ordnete Stefan Doneker (Wien und Greifswald) am Beispiel von Riga die Reformation im städtischen Raum ein und stellte die von der französischen Sozialwissenschaft geprägten Begriffe „Spatial Turn“ und „Urban Anthropology“ zur Diskussion. Danach trug Juhan Kreem (Reval) seine Beobachtungen zur Religionsfrage in den livländischen Landtagsrezessen 1522 – 1559 vor. Den livländischen Landtagsteilnehmern ging es dabei vor allem darum, den Status quo möglichst lange zu wahren und Entscheidungen auf das oft angekündigte allgemeine Konzil zu verschieben. Im Anschluss daran sprach Thomas Lange (Hamburg) zu dem Thema „Zwischen Allianz und Konfrontation: Die Reformation in Riga im Spannungsfeld zwischen der Stadt und ihren Herren“. Mit Letzteren sind der Deutsche Orden und der Erzbischof von Riga gemeint, die den von Preußen in die Stadt hineingetragenen Reformationsbestrebungen unterschiedlich begegneten. Die Sektion beschloss Inna Põltsam-Jürio (Reval) mit einem quellennahen Vortrag über die Reformation in der livländischen Kleinstadt Neu Pernau, die ohne Duldung des örtlichen Deutschordenskomturs nicht hätte umgesetzt werden können.

Die „preußische Sektion“ am zweiten Veranstaltungstag eröffnete Bernhart Jähnig (Berlin) mit einem Überblick über die Entstehung einer preußischen Landeskirche unter Herzog Albrecht, wobei er die Predigten Osianders in Nürnberg von 1522 als ausschlaggebend für die Hinwendung Albrechts zur neuen Lehre herausstellte. Der Vortrag des Rechtshistorikers Dariusz Makilla (Warschau) zu den Kirchenordnungen Herzog Albrechts führte drastisch vor Augen, mit welchen moralisch-erzieherischen Maßnahmen die preußische Obrigkeit in das Alltagsleben der Menschen eingriff. In seinem Referat über „Herzog Albrecht und die Hexen. Hexenprozesse im Herzogtum Preußen 1525 – 1568“ machte Jacek Wijaczka (Thorn) deutlich, auf welche Weise Reste heidnisch-prußischer Opferriten und die von den Einwanderern aus dem Westen importierten Vorstellungen von Magie und Zauberei aufeinandertrafen.

Die Tagung endete mit einem Vortrag von Marie-Luise Heckmann (Potsdam) mit dem Titel „Wehrhafte Reformation: Das Kriegsbuch Herzog Albrechts“. Sie konnte davon überzeugen, dass das Buch aus einer älteren und einer jüngeren Kriegsordnung von 1555 entstanden ist. Die um 1544 begonnene ältere Kriegsordnung bewertete sie als bedingtes Selbstzeugnis des ersten preußischen Herzogs, das zeitweise den Charakter eines Arcanums (Geheimprojekts) angenommen habe.

Dieter Heckmann

»Verzicht sinnlos«

Vor 25 Jahren starb Johann Gradl

Die Beseitigung der deutschen Teilung war Johann Gradls politisches Lebensthema. Gradl wurde am 25. März 1904 in Berlin geboren, absolvierte das Realgymnasium und eine Lehre zum Bankkaufmann. Anschließend studierte er Wirtschafts- und Staatswissenschaften und legte 1926 die Prüfung zum Diplomvolkswirt ab. Im Jahre 1930 wurde er promoviert und trat in die Zentrumspartei ein, für deren Organ „Germania“ er seit 1926 als Redakteur tätig war. Von 1931 bis 1945 arbeitete er im Bankgewerbe.

> Vertriebenenminister von 1965 bis 1966

Nach Kriegsende gehörte Gradl zu den Gründern der Berliner CDU. Zusammen mit Jakob Kaiser vertrat er einen „demokratischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung“. lehnte aber die brutalen Sozialisierungspläne der sowjetischen Besatzungsmacht ab. Als er als Mitglied des Hauptvorstandes der Partei im sowjetischen Sektor allzu deutlich deren Reparationspolitik kritisierte, wurde er abgesetzt und erhielt Redeverbot. In West-Berlin gründete er die exilierte SBZ-CDU, wurde deren Geschäftsführer und von 1970 bis 1987 deren Vorsitzender. Beruflich wirkte Gradl von 1948 bis 1963 als Herausgeber der Berliner Zeitung „Der Tag“. Im Jahre 1957 zog er in den Bundestag ein, wo er im Gesamtdeutschen Ausschuss tätig war. Anfang der 60er-Jahre setzte er sich für die Errichtung von Handelsmissionen in den Ostblock-Staaten und für eine Konferenz der Siegermächte zur Vorbereitung eines Friedensvertrags ein. Nach der Bundestagswahl wurde Gradl im Oktober 1965 Bundesvertriebenenminister. In seine Amtszeit fiel die von den Kirchen angestoßene Diskussion über die moralischen, rechtlichen und politischen Aspekte der Oder-Neiße-Frage. Für Gradl war die Rechtslage klar: Die endgültige Festlegung der Grenzen bleibe einer Friedenskonferenz vorbehalten. Nur eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung dürfe darüber verhandeln, allerdings niemals bedingungslos auf deutsche Gebiete verzichten. Bis dahin bestehe Deutschland als Einheit in den Grenzen von 1937 fort. Ein Verzicht wäre sinnlos. Bewirken konnte Gradl während seiner kurzen Amtszeit kaum etwas, denn diese endete bereits nach dem Bruch der Koalition mit der FDP im Dezember 1966.

Gradl blieb noch bis 1980 Bundestagsabgeordneter und engagierte sich im „Kuratorium Unteilbares Deutschland“. Die Erfüllung seines Traums vom Ende der deutschen Teilung erlebte er nicht mehr, denn er starb am 2. Juli 1988 in seiner Heimatstadt Berlin.

J.H.

Geldverschenker abstrafen

Zu: „Sozialbetrug leicht gemacht" (Nr. 23)

Der Abbau Deutschlands beziehungsweise des Westens hat doch längst begonnen – dazu passen dann ja auch Presse-Artikel, in denen die systematische und bewusste Ausplünderung der Europäer und ihrer Sozialsysteme propagiert wird.

Es ist schon kaum mehr auszuhalten, wenn man bedenkt, dass Menschen aus bildungsfernen Ländern und Schichten den angeblich so aufgeklärten und informierten Westen am Nasenring durch die EU-Arena schleifen. Und unsere Abnicker vom Dienst sprechen von Bereicherung und darüber, dass wir das aushalten müssten. Ja, eine Bereicherung findet statt, aber nicht so, wie es uns die Damen und Herren der Betroffenheits- und Empörungsriege glauben machen möchten. Und ob und wie lange wir das aushalten wollen, das wird sich noch zeigen.

Dann soll aber keiner jammern, er hätte von nichts gewusst. Wer jetzt noch die in politischer Verantwortung stehenden etablierten Geldverschenker und Steuerverschwender wählt, dem ist nicht mehr zu helfen. Toleranz und Aufklärung sind eine schöne Sache – Selbstaufgabe und Kapitulation vor Dummheit, Dreistigkeit und Intoleranz werden sich dagegen bitter rächen. **Sandra Baumann, München**

Vernichtung war das Ziel

Zu: „Ich töte jede Nacht tausende Menschen" (Nr. 23)

Der *PAZ*-Beitrag ist im Hinblick auf nachwachsende Generationen sachlich und aufklärend, aber die Folgen waren so verheerend, dass auch das fürchterliche Erleben der Bombenopfer mehr gewürdigt und insbesondere als das benannt werden sollte, was es war. Zumindest die Angriffe, die ab Beginn des Jahres 1945 auf die dicht bewohnten Innenstädte erfolgt sind, hatten für unsere Gegner keine kriegsverkürzende Wirkung mehr, es ging wohl nur noch darum, so viele Bewohner wie möglich zu töten. Man denke an Dresden, wo die Briten durch ihre exzellente Luftaufklärung bestimmt wussten, dass die Stadt voller Flüchtlinge war, an Pforzheim oder gar an Potsdam Mitte 1945 mit seiner die Briten störenden historischen Bedeutung für Preußen, vor dem die sowjetischen Truppen schon fast in Sichtweite standen.

Die Untergrabung der Moral der Deutschen war bis dahin nicht erreicht. Und zu diesem späten Zeitpunkt dachten die Menschen nicht an Moral, sondern nur noch an die eigene Rettung. Man dürfte sich wohl nicht wundern, wenn in viel späterer Geschichtsbetrachtung diese letzten sinnlosen Angriffe als Kriegsverbrechen und als Verbrechen an der Menschlichkeit bewertet werden. **Helmut von Binzer, Hamburg**

Büßergewand endlich ablegen

Zu: „Sprich' bloß nicht vom Krieg!" (Nr. 20)

Zu dem als Leitmotiv der Betrachtungen zur Tannhäuser-Inszenierung von Düsseldorf herangezogenen Zitat, dass man (als Brite) im Gespräch mit angeblich empfindlichen Deutschen nie den Zweiten Weltkrieg erwähnen sollte, muss Folgendes richtiggestellt werden: Es ist ja wohl eher umgekehrt. Während die Deutschen keine Gelegenheit auslassen, alle Schuld (auch die nicht begangener Taten) auf sich zu nehmen und mit angeborener Gründlichkeit jeden Stein der Geschichte umdrehen, um auch noch die minimalste menschliche „Verfehlung" ausgraben und sich ans Büßergewand heften zu können, halten sich die Briten mit der Aufarbeitung eigener Untaten und über die kriegstreibende Rolle vor dem 1. September 1939 auch 68 Jahre nach Kriegsende sehr bedeckt.

Weiterhin gesperrte Akten in den Britischen Archiven lassen grüßen. Es wäre interessant zu sehen, wie man dort im Gespräch darauf reagieren würde. Wenn auf deutscher Seite tatsächlich nach dem Krieg empfindlich auf das Thema reagiert wurde, dann wohl auch, weil es damals noch genügend „Wissende" der Erlebnisgeneration gegeben hat, die nicht einfach kritiklos die vorgegebene Sichtweise der Siegermächte übernehmen wollten. **K. Weiß, Berlin**

Chance geben

Zu: „Desillusionierter Souverän" (Nr. 22)

Ich finde es schade, dass viele nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Aber das Desinteresse ist verständlich, denn die Politiker haben sich ja bis jetzt nicht nach den Wählern gerichtet. Aber warum den Kopf in den Sand stekken? Gut, bisher gab es keine Alternative. Aber jetzt ist sie da: die „Alternative für Deutschland" (AfD). Endlich mal eine nicht links gerichtete Partei.

Gut, man kann sagen, vielleicht schafft sie doch nicht den Sprung in den Bundestag. Dann wäre meine Stimme verloren. Das wird oft von den etablierten Parteien gesagt. Aber, wie sah es damals mit den Grünen aus? An sie haben anfangs auch nicht viele geglaubt. Sie wurden trotzdem ins Parlament gewählt. Also, ich denke, wir sollten der AfD eine Chance geben. Viel schlimmer kann es ja nicht werden. **Dieter Hartmann, Oberursel**



Privater Gedenkstein: Wenn die Politik nicht fähig ist, ein öffentliches Denkmal für die Heimatvertriebenen aufzustellen, stellen es sich die Bürger eben in den eigenen Garten Bild: Walter Sender

Bund muss zahlen

Zu: „Potsdamer Parkgerangel" (Nr. 23)

Der Bericht über das Potsdamer Parkgerangel greift zu kurz. Denn erstens verkennen die Befürworter eines Eintrittsgeldes, dass eine Bezahlschranke sowohl den historischen Charakter der Anlage als auch das Zentrum der brandenburgischen Landeshauptstadt verändern würde. Wobei sich praktische Fragen stellen, die nur schwer zu beantworten sind wie etwa diejenige, ob die Studenten am Neuen Palais künftig einen weiten Umweg zu ihren Vorlesungen nehmen müssen. Zweitens trägt bei einem Weltkulturerbe der Bund die Verantwortung. Zumal dieser als Unesco-Mitglied deren Charta unterschrieben hat. Weswegen der Ball beim Bundesfinanz- und Kulturstaatsminister liegt, dafür zu sorgen, dass die Schlossstiftung endlich genügend Mittel für die Instandhaltung des Areals erhält. **Rasmus Ph. Helt, Hamburg**

Eingeknickt?

Zu: „Aufgetaucht" (Nr. 20)

Im *Paz*-Artikel las ich, dass ein Bullauge der „Wilhelm Gustloff" dem Altonaer Museum übergeben wurde, da Deutschland die Rechte daran besitzt. Ich gehe davon aus, dass diese Rechte für alle aufgetauchten Fundstücke des Anfang 1945 rücksichtslos torpedierten Flüchtlingsschiffes gelten.

Vor einigen Jahren las ich, dass sich die Schiffsglocke, also ein ideell weit wertvolleres Teil des Schiffes, in Polen in irgendeiner Kneipe befinden soll. Wenn ich mich recht entsinne, war sie damals leihweise in Deutschland gezeigt worden. Meine Frage nun: Wenn Deutschland tatsächlich das Recht an diesem Wrack hat, weshalb macht unsere Regierung dieses Recht nicht auch an der Schiffsglocke geltend? Hat sie auch hier wieder – wie so oft – Rücksicht auf die polnische Empfindsamkeit genommen und ist eingeknickt? **Rolf Löcken, Roxheim**

Heimat-Gedenkstätte im eigenen Garten

Zu: „Unvergessenes Leid" (Nr. 21)

Langsam kommt Bewegung in die Sache, dass in angemessener Weise die Opfer von Flucht und Vertreibung mit einem „Gedenktag" gewürdigt werden. Ein großes Lob auch an den Bayrischen Ministerpräsident Horst Seehofer, der sich für den Gedenktag einsetzte. Es wurden millionenschwere Gedenkstätten in besten Lagen der Bundesrepublik gegen das Vergessen gebaut. All die vorgenannten Grausamkeiten dürfen nie vergessen werden, auf dass diese niemals wieder geschehen.

Aber eine große Gruppe ist im Gedenken vergessen worden – und sollen auch verschwiegen werden. Hier streiten sich die Parteien schon fast 70 Jahre: Über eine Gedenkstätte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Da von Seiten der Regierung in Berlin weiterhin versucht wird, dieses Thema in Vergessenheit geraten zu lassen. Und um nur nicht zu viel herumzurühren, wird wohl nie eine angemessene Gedenkstätte entstehen.

Jeder verarbeitet Geschehenes und Erlebtes auf seine eigene Weise. Im Jahr 2012 habe ich mir selbst eine kleine Gedenkstätte in unserem Vorgarten gebaut. Nur zirka fünf Tonnen Gewicht. Es hat die Form eines Blumenbeetes mit einem Gedenkstein aus Basalt, hier vulkanischen Ursprungs, mit Basaltpflastersteinen ummauert, die Jahrzehnte oder Jahrhunderte auf einer Dorfstraße hier in meiner jetzigen Heimat in Sinzig gepflastert waren. Diese könnten sicherlich auch so manches Leid erzählen.

Der Gedenkstein wiegt 1070 Kilo und ziert das Wappen der Landsmannschaft Ostpreußen. Im Fundament der kleinen Gedenkstätte ist ein Archiv. Es beinhaltet Heimaterde aus meinem Geburtsort in Ostpreußen, Quellwasser aus dem Fluss Alle, mit dem wir damals alle getauft wurden, sowie einige Fotos aus der ehemaligen Heimat und einige Reiseberichte.

In der Basaltpflasterummauerung sind auch noch zwei Steine aus der Heimat mit eingemauert. So habe ich meine ehemalige und jetzige Heimat symbolisch vereint. Durch meine kleine Gedenkstätte habe ich schon einiges Aufsehen erregt und bundesweiten sowie heimatverbundenen Kontakt aufbauen können. Dieses entschädigt mich täglich beim Anschauen meiner kleinen Gedenkstätte, bis unsere Volksvertreter in Berlin vielleicht einmal etwas Ähnliches zustande bringen – wenn sie denn aufwachen sollten. Meistens werden diese nur bei Eigennutz aktiv. **Walter Sender, Sinzig**

Europa sperrt China die freie Handelstür zu

Zu: „Wandel durch Handel?" (Nr. 22)

Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang hat seinen Europabesuch sehr gut geplant und entsprechend erfolgreich durchgeführt. Das erste Land, das er in Europa besuchte, war – wie in der *PAZ* korrekt wiedergegeben – nicht Deutschland, sondern die Schweiz. In Bern unterzeichneten er und der zuständige Schweizer Bundesrat ein bilaterales Freihandelsabkommen, das zweite in Europa. Noch im April dieses Jahres schien es noch Monate zu dauern, bis das Freihandelsankommen mit den Eidgenossen unter Dach und Fach kommen könnte. Mit Island, ein Spezialfall, hatte Li sogar schon im April in Peking ein ähnliches Freihandelsabkommen abgeschlossen.

Island wie auch die Schweiz gehören der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA an. Wie auch immer der drohende Handelskrieg der EU mit China ausgeht, China hat über die Schweiz den Fuß in der EU, da viele bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU bestehen. Mit Norwegen, auch ein EFTA-Staat, verhandelt China schon lange, ohne dass ein Ende abzusehen ist.

Die EU hat das Thema noch nicht einmal offiziell traktandiert. Im Gegenteil, Brüssel unternimmt unter Führung von EU-Handelskommissar Karel de Gucht (Belgien) alles, um zwischen China und EU einen Handelskrieg vom Zaun zu brechen. Deutschland, dessen Wirtschaft – und hier vor allem die der Automobilindustrie – stark von China abhängig ist, agiert nun gegen die EU. Und dass, obwohl die deutschen, durch Staatssubventionen hochgepäppelten Solarenergie-Unternehmen behaupten, wegen Dumping-Preisen der Chinesen wirtschaftlich so bedrängt worden zu sein, dass viele Konkurs gegangen seien.

Solarworld, der Initiant von Klagen in den Vereinigten Staaten und der EU gegen China, die in den USA bereits zu Strafzöllen geführt haben, steckt so tief im Sumpf, dass sie besser schicklich begraben würde als mit verzweifelten Anstrengungen knapp über Wasser gehalten zu werden. Fakt ist, dass China Massenware, so auch Solarmodule, billiger produziert als Europa, vor allem als Deutschland.

Die Europäische Union wünscht sich ein Freihandelsabkommen mit den USA. Ihr aggressives Verhalten gegenüber China ist sicher jedoch keine Referenz für dieses Anliegen. **Jürg Walter Meyer, Leimen**

Deutschland wird zu Tode reformiert

Zu: „Desillusionierter Souverän" (Nr. 21)

Wir drehen uns in diesem Lande nur noch im Kreis. Egal, welche der sogenannten etablierten Parteien wir wählen, es ändert sich nichts, außer dass immer nur eines geschieht, die Steuern und Abgaben werden erhöht. Mehr und mehr merkt auch der schlichteste Bürger, was hier abläuft und bleibt eben zuhause.

Ob das für die Politiker ein Alarmsignal ist, wage ich zu bezweifeln, denn egal wie viel Prozent zur Wahl gehen, es sitzen immer dieselben Personen im Parlament. Und diese Personen haben ihre Aufgabe, wofür sie gewählt wurden, schon längst vergessen. Sie werden oder wurden dafür gewählt, für ihre Bevölkerung dazusein und sich für ihre Bevölkerung beziehungsweise ihre Wähler einzusetzen. Und was geschieht seit Jahrzehnten? Immer mehr Belastungen für die arbeitende Bevölkerung, aber es kommt nichts bei ihr an.

Jährlich werden zirka 50 Milliarden für Migranten ausgegeben, während die Infrastruktur mehr und mehr verkommt. Eine gigantische Sozialindustrie, die wie ein Krebsgeschwür wuchert, wurde installiert, bezahlt wird sie von den Bürgern, die Tag für Tag fleißig zur Arbeit gehen. Gab es einmal sogenannte Reformen, spürte man nur eines, die Beiträge wurden erhöht und die Leistungen gekürzt. Aber für Rettungsschirme oder Bankenrettungen wurden Abermilliarden bereitgestellt, besser gesagt, verbrannt.

Und was hört man von der Politik? Nur hohle Sprüche und Belehrungen. Jetzt müssten wir viel weltoffener werden, all die Zuwanderer, die sich in den Sozialsystemen tummeln, sollten wir willkommen heißen und das alles als Bereicherung und Glück empfinden. Alles schreit nach Bildung, alles ist so furchtbar schlecht hier, die Jugend wird benachteiligt und so weiter. Aber diejenigen, die dies so lauthals durch die Gegend posaunen, haben das selbst verursacht. Jetzt werden die Intelligenten und Lernschwachen zusammengepfercht, Noten soll es nicht mehr geben und am Ende bekommt jeder sein Abiturzeugnis überreicht. Dann sind wir endlich ein Bildungsland geworden, 100 Prozent Abiturquote, phantastisch!

Dieses Land wird zu Tode reformiert, es wird zu Tode immigriert und mehr und mehr Mitbürger erleben das, bleiben am Wahltag zuhause und hoffen, dass sie einigermaßen ungeschoren durch diese glorreiche neue Zeit kommen. Und wenn eines Tages nur noch 20 Prozent zur Wahl gehen, sitzen immer noch dieselben Beglücker in derselben Anzahl in den Parlamenten und gehen ihrer „demokratischen Aufgabe" nach. Und was werden sie dann immer noch beschließen? Den Bürgern noch mehr Geld für noch mehr Unfug und Selbstauflösung abzupressen. **Peter Schumacher, Melsungen**

Kein Vorwurf an die Holländer

Zu: „Authentizität gefährdet" (Nr. 22)

Man darf den Niederländern und vor allem dem das Museum betreibenden Verein hier keine Vorwürfe machen. Ich war vor ein paar Jahren einmal dort. Vorher rief ich an und fragte, ob eine deutschsprachige Führung verfügbar wäre. Das wurde bejaht, aber als ich hinkam, sagte man mir, es wäre keine deutsche Gruppe da. Trotzdem hat man für mich allein einen Führer aus dem Ort geholt, einen älteren Herrn, der mich dann ausführlich durch das Schlösschen führte.

Von dem Verein dort sind alle sehr traurig, dass man das Schloss umwidmen will. Früher seien die Besucher scharenweise aus Deutschland dorthin gefahren – auch viele Schulklassen. So gesehen sind es offenbar die Deutschen selbst, die die heutige Situation verursacht haben. Wie es dazu kam, das wissen ja die meisten hier, die dies lesen. Ich hatte im Fernsehen ein Interview mit einem der Verantwortlichen gehört, der von Wilhelm eigentlich nur Gutes sagte, zum Beispiel, dass er das Personal „über Tarif" bezahlte. **Michael Schuchardt, Oberursel**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 26 – 29. Juni 2013

MELDUNGEN

Stimmungsvolle Vogelaufnahmen

Allenstein – Unter dem Titel „Das Ermland – ein Vogelparadies“ stellt das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen großformatige Farbfotografien Andrzej Waszczuk mit zweisprachigen Texten im „Haus Kopernikus“ in Allenstein aus. Neben dem polnischen Fotografen eröffneten der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, die Vorsitzende der Gesellschaft Deutscher Minderheit in Allenstein, Krystyna Plocharska, und eine Repräsentantin der Allensteiner Stadtverwaltung die Sonderschau. Die ausgestellten Fotografien zeigen zumeist Wasservögel, unter anderem Kraniche, Schwäne, Silberreiher, Stockenten, Weißbart-Seeschwalben und Schwarzstörche. Abgebildet sind die Vögel in der Morgen- oder Abenddämmerung, bei der Nahrungsaufnahme oder im Flug im Lauf der vier Jahreszeiten, eingebunden in eine stimmungsvolle Landschaft. Die Aufnahmen entstanden allesamt im Poldergebiet um das ostpreußische Dorf Queetz [Kwiecewo], in dem Waszczuk geboren ist. Der in Guttstadt [Dobre Miasto] lebende Fotograf hat in den vergangenen Jahren Fotoausstellungen in der Galerie Rynek in Allenstein, im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, in Chateauroux in Frankreich sowie in Barrafranca in Italien gestaltet. Der gelernte Schreiner, der schon immer leidenschaftlich gerne mit dem Fotoapparat unterwegs war, machte sich 2005 als freischaffender Fotograf selbstständig. Die Erfolge seiner kunstvollen Werke aus der Tierwelt und der Landschaftsfotografie gaben dem Künstler recht. Bereits 2008 konnte er seinen ersten Bildband mit dem Titel „Waldportrait“ veröffentlichen. 2009 folgte „Hundert Ansichten von Ermland“ und im 2011 erschien „Das Ermland – ein Vogelparadies“, aus dem die Fotos der Ausstellung stammen. Für dieses Buch erhielt der 47-Jährige den Preis als beste Publikation des Jahres 2011 über Ermland und Masuren, der von der Universität in Allenstein vergeben wurde. *M.E.F.*

Passenheimer Kirchenkonzerte

Passenheim – Am 29. Juni beginnt die 16. Ausgabe der Passenheimer Orgel- und Kammermusikkonzerte, zu denen ihr Organisator, Pfarrer Witold Twardzik, wieder bekannte Interpreten und hoffnungsvolle Talente erwartet. Unter anderem kommen Gäste aus Finnland und Frankreich, der Chor der Elbkantorei in Hamburg und das aus jungen Künstlern bestehende Danziger Streichquartett. Bis zum 10. August finden jeweils ab 18 Uhr jeden Sonnabend in der evangelisch-augsburgischen Kirche in Passenheim und am 7., 14. und 28. Juli sowie am 4. August in der Kirche in Mensguth Konzerte statt. Nähere Informationen erteilt Pfarrer Twardzik, E-Mail: twardzikpasym@op.pl *U.H.*

Russische Villen, deutscher Stil

Neue Architektur in Rauschen und Neukuhren orientiert sich an historischen Vorbildern

Bis vor wenigen Jahren war die Architektur im Königsberger Gebiet geordnet: Die deutschen Häuser, welche die Zeiten überstanden hatten, blieben als Ruinen hübsch und sehenswert, die nach 1945 entstandenen Bauten hingegen glichen Baracken – alte Schönheit stand neben sowjetischer Hässlichkeit.

Wer heute die neue Autobahn von Königsberg nimmt und die Kurorte an der samländischen Küste besichtigt, kann überraschend feststellen, dass sich deren Schönheit vermehrt. Plötzlich verfallen und verschwinden die Anfang des vorigen Jahrhunderts errichteten Sommerhäuser und Strandvillen nicht mehr, nein, sie vermehren sich auf wundersame Weise. Bauherren der neuen Villen, deren Fachwerk-Elemente, Gauben und Erker an Schöpfungen von Königsberger Architekten wie Max Schoenwald oder Otto Walter Kuckuck erinnern, sind reiche Russen aus Königsberg oder Moskau. Normalerweise bauen sie anders: bunt und protzig. Doch an der Samlandküste sind ihre Häuser bescheiden, angepasst und auf den ersten Blick irgendwie deutsch. Rauschen und die anderen Badeorte an der Küste werden inzwischen so weitergebaut, als ob es die sowjetische und nachsowjetische Zeit nicht gegeben hätte – deutsche Landhaus- und Villenarchitektur wird nahtlos fortgesetzt. Bei manchen Privathäusern handelt es sich um detailgetreue Rekonstruktionen alter Vorbilder. Andere Neubauten – vor allem Geschäftshäuser und Gaststätten – sind (oftmals recht freie) Interpretationen mittelalterlicher Ordensarchitektur.



Beispiel eines Neubaus in Rauschen: Norddeutsche Formen sind äußerst beliebt Bild: Nils Aschenbeck

Vor wenigen Jahrzehnten haben die Russen noch anders gebaut. Damals sollte die Herrschaft über das Land auch durch eine neue, sowjetische Architektur bekräftigt werden. Das Königsberger Schloss musste fallen, damit das Haus der Räte errichtet werden konnte. Jedes Anknüpfen an ein deutsches Vorbild wäre undenkbar gewesen.

Und heute? Moderne Russen sind nicht weniger stolz auf ihr Land als es die Menschen in der Sowjetunion waren, vermutlich sind sie stolzer. Sie können ihr Land lieben – und gleichzeitig deutsch bauen. Das Freund-Feind-Denken gehört – zumindest in künstlerischen Dingen – der Vergangenheit an. Heute ist deutsche Architektur eine Attraktion im Königsberger Gebiet, schätzen die Russen in der Enklave gerade den deutschen Stil.

Auch Putin baute traditionell

Zu den Bauherren, die sich auf deutsche Architekturtradition berufen, gehört selbst der Präsident. Wladimir Putin hat sich in Neukuhren [Pionerskij] eine Residenz direkt am Strand errichten lassen, einen umgerechnet 140 Millionen Euro teuren Bau mit 5000 Quadratmetern Wohnfläche. Ecktürme und gotische Zitate im zentralen Giebelfeld sollen offenbar an deutsche Ordensarchitektur erinnern. Die kompakte, burgartige Anlage des 2012 fertiggestellten Gästehauses unterstreicht diesen Eindruck noch. Aber auch auf alte ostelbische Gutshäuser bezieht sich die Residenz; allein die großflächigen Fenster verweisen auf das 21. Jahrhundert.

Russische Quellen berichten, dass das Gästehaus auf den Grundmauern eines Anwesens entstand, das einst, vor über 100 Jahren Reichskanzler Otto von Bismarck zur Verfügung gestanden hatte. Offenbar wurde der Ort bewusst gewählt – eine historische Linie von den Ordensrittern über den deutschen Reichskanzler zum russischen Präsidenten. Zum Strand begrenzt ein hoher Zaun das Anwesen; die neue Promenade steht allerdings der Allgemeinheit offen.

Die Natur meinte es mit der Residenz in Neukuhren nicht gut. Nur Monate nach der Fertigstellung, im März 2013, wurde die neue Promenade vom Hochwasser unterspült. Mit Millionenaufwand muss das Gästehaus nun gesichert und saniert werden. Aber an Geld, so scheint es, herrscht heute in Russland kein Mangel.

Mit Putin kommen inzwischen auch die Moskauer Oligarchen in die westliche russische Enklave und suchen einen Ort für ihr Investment. In Rauschen, Neukuhren und Palmnicken werden die Grundstücke knapp. Aber natürlich zieht es auch Touristen an die Bernsteinküste, die im großen russischen Reich ihresgleichen sucht. Attraktionen sind der Ostseestrand, die wilden Schluchten, die sehenswerte Kurorte – und nicht zuletzt die deutsche Architektur. *Nils Aschenbeck*

Orientierung mit Symbolen

Cranz führt zur Sommersaison dreidimensionale Übersichtskarte ein

In den Kurbädern an der Ostsee gibt es seit Kurzem nützliche Hilfsmittel in Form einer dreidimensionalen Übersichtskarte. Damit kommen die Kurverwaltungen offenbar dem Wunsch ihrer Gäste nach, sich bei der frischen Meeresbrise am goldenen Strand lässig erholen zu können. Zum Urlaubsgefühl gehört auch eine gute Orientierung dazu. Besonders für Touristen, die zum ersten Mal an den ostpreußischen Strand kommen, gibt es jetzt dreidimensionale Übersichtskarten, auf denen die Sehenswürdigkeiten des Kurorts auf einen Blick erkennbar sind.

In Cranz gibt es seit diesem Monat eine solche Karte, die der Bildhauer Wladimir Buryljow gemeinsam mit der Künsterin Larissa Lewina, angefertigt hat. Sie ist gleich zu Beginn der Erholungszone am Gebäude der Post angebracht. Der Standort ist gut gewählt, weil die meisten Besucher ihren Rundgang durch Rauschen an diesem Punkt beginnen. Die Karte ist aus Beton und hat eine hellgraue Farbe. Sie trägt nicht nur mit „Selenogradsk–Cranz“ zwei Ortsbezeichnungen, folgt man ihr, so begibt man sich gleichzeitig auf zwei Wege der Geschichte des Ortes: durch das alte und das neue Cranz [Selenogradsk]. Neben dem alten und dem heutigen Wappen des Ortes ziert die Orientierungstafel die neue Büste der Königin Luise und das alte, nach ihr benannte Hotel. Auf den Wellen des Meeres gleiten die alten Segelboote der Fischer dahin, die vor langer Zeit ihre Schollen zählten, und daneben ist die Robbe zu sehen, die im vergangenen Jahr am Ufer gestrandet war. Auf der Karte ist die Kapelle des Heiligen Andrej und die Kirche des Heiligen Adalbert abgebildet sowie das Haus, in dem Königin Luise vor ihrer Reise auf die Kurische Nehrung weilte.



Erst diesen Monat installiert: Karte „Selenogradsk–Cranz“ Bild: Tschernyschew

Bald wird in der Grünanlage, die den Namen Königin Luise trägt, gegenüber der Schautafel, die traditionelle Sommerbibliothek eröffnet. Während der Saison werden im Pavillon des Parks Bücher und Zeitschriften ausliegen, die jedermann zugänglich sind. *Jurij Tschernyschew*

MELDUNGEN

Luise in weißem Marmor

Tilsit – Im Stadtpark von Tilsit soll ein neues Denkmal der preußischen Königin Luise entstehen. Die Errichtung des drei Meter hohen Denkmals wird umgerechnet zirka 300 000 Euro kosten. Die Mittel stellt die Europäische Union im Rahmen ihres Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Verfügung. Bereits ab 1900 hatte es im Park eine Marmorskulptur gegeben, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zerstört wurde. Bürgermeister Nikolaj Bojschtschew war an dem Ort des zukünftigen Denkmals und erzählte bei der Gelegenheit, dass die Einweihung des Denkmals zum nächsten Sommer geplant sei. Der Bürgermeister gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Skulptur sowohl bei Tilsitern als auch bei Besuchern großen Anklang finde und die Skulptur aus schneeweißem Marmor nicht nur zur Verschönerung des Parks beitrage, sondern auch zum neuen Symbol Tilsits werde. *MRK*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

fast jede Suchfrage, die uns erreicht, beinhaltet ein außergewöhnliches Schicksal, denn es handelt sich um Menschen, die Krieg, Gefangenschaft, Flucht, Vertreibung erlebten, die ihre Familie und oft auch ihre Identität verloren. Nach der sie, in das Korsett einer fremd gesteuerten Lebensbahn gezwängt, jahrelang suchten und für die sich erst in späteren Jahren einige Hinweise ergaben, denen sie nun verstärkt nachgehen. Ein solches Schicksal ist das der **Maria Szezerbinska-Kosiel** aus Warschau, die erst im Jahr 2008 erfahren hat, dass sie deutscher Abstammung ist: geboren am 27. Juli 1941 als **Reintraut Schmeier** in Allenstein. Durch mehrere Zufälle, auf die wir noch eingehen werden, konnte sie die Anschrift einer Ostpreußin erfahren, die 1946 als Kind mit Maria zusammen in das polnische Kinderheim bei Warschau kam. Sie wurde 1940 als **Anna Preuß** in Osterode geboren, heißt heute **Hanna Terpilowska**, lebt in Münster und konnte sofort auf die in Polnisch vorgetragene Bitte von Frau Maria eingehen, ihr bei der Suche nach ihrer leiblichen Mutter zu helfen. Frau Hanna begann nun nachzuforschen, stieß aber auf viele Schwierigkeiten, und nachdem sie sich an den Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen gewandt hatte, schrieb sie auf dessen Rat an uns. Sie kannte die *PAZ* bisher nicht, und damit auch nicht unsere Ostpreußische Familie. Nun erhofft sie sich Klärung oder zumindest einige Hinweise auf ihre Herkunft, und die könnten auch erfolgen, weil gute Daten vorliegen. Was Maria in polnischen und Hanna in deutschen Archiven fanden, erhellt die Vergangenheit der heute in Warschau lebenden Frau doch schon sehr.

Maria weist auf eine Familie **Schmeier** in Allenstein hin, die aus Wartenburg stammen könnte. Dort wurden **Heinz**, *28. September 1919, und vermutlich auch seine Schwester **Erika**, *28. März 1917, als Kinder von **Bernhard** Schmeier geboren. Als Postinspektor i. R. lebte er dann in Allenstein, Röhrenteichstraße 3. Tochter Erika wurde Säuglingsschwester und ging 1939 nach Königsberg. Sie wohnte also nicht mehr in der Stadt, als Maria als Reintraud Schmeier 1941 in Allenstein geboren wurde. Das Kind wurde schon im Säuglingsalter in Pflege gegeben. Es wurde von Frau **Dore Fischer** geborene **Brückmann**, wohnhaft in Heilsberg, Zietenstraße 3, aufgenommen und blieb dort bis Anfang 1945. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde Frau Fischer gezwungen – und das mit der Pistole an der Stirn, ihr Pflegekind heraus zu geben. Sie muss die Vierjährige sehr geliebt haben, das bestätigte ihr Sohn, der in Niedersachsen lebt, Frau Terpilowska gegenüber. Dore Fischer hat die kleine Reintraud schon 1947 durch die betreffenden Institutionen suchen lassen, hat sie aber nicht gefunden. Kein Wunder, denn das Kind war nach kurzem Verbleib in einem Kinderheim in Heilsberg in ein Heim in Preußisch Holland gekommen, und von dort am 18. Dezember 1946 zusammen mit 15 anderen deutschen Waisenkindern nach Konstancin bei Warschau gebracht worden. Dort wurde Reintraud unter dem polonisierten Namen **Ryazarda Szmejer** geführt, bis sie zur Adoption frei gegeben und von dem polnischen Ehepaar Szczerbinski aufgenommen wurde. Als Maria Sz. lebt sie noch heute in Warschau. In dem Transport der Kinder aus dem Waisenheim in Preußisch Holland war auch Anna Preuss, die von dem Ehepaar Terpilowski adoptiert wurde und den Vornamen Hanna erhielt. Sie blieb ebenfalls in Warschau, kam dann 1969 in die Bundesrepublik und lebt seitdem in Münster. Da sie die polnische Sprache beherrscht, bat Maria sie um Vermittlung ihres Suchwunsches und ist sehr froh darüber, dass Frau Hanna sich auch als Ansprechadresse zur Verfügung stellt.

Die Hauptfragen beziehen sich also auf die anscheinend einzige Familie des Namens Schmeier in Allenstein. Wer kannte sie, vor allem die Säuglingsschwester Erika Schmeier und kann von ihrem weiteren Verbleib berichten? Wer kann etwas über die Herkunft der unehelich geborenen Reintraud Schmeier und ihren Verbleib bis zur Übernahme der Pflege durch Frau Fischer in Heilsberg sagen? Für jeden Hinweis, der vielleicht zu ihrer Familie und damit zu ihrer leiblichen Mutter führen könnte, wäre Maria aus Warschau dankbar. Und ebenso die mithelfende Frau Hanna, an die alle Zuschriften zu richten sind. (Hanna Terpilowska, Gigasstraße 7 in 48153 Münster.)



Bereits 1951 berichtete das *Ostpreußenblatt* über sie: Christel Syburra Bild: privat

Auf den Suchwunsch von Herrn **Udo Thierfelder** aus Chemnitz, den wir in Folge 42/2012 veröffentlichten, hat es anscheinend weder eine Zuschrift noch einen Anruf ergeben, denn er wendet sich nun erneut an uns mit der leisen Hoffnung, dass wir etwas in Erfahrung bringen konnten. Aber wir sind kein Suchdienst, und auch diese Organisationen haben bereits bei der Frage kapituliert, denn es fehlen fast alle Angaben, die zu einer erfolgreichen Suche führen könnten. Aber wir werden es trotzdem noch einmal versuchen, denn oft hat ja erst die Nachfassung zum Erfolg geführt. Herrn Thierfelders Suchwunsch betrifft seine Familie mütterlicherseits. Seine Mutter **Thelse** wurde im Jahr 1946 als Kleinkind adoptiert. Das geschah im Erzgebirge, denn das Kind befand sich damals in einem Kinderheim in Reitzenhain (Sachsen). Dorthin soll das Kind im Alter zwischen ein und zwei Jahren etwa 1943/44 mit einem Transport aus Königsberg gekommen sein. Wahrscheinlich dürfte es sich um einen Zug nach den Bombenangriffen auf Königsberg 1944 handeln, der Evakuierte aus der zerstörten Stadt nach Mitteldeutschland brachte. Da es sich um einen Kindertransport handelte, muss die Mutter nicht dabei gewesen sein. Vielleicht ist sie bei den Bombenangriffen verletzt worden oder umgekommen. Die Mutter von Herrn Thierfelder mit dem seltenen Vornamen war die Tochter einer Ärztin und eines Offiziers, von denen aber weder die Namen noch der Wohn- oder Wirkungsort bekannt sind. Es müsste also mehr als Zufall sein, wenn sich ältere Königsberger an eine Ärztin erinnern, deren Tochter Thelse hieß. Vielleicht hätte diese Frage einige Jahre nach dem Krieg noch Aussicht auf Erfolg gehabt, aber jetzt fehlen leider schon viele Zeitzeugen. Hinzu kommt, dass der Zug nach Herrn Thierfelders Aussagen aus der „Königsberger Gegend“ gekommen sei, da gibt es viel Spielraum. Meiner Meinung nach wäre es aussichtsreicher, in Reitzenhain nachzuforschen, ob und gegebenenfalls wo die Listen der evakuierten Kinder noch vorhanden sind, aus denen man Namen und Herkunftsorte entnehmen kann. Vor einigen Jahren hatten wir Kontakt mit einem Archivar, der sich mit der Dokumentation der damaligen Kinderheime in Sachsen befasste. Falls er diese Zeilen liest, könnte er vielleicht einige Tipps geben. Mehr kann ich im Augenblick für Sie, lieber Herr Thierfelder, nicht tun. Aber vielleicht unsere Leserinnen und Leser. (Udo Thierfelder, Am Bahrehang 124 in 09114 Chemnitz, Telefon 0371/33222900, E-Mail: thierfeldertrio@googlemail.com)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Wir freuen uns immer, wenn sich Leserinnen oder Leser an uns wenden, die sich seit Jahrzehnten mit unserer Zeitung verbunden fühlen. Ja, sogar bis zu ihren Anfängen, denn die Mail von Frau Dr. med. **Christel Syburra** führt bis in das Jahr 1951 zurück. Das *Ostpreußenblatt* war gerade mal ein Jahr jung, da erschien in der Folge 17 vom 5. September, ein Bericht über die damals 13-jährige Schülerin. Mit einem Foto der Preisgekrönten, denn Christel hatte eine Prämie der Fullbrightstiftung in Höhe von 200 Deutschen Mark für einen Schüleraufsatz bekommen. Die heute 75-Jährige übersandte uns diesen bis heute bewahrten Beleg und schrieb dazu: „Vielleicht interessiert es Sie, was aus mir geworden ist.“ Nicht nur uns, sondern mit Sicherheit auch unsere Leser, denn was die Schülerin mit ihrer Leistung zu versprechen schien, hat die Erwachsene gehalten. Frau Dr. Syburra skizziert ihren Lebenslauf so: „Ich habe in München Medizin studiert und promoviert mit Doktorarbeit in experimenteller Chirurgie. 1968 wurde mir von der bayrischen Ärztekammer die Bestallung als Arzt erteilt und 1985 von der Landesärztekammer Freiburg die Zusatzbezeichnung in Sportmedizin. Seit 1989 wohne und arbeite ich in Italien und bin seitdem Mitglied der römischen Ärztekammer. Zeitweilig habe ich in Rom wissenschaftlich gearbeitet. An der katholischen Universität ‚Sacre Cuore‘ in Rom habe ich 2004 die Zusatzbezeichnung in Gefängnismedizin erhalten und 2010 den Master in Psychotraumatologie von der Universität LUMSA (Libera Universita Maria Santissima) in Rom.“ So hat eine Ostpreußin, die 1937 auf dem Gut Drygallen, das bis Kriegsende im Besitz ihrer Eltern **Paul** und **Herta Syburra** war, geboren wurde, sich selber ihren beruflichen Weg geschaffen, und wie man sieht, sogar im Seniorenalter noch neue Marksteine gesetzt. Und hat dabei die Heimat nie vergessen. Das beweist nicht nur ihr Schreiben an unsere Ostpreußische Familie, sondern auch ein Foto, das Frau Dr. Syburra vor ihrem Geburtshaus zeigt, dass sie im vergangenen Jahr besuchte. Herzliche und heimatliche Grüße gehen nach Bozen, wo Frau Dr. Christel Syburra heute lebt.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

In einem Antiquitätengeschäft auf Usedom entdeckt

Krallenkette gehört zum Bückeburger Brautschmuck

Die schönen Bernsteinbilder in Folge 23 haben großes Interesse in unserer Leserschaft gefunden. Es kamen Anrufe und Zuschriften mit Belegen aus der Fachliteratur, aus denen hervorgeht, dass es sich bei der gezeigten Kette mit den großen Bernsteinstücken einwandfrei um den Brautschmuck der Bückeburger Tracht handelt. Als solche hatte sie Frau **Iris Gugath**, die diese Kette in einem Antiquitätengeschäft auf der Insel Usedom entdeckte, auch bezeichnet, allerdings mit Fragezeichen. Ich hatte einige Zweifel, weil mir aus alten Zeiten bei verschiedenen Besuchen in der Staatlichen Bernsteinmanufaktur in Königberg, und später auch in ihrem Hamburger Haus mit den geretteten Stücken längere Ketten in Erinnerung geblieben waren, auf diesen Halsschmuck mit wenigen, aber riesigen Bernsteinstücken ich mich allerdings nicht besinnen konnte. Ich danke allen, die nun dazu geholfen haben, diesen Schmuck, der zu einer der schönsten und kostbarsten deutschen Trachten gehört, nun richtig zuzuordnen.

Einwandfrei beschrieben und abgebildet sind die Ketten in dem Buch „Bernstein“ von **Jens Grzonkowski**. Ihre Geschichte führt in das Jahr 1811 zurück, als nach Verpachtung des staatlichen Bernsteinregals das „Gold der Ostsee“ auch für die Bevölkerung erschwinglich wurde „Nun interessierten sich breitere Bevölkerungsschichten für den Bernstein, begüterte Bauern und wohlhabendes Bürgertum entdeckten ihn für ihre Repräsentationszwecke. Besonders gefragt waren schwere Bernsteinketten, für die vorzugsweise polierte dunkle, klare Stücke verwendet wurden. Mit einem aufwendigen und kostbaren Facettenschliff versehen waren die Bückeburger Brautketten oft einige Kilogramm schwer und stellten den Reichtum einer Frau augenscheinlich dar.“ Die Abbildung einer Bückeburger Krallenkette aus facettiertem klarem Bernstein mit einem Schloss aus Silber ergänzt in dem Buch die Beschreibung. Wie auf dem in Folge 23 veröffentlichten Bild sind die Initialen der damaligen Eigentümerin eingraviert. Nun ist der Bernstein als fossiles Baumharz ja ein „leichter Stein“, für die angegebene Menge müssten die Ketten erheblich größer sein. Also hat es auch lange Ketten gegeben, wie der Autor in der Unterschrift zu der abgebildeten Bückeburger Halskette bestätigt: „Solche Bernsteinbänder und -ketten bis zu 120 Zentimeter Länge kamen bei reichen Bauern und Bürgern in Mode.“ Es sind diese langen Ketten, die mir in Erinnerung geblieben sind.



Nicht nur schön, sondern auch kostbar: Bückeburger Tracht Bild: privat

In dem Buch „Rote Röcke, Trachten und Brauchtum im Schaumburger Land“ sind sie allerdings auf keiner der Trachtenbilder in solcher Länge zu sehen. Frau **Seggebruch** hat uns dieses Standardwerk der Schaumburger Trachten zugesandt, ich danke ihr sehr dafür. Sie war erstaunt, eine „Krallenkette“ in der Ostpreußischen Familie zu finden: „An diesem Beispiel wird mir deutlich, dass es in meinem Leben zweimal ‚Wurzeln‘ gibt: Ostpreußen fünf Jahre und seit 1945 Schaumburg-Lippe.“ Da haben wir mit der Abbildung der Bernsteinkette bei Frau Seggebruch voll ins Schwarze getroffen. Das Buch enthält die Geschichte dieser nicht nur schönen, sondern auch kostbaren Trachten aus dem Schaumburger Land bis zum heutigen Tag, denn noch immer wird zwischen Weserbergland diese Tradition gepflegt, wenn auch nur zu besonderen Anlässen. Wie sich die Ältesten noch erinnern, begleitete die Tracht ihre Trägerinnen und Träger durch alle Lebensalter vom Säugling bis zum Greis. Weil sie sich den persönlichen Lebensumständen und Gegebenheiten anpassen musste, entwickelte sie eine kaum glaubliche Vielfalt, besonders in der Frauentracht. Die größte Prachtentfaltung zeigt die Bückeburger Festtagstracht, zu der die verheirateten Frauen ihre Bernsteinketten tragen. Die silberne Schließe der Kette ist meistens herzförmig und trägt die Initialen des Brautpaares, oder ist rechteckig und nur mit den Initialen der Braut versehen. Rechts und links der Schließe befinden sich Wollpompons oder Kunstblumen – solche sind auch auf der von Frau Gudath entdeckten Kette ersichtlich. Die Krallenkette wird von dem drei Meter langen, in Wellen gelegten weißen Kragen, der über Wams und dem reich mit Perlen bestickten Tuch getragen wird, fast verdeckt. Halsketten mit besonders großen Bernsteinstücken zeichnet die Lindhorster Tracht im nördlichen Schaumburg aus. Einen Einblick in diese vielseitige, je nach Anlass – wie Taufe, Konfirmation, Hochzeit, Abendmahl – variierende Tracht gibt die Trachtenkarte aus Lindhorst, die auch die wunderschönen Stickereien erkennen lässt, mit denen selbst der riesige Kragen verziert ist. Übrigens enthält die Vitrine des Usedomer Antiquitätengeschäftes drei Brautketten, wie mir Frau Iris Gugath noch mitteilte!

R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 96. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Fritz, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Saager, Lore, geb. **Drengwitz**, aus Lyck, Bismarckstraße 16, am 1. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Preißner, Irmgard, geb. **Rischko**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lendzian-Knopf, Gerda, geb. **Lendzian**, aus Königsberg, am 29. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dittmar, **fr. Dibowski**, Heinz, aus Neidenburg, am 2. Juli
Gatzke, Paul, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Plettner, Felicitas, geb. **Wiesemann**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Rasokat, Otto, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Karok, Heta, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juli
Oberheuser, Elisabeth, geb. **Bodlin**, aus Pillau, Kreis Samland, am 4. Juli
Schmidt, Gertrud, geb. **Sokolwski**, aus Ortelsburg, am 4. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Anger, Else, geb. **Lyssewski**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bartsch, Dora, geb. **May**, aus Rudau, Kreis Samland, am 2. Juli
Clausen, Elise, geb. **Joswig**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Derichs, Ida, geb. **Sczesny**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Fricke, Hildegard, geb. **Röder**, aus Treuburg, am 5. Juli
Hermenau, Kurt, aus Warnicken, Kreis Samland, am 5. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beyer, Edith, geb. **Gampert**, aus Lötzen, am 1. Juli
Butzert, Friedel, geb. **Ruddies**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Genoch, Waltraut, geb. **Kompa**, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 1. Juli
Hanemann, Siegfried, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 5. Juli
Karnahl, Margarete, geb. **Apsel**, aus Quilitten/Schreinen, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli
Kruppa, Ilse, aus Birkemwalde, Kreis Lyck, am 5. Juli
Leitzen, Karl-Heinz, aus Königsberg, gewohnt in Succase, Kreis Tolkemit, am 25. Juni
Linka, Erich, aus Ortelsburg-Abbau, am 1. Juli
Neumann, Willy, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juli
Richter, Dr. Brigitte, geb. **Loertzer**, aus Lyck, Hindenburgstraße 3/4, am 3. Juli
Sander, Hildegard, geb. **Jeromin**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 1. Juli
Seidel, Elli, geb. **Krause**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. Juli
Skalla, Hilde, geb. **Prostka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 5. Juli
Suchodolski, Luise, geb. **Serra**, aus Alt Werder, Kreis Ortelsburg, am 2. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Appelmann, Hilda, geb. **Ruddat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Behrend, Eva, geb. **Hakelberg**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. Juli
Brauer, Edeltraut, geb. **Falk**, aus Lyck, am 1. Juli
Darge, Dietrich, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, am 2. Juli
Erle, Waltraud, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 1. Juli
Gebhardt, Ruth, geb. **Kalinski**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 5. Juli
Grötzner, Hella, geb. **Biallas**, aus Lyck, Abbau / Waldfrieden, am 2. Juli
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Jorkowski, Horst, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 4. Juli
Kaspereit, Harry, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 4. Juli
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Lepenies, Elfriede, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 2. Juli
Manke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. **Korytkowski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli
Salomon, Günther, aus Neidenburg, am 1. Juli
Schimpf, Gertrud, geb. **Völkner**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 4. Juli
Schindler, Irmgard, geb. **Porgorzelski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 5. Juli
Warda, Kurt, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21/22, am 1. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bingener, Hulda, geb. **Tadday**, aus Ulleschen Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Debinski, Irmgard, geb. **Strümper**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 7. Juli
Freitag, Luzie, geb. **Schimanski**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Growe, Kurt, aus Groß Ottenhagen, Kreis Samland, am 5. Juli
Hellwig, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 5. Juli
Kamin, Inge, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 4. Juli
Kühn, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 138, am 5. Juli
Kunze, Gertrud, geb. **Bombeck**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Kurztusch, Ruth, geb. **Exner**, aus Wehlau, Allenberg, Pfleger Kolonie 2, am 3. Juli
Kuseler, Lotti, geb. **Kuschewitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 2. Juli
Lütteken, Ehrentraut, geb. **Rogalla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Mischke, Anton, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Mrotzek, Helmut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Regenbrecht, Herbert, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. Juli
Renner, Günter, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 1. Juli
Salomon, Dr. med. Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 3. Juli
Schipplock, Edith, geb. **Aust**, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Juni
Schulz, Hildegard, geb. **Nieß**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 5. Juli
Schulzky, Elfriede, geb. **Ballay**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Schweiger, Dietmar, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juli
Stannehl, Hannelore, geb. **Dasse**, aus Nickelsdorf, Waldsiedlung, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Taxacher, Dora, aus Haina, Kreis Ebenrode, am 5. Juli
Thalau, Emil, aus Alknicken, Kreis Samland, am 2. Juli
Tietze, Ruth, geb. **Beckmann**, aus Ebenrode, am 3. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Adomeit, Kurt, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Biskup, Siegmar, aus Milken, Kreis Lötzen, am 2. Juli
Bombor, Gottfried, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 6. Juli
Derlath, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Eckert, Barbara, geb. **Kalwa**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 2. Juli
Eiweleit, Günter, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Gerhardt, Günter, aus Ebenrode, am 5. Juli
Goebel, Anna-Maria, geb. **Krings**, aus Tapiau, Neustraße 18, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Huwe, Klaus, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Mandel, Karin, geb. **Dellit**, aus Wehlau, Freiheit 10c, am 2. Juli
Mikler, Inge, geb. **Schult**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli

TERMINE DER LO

Jahr 2013

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

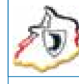
8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 29. Juni, 11.30 Uhr NDR: Die Außenhändler. DDR im Ausverkauf.
Sonnabend, 29. Juni, 15.15 Uhr, SWR: Kein schöner Land. Potsdam.
Sonnabend, 29. Juni, 18.30 Uhr, 3sat: Mast- und Schotbruch. Kieler Woche.
Sonnabend, 29. Juni, 20.15 Uhr, NDR: Ein Abend für Peter Frankenfeld. Was machte den Entertainer so einzigartig?
Sonntag, 30. Juni, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 30. Juni, 15.30 Uhr, NDR: Die Fluss-Kreuzfahrer. Per Schiff von Berlin nach Stralsund.
Sonntag, 30. Juni, 21.45 Uhr, Phoenix: Kroatien – Krisenland oder Brückenbauer. Dokumentation.
Montag, 1. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Gefährliche Himmel – Der Bombenkrieg über Österreich. Dokumentation.
Montag, 1. Juli, 21 Uhr, 3sat: Tod im Morgengrauen. Das letzte Schlachtschiff des Kaisers.
Montag, 1. Juli, 22.45 Uhr, ARD: Abkassiert und so weiter – Bankgeschäfte trotz Finanzkrise. Dokumentation.
Montag, 1. Juli, 23.30 Uhr, ARD: Hindenburg. Der Mann, der Hitler an die Macht verhalf. Dokumentation.
Dienstag, 2. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. Potsdam Babelsberg: Potsdams größter Stadtteil ist heute Kiez der Künstler, Handwerker und Kreativen. Dokumentation.
Dienstag, 2. Juli, 22.05 Uhr, MDR: Die Stasi-Zentrale. Dokumentation.
Dienstag, 2. Juli, 22.45 Uhr, RBB: Berlin mit der S-Bahn erfahren. Dokumentation.
Mittwoch, 3. Juli, 12.30 Uhr, MDR: Suchkind 312. TV-Nachkriegsdrama, D 2007.
Mittwoch, 3. Juli, 14.15 Uhr, NDR: Bilderbuch Deutschland. Brandenburg und das Havelland.
Mittwoch, 3. Juli, 21 Uhr, Phoenix: Teurer Freikauf. Das Geschäft mit den Rumänien-Deutschen.
Donnerstag, 4. Juli, 16.50 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1927: Charles Lindberghs Atlantiküberquerung.
Freitag, 5. Juli, 16.05 Uhr, 3sat: Anastasia – die letzte Zarentochter. Psychodrama mit Lilli Palmer, D 1956.
Freitag, 5. Juli, 16.55 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1934: Das Attentat auf König Alexander I. von Jugoslawien.
Freitag, 5. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Die 30 schönsten Brandenburger Ausflugsziele. Zuschauerfavoriten.

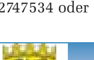
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@ junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

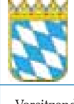
Sonntag, 14. Juli, Schloss Burg an der Wupper: NRW-Landestreffen der Ostpreußen. Der BJO nimmt mit einem Infostand und dem beliebten Café Lorbaß teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Einzelheiten unter http://www.ostpreussen-nrw.de/Div/Schloss-Burg-2013/index.htm. – **Sonnabend, 20. Juli bis 3. August: BJO-Sommerfahrt durch Ostmasuren** (Raum Lötzen Treuburg Lyck). Die vollständige Einladung ist unter www.junge-ostpreussen.de einsehbar. Informationen erteilt Marius Hempelmann unter mariushempelmann@live.de beziehungsweise Telefon: (0151) 12747534 oder (0521) 9474951.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 4. Juli, 18 Uhr, Gasthaus zum Zarko: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.
Stuttgart – Dienstag, 9. Juli, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal: Treffen der Frauengruppe. Thema des Nachmittags ist „Bedeutende ost- und westpreußische Persönlichkeiten“.
Bamberg – Dienstag, 16. Juli, Insel: Zusammenkunft der Gruppe im Biergarten. –Mittwoch, 17. Juli, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße (Nebenzimmer): Sommerfest der Gruppe.
Landshut – Freitag, 5. Juli, 16 Uhr, Altstadt, gegenüber der Sparkasse: Treffen zum Tribünenfest anlässlich der Landshuter Hochzeit.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.
Nürnberg – Dienstag, 25. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser: Veranstaltung zum Thema „Lovis Corinth, ein ostpreußischer Maler“. Gäste sind herzlich willkommen.
Starnberg – Donnerstag, 11. Juli, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Treffen der Gruppe.



BERLIN

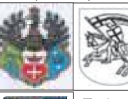
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbekkstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Mohrungen – Donnerstag, 4. Juli, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe: Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



Rastenburg – Sonntag, 14. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Königsberg / Samland/Labiau – Freitag, 19. Juli, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppe. Kontakt bei Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 28. Juni, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag und Sommerfest. Im Juli und August ist Sommerpause.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 16

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15



Osterode – Sonnabend, 20. Juli, 14 Uhr, Restaurant Ribling, gegenüber Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, auch von Fuhlsbütter Straße 757 zu erreichen, Hamburg-Ohlsdorf: Herzliche Einladung zum Sommerfest der Gruppe bei einem gemütlichen Nachmittag. Beginn mit einer gemütlichen Kaffeetafel, danach gemeinsames Singen und Erzählen.



Sensburg – Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, 22337 Hamburg (Nähe U- und S-Bahnstation Ohlsdorf): Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Gießen – Im Monat Juli findet kein Treffen statt. Es ist Ferienmonat. Im August erfolgt eine Kaffeefahrt. Hierzu wird noch brieflich benachrichtigt. Das Junitreffen stand unter dem Thema Westpreußen und die Altmark. Die Vorsitzende der Kreisgruppe Gießen, Erika Schmidt, begrüßte eine starke Mitgliederzahl in der Mohrunger Stube der Kongresshalle Gießen. Referentin zu diesem Thema war die Landesfrauenbeauftragte Karla Weyland mit einer hervorragenden Reihe von Dia-Aufnahmen. In einer Gesprächsrunde mit Karla Weyland und Heinz Schmidt wurde die politische und naturgegebene Situation erläuter. Die Neumark reicht noch mit einem östlichen Gebiet über die Oder nach Westpreußen. Der größere westliche Teil umfasst Frankfurt an der Oder, Berlin, Neuruppin, Wittstock sowie die Schorfheide und grenzt an das Havelland.

Die Dia-Reihe beginnt mit Aufnahmen östlich des Oderbogens. Landsberg/Warthe war bei Kriegsende erhalten, wurde jedoch bei der Besetzung der Russen total dem Erdboden gleichgemacht. Es erfolgt ein sehr mühsamer Aufbau. Bad Schönfließ, Küstrin, Berlinchen (hier wurde der einzige deutsche Schachweltmeister geboren). Die Kirchen prägen sehr stark die Zeit des Deutschen Ordens. Königsberg/Neumark ist die Perle der Neumark mit ihren Kirchen und Klöstern. Die Dia-Reihe umfasst herrliche Bilder von Schlössern wie Schloss Schönhausen, Schloss Rheinsberg, Sanssouci mit dem Grabe Friedrich des Großen – auf der Grabplatte wurden Kartoffeln angelegt – sowie Kloster Jeriche und Kloster Marienwalde. Die Städte der Altmark sind geprägt durch herrliche Fachwerkbauten mit reichlichen Schnitzarbeiten. Viele Städte sind von Stadtmauern teils oder total umgeben und gewaltig stark stehen die Stadttore. Bilder der märkischen Heide und eines herrlichen Sonnenuntergangs schließen den Dia-Vortrag.

Wetzlar – Sonnabend, 6. Juli, 13 Uhr, Schützenhaus in Wetzlar-Nauborn: Die Mitglieder treffen sich zum Grillfest.

Während des Monatstreffens im Juni hat Hildegard Henning in den Wetzlarer Grillstuben die Sagen- und Märchenwelt Ostpreußens aufleben lassen. Bereits vor 800 Jahren, also lange vor dem Wirken der Gebrüder Grimm, habe der Chronist der späteren deutschen Ostprovinz, Peter von Dusburg, Sagen und Märchen gesammelt und sie in seinem Geschichtswerk wiedergegeben, führte die Referentin aus. In der Folgezeit berichteten dann vor allem ostpreußische Pfarrer und Lehrer in ihren historischen Arbeiten immer wieder von Sagen und Märchen, die in der Bevölkerung kursierten. „Mit großem Eifer haben sie selbst in abgelegenen Dörfern, aber auch in den damaligen Städten und Schlössern nach wundersamen Geschichten geforscht“, beschrieb Hildegard Henning die literarische Leistung der damaligen Chronisten. Und weiter: „Landschaft, Geschichte, Volksglaube und Kirchenglaube gehen in den ostpreußischen Sagen und Märchen eine einzigartige Verbindung ein.“ Thematisiert sei in diesen Volkserzählungen häufig die Christianisierung des Landes zwischen Weichsel und Memel durch den Deutschen Orden. Aber auch die Bedrohung der Menschen durch Naturgestalten spielte in den Geschichten immer wieder eine Rolle. So tauchten darin die Krasno-Lutki auf, die als rote Würmer die Menschen plagen, oder seltsame „Mahre“, die Menschen und Vieh bedrücken. Auch von Topich, dem Wassergeist, der über die 3000 masurischen Seen herrsche, erzählte man sich. Ängste vor Unholden schlugen sich in einem üppigen Aberglauben nieder, so Hildegard Henning. „Selbst eine große Empfänglichkeit der Ostpreußen für die christliche Botschaft hat die Alltagsängste nicht verdrängen können“, charakterisierte sie die „Doppelgesichtigkeit“ ostpreußischer Frömmigkeit. Karl

Wiesbaden – Bericht von der Maifeier – Auch wenn das Wetter in diesem Jahr gar nicht so recht mitmachen wollte: Mit einem bunten Liederstrauß sang der Frauenchor die grünende und blühende Maien- und Pfingstzeit förmlich herbei, so mit der alten Reigenweise „Nun will der Lenz uns grüßen“ und „Der Mai tritt ein mit Freuden“, dessen Liedtitel auch das Motto des Nachmittags war. Zudem widmeten Helga Kukwa und Lieselotte Paul der lieblichen Jahreszeit heitere Gedichte und Geschichten. Einige erzählten vom Brauchtum in der Heimat, wo man gerne der biblischen Aufforderung nachkam „schmükke das Fest mit Maien“ und die Häuser mit frischem Birkengrün ausputzte. Das wurde bei uns „to hus“ mit viel Liebe und Aufwand gemacht. Noch heute begleiten in Ost- und Westpreußen Birken an vielen Straßen und Feldwegen die Menschen, und sie bilden nicht selten geschlossene Wäldchen in Niederungen, so beispielsweise im „Großen Moosbruch“ im Memelgebiet Nordostpreußens. Die Erzählung von Erna Bombeck „Als Gott die Mutter schuf“ war den Müttern unter den Besuchern gewidmet, die am Ende alle eine Rose als Geschenk zum Muttertag überreicht bekamen. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Der Mai ist gekommen“ endete der Frühlings-Nachmittag.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Kleines Ostpreußentreffen: Erstmals wird die Landesgruppe gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebenrode aus Anlass des Heimatkreistreffens dieser beiden Kreisgemeinschaften ein kleines Ostpreußentreffen am Sonnabend, 13. Juli, in Winsen an der Luhe durchführen. Neben einem Vortrag über „1812 und 1813 – Jahre der Entscheidung: Preußen zwischen Frankreich und Russland“ in der offiziellen Feierstunde wird ein Kulturprogramm mit einem Konzert „Bern-Stein“ und eine Lesung „Woher kommen die Marjellchen“ von unserem Landsmann Tennigkeit geboten. Eingeladen sind alle Ostpreußen und alle Freunde Ostpreußens.

Helmstedt – Donnerstag, 11. Juli, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Dienstag, 2. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 19. Juli, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 11. Juli, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Ekkehard Schlicht aus Bad Salzuflen hält einen Vortrag: „Die Ostpreußen und Westpreußen – Lebensart und Lebensweise“. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 53 86 oder per E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 14. Juli, ab 11 Uhr, Gedenkstätte der deutschen Heimatvertriebenen, Schloss Burg: Kulturveranstaltung der Landesgruppe. Beginn 11 Uhr. Zeit zum Plachandern, Besuch des Glockentrums, verwöhnen lassen mit ostpreußischen Spezialitäten, die reichlich angeboten werden. Platzkonzert der Dabringhauser Musikanten unter Leitung von T. Krause um 12.30 Uhr. Offizieller Teil: 14 Uhr, Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Jürgen Zauner, Trompetensolo „Ich bete an die Macht der Liebe“ von Frank Braun, Glockenläuten der Königsberger und Breslauer Glocke, Totengedenken mit Kranzniederlegungen von Jürgen Zauner, Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“ von Frank Braun, Grußworte. Unsere Jugend spricht: Stefan Hein. Festrede von Gregor Golland MdL, Gemeinsames Singen mit den Dabringhauser Musikanten „Ostpreußenlied – Deutschlandlied“. Bunter Reigen, 15 Uhr: Einführungsworte und Leitung Dr. Bärbel Beutner, Buntes Programm mit Liedern, Tänzen und Vorträgen in Mundart. Voraussichtliches Ende gegen 17 Uhr.

Bielefeld – Sonnabend, 29. Juni ab 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Feierstunde anlässlich des 65-jähriges Bestehens der Gruppe. Ein buntes Programm aus kulturellen Darbietungen und Musik, der Landesvorsitzende der Ostpreußen in NRW, Jürgen Zauner, wird die Hauptrede halten, in der er einen Rück- und Ausblick gibt. Im Anschluss an das offizielle Programm besteht die Möglichkeit, bei Essen und Trinken Freunde und Bekannte im gemütlichen Kreis zu treffen oder sich am Buchtisch zu informieren. Alle Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen, mit den Ostpreußen ihren 65. Geburtstag zu feiern.

Ennepetal – Sonntag, 14. Juli, ab 11 Uhr: Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg. – Donnerstag, 18. Juli, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Gütersloh – Seniorenfahrt – Sonnabend, 13. Juli: Die Seniorenfahrt der Ostpreußen führt in diesem Jahr ins Heilbad im Osnabrücker Land nach Bad Rothenfelde. Falls es nicht regnet, wird zuerst das Gradierwerk besichtigt. Anschließend wird der Kaffee im Café Moll und gleich nebenan musikalische Unterhaltung im Haus des Gastes genossen. Zeit für den Kurpark bleibt auch noch. Zehn Euro Kostenbeteiligung werden im Bus eingesammelt. Nicht-Senioren unter 65 Jahren zahlen 15 Euro. Anmeldung bei Josef Block, Telefon (05241) 34841, oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211, bis spätestens 7. Juli. Die Busfahrt beginnt um 12 Uhr. Folgende Zusteigemöglichkeiten werden angeboten: 12 Uhr Kahlertstraße/Ecke Magnolienweg, 12.05 Uhr Marktplatz/Haltestelle Friedrich-Ebert-Straße, 12.10 Uhr B 61/Ecke Grenzweg, 12.15 Uhr Café Raschke, 12.20 Uhr Gaststätte Roggenkamp und 12.25 Uhr Verler Straße/Markant Supermarkt. – Donnerstag, 18. Juli, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe.

Mülheim an der Ruhr – Sonnabend, 6./Sonntag, 7. Juli: BdV-Busausflug nach Lehesten im Thüringer Wald zur Gedenkstätte Altvaterturm mit einer Übernachtung in Wurzbach.

Neuss – Montag, 5., bis Mittwoch, 14. August: Große Ostpreußenreise über Stettin, Danzig, Marienburg, Masuren, Thorn, Posen. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Witten – Montag, 15. Juli, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10; Vorträge und Lustiges in ostpreußischer Mundart.

Wuppertal – Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr, Hofaue 51, Kolkmannhaus: Nächste Veranstaltung der Gruppe.

Das diesjährige Maifest der Ostpreußen fand wegen Terminschwierigkeiten erst im Juni statt, aber bei sommerlichem Wetter, das für sehr guten Besuch sorgte. So konnte der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht viele Gäste begrüßen, unter anderem den Stadtverordneten Arnold Norkowski vom Rat der Stadt Wuppertal, den Landesvorsitzenden der LO in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Zauner, die LO-Vorsitzenden der benachbarten Städte aus Remscheid, Irmgard Beek, aus Solingen Margitta Romagno und aus Ennepetal Gerhard Sadlowski. Auch aus Wuppertal waren Vertreter der befreundeten Landsmannschaften und die BdV-Ehrenvorsitzende Margarete Caspar anwesend sowie die ehemaligen BdV-Vorsitzenden Birgit und Karl-Heinz Hetfleisch. Norkowski vom Rat der Stadt Wuppertal betonte in seinem Grußwort seine Verbundenheit mit den Vertriebenen, schließlich war sein Großvater Ostpreuße und er selber wurde in Schlesien geboren. Jürgen Zauner überbrachte Grüße des Landesvorstands der LO und zeichnete zwei verdiente Vorstandsmitglieder, Ursula Busch und Helga Piontek, mit dem Verdienstabzeichen der LO aus.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Es gab ein interessantes und abwechslungsreiches Programm: Die siebenjährige Dajana begeisterte mit ihren Liedern, der Chor Harmonie unter der Leitung von Nelly Illinich sang schwungvolle Weisen und die Tanzgruppe unter der Leitung von Ursula Knocks tanzte temperamentvoll verschiedene Tänze. Stimmungsvoll erschollen Mundharmonikaklänge, gekonnt vorgetragen vom Duo Waltraut Bombe und Ursula Busch, sowie ein Solo von Heinz Wassmann. Charlotte Knüppel als lustiger Wandergesell animierte zum Mitsingen bekannter Wanderlieder. Außerdem bot sie beim Sketch „Die verrückte Tanzrunde“ mit ihrem Partner Peter Barisch einen perfekten Showtanz und Ingrid Fröhlich war Meisterin im Kostümwechsel. Zwischen den Einlagen wurde fleißig getanzt, denn Christoph Marr ist ein Könner seines Faches.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

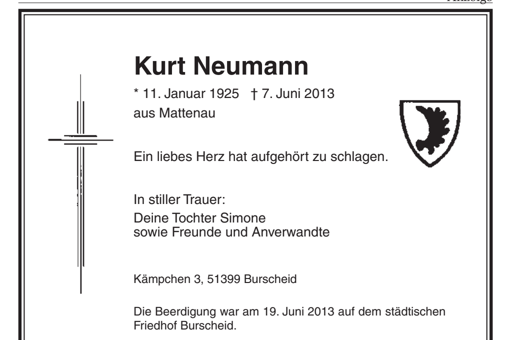
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 19. Juli, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel. – Heimattreffen der Landsleute von Schwentainen und Umgebung im Jahr 2013 in Fintel in der Lüneburger Heide – Es ist schon zur Tradition geworden, das jährliche Heimattreffen in Fintel durchzuführen. Voller Vorfreude kamen die Landsleute aus allen Richtungen zum Treffen. Am Begrüßungsabend gab es sehr viel zu erzählen. Alle lagen sich in den Armen und fühlten die starke Verbindung zur Heimat Ostpreußen, welche in den Herzen weiterlebt. Es sind im Laufe der Jahre sehr gute Freundschaften entstanden, die keiner mehr missen möchte. Viele erzählten ihre Erlebnisse aus ihren Heimatorten, welche Veränderungen sie bei ihrem Besuch erlebten. Die Heimatfreunde, welche nicht mehr in der Lage sind, so weit zu reisen, hörten interessiert zu. Masuren ist doch ein richtiges Paradies und die Landsleute sind stolz darauf. Am Sonntag, 26. Mai, war Anreisetag. Nun blieben sechs Tage Zeit zum Plachandern. Am ersten Tag abends trafen sich die Teilnehmer zu frohem Tanz. Weil alles „inklusive“ war, konnten sie bei so manchem Gläschen Wein die vor ihnen liegenden Stunden genießen. Am Montag, 27. Mai, unternahm die Gruppe eine gemeinsame Fahrt nach Bremen. Die Teilnehmer erfuhren sehr viel über die Stadt Bremen. Sie konnten so manches Sehenswertes in Ruhe ansehen. Sie besuchten die Bremer Stadtmusikanten, das herrliche Rathaus und die romantische Böttgergasse, um nur einiges zu nennen. In der Gasse gab zur vollen Stunde ein besonderes Ereignis. Die Porzellanglocken fingen an zu spielen und eine Säule drehte sich mit typischen Figuren und Tafeln mit Erläuterungen über die Stadt Bremen. Zehn Minuten stand die Gruppe still und sie durfte es so richtig genießen. Der Bummel endete in einem Café. Am zweiten Tag erlebte die Gruppe einen Ausflug ins Tister Bauernmoor. Abends trafen die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Kurt Neumann
* 11. Januar 1925 † 7. Juni 2013
aus Mattenau

Ein liebes Herz hat aufgehört zu schlagen.

In stiller Trauer:
Deine Tochter Simone
sowie Freunde und Anverwandte

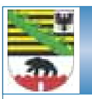
Kämpchen 3, 51399 Burscheid

Die Beerdigung war am 19. Juni 2013 auf dem städtischen Friedhof Burscheid.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Teilnehmer sich wieder zu gemütlichen Stunden mit Tanz. Der dritte Tag führte nach Hamburg zu einer erlebnisreichen Ausfahrt mit vielen Überraschungen. Besonders beeindruckt waren die Teilnehmer vom alten Rathaus. Am Dienstag hatten die Teilnehmer nachmittags Freizeit, diese nutzten sie zu einer schönen Ausfahrt nach Lüneburg mit einem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums. Mit großem Interesse bewunderten sie die wunderbar gestaltete und sehenswerte Ausstellung. Die Landsleute wissen genau, wie viel Arbeit dazu gehört, um so eine schöne Ausstellung sinnvoll zu gestalten. Sie bedankten sich beim Personal und versprachen, im nächsten Jahr wiederzukommen. Zum Abschluss bewunderte die Gruppe die schönen Bernsteinstücke und natürlich wurde so manches schöne Stück gekauft. Ganz stolz mit neuem Bernsteinschmuck behangen und glücklich traten die Teilnehmer die Rückfahrt an. Am Mittwochabend spielten „die jungen Trompeter“. Mit viel Schwung spielten sie die schönsten Lieder und die Landsleute sangen fröhlich mit. Das war ein besonderer schöner Abend, anschließend wurde ausgiebig plachandert.

Der Donnerstag bot eine Ausfahrt durch die Lüneburger Heide. Die Gruppe traf sich zu einem gemeinsamen Singen und kulturellen ostpreußischen Vorträgen. Jeder bekam ein kleines Liederbuch geschenkt mit Heimatliedern. Es war in den Farben der Masuren gebunden, Blau-Weiß-Rot. Ein kleiner Gruß aus Bernstein und ein erklärendes Wort über Bernstein wurde jedem überreicht. Besinnliches und Lustiges wurde vorgetragen. Jede Frau bekam einen selbst gestrickten Schal geschenkt, welchen eine treue Ostpreußin angefertigt hatte. Anschließend fand ein Fototermin statt. Abends, beim gemütlichen Beisammensein, war wehmütiger Abschiedsschmerz zu spüren, denn am Freitag musste die Gruppe die Heimreise antreten. Mit herzlichen Umarmungen und guten Wünschen gingen die Teilnehmer auseinander. Der einzige Trost dabei ist ein Wiedersehen im nächsten Jahr im Mai 2014. Es wurde schon alles geplant und auch reserviert für diese Zeit. Wo sich Ostpreußen treffen, geht es immer herzlich zu, und die Liebe zur Heimat verbindet. Ganz herzlichen Dank an das Personal in Fintel vom Eurostrand. Sie haben sich sehr bemüht, den Aufenthalt zum unvergesslichen Erlebnis werden zu lassen. Alle freuen sich auf ein Wiedersehen 2014,

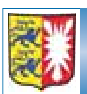


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 8. Juli, 14 Uhr, Krötenhof: Sommerfest der Gruppe.

Magdeburg – Dienstag, 16. Juli, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

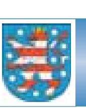
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung der Juni-Runde in Bad Oldesloe sprach Gisela Brauer über das „Gut Nütschau – vom Gutshof zum Benediktinerkloster“. Das Gut wird bereits 1249 historisch erwähnt. Die Referentin stellte die Vergangenheit nur in groben Zügen dar. Sie ging auf die letzten Jahrzehnte ein, die von den meisten Zuhörern bewusst erlebt wurden. Gut Nütschau war über viele Jahre ein landwirtschaftlicher Betrieb und Familienwohnsitz, während der Kriegsjahre wurde es als Jungendheim genutzt, und Ende 1945 zog ein österreichisches Luftwaffenlazarett dort ein. Dann wurde wieder ein Jugendheim eingerichtet.

Durch Flucht und Vertreibung waren 1945 viele katholische Menschen nach Schleswig-Holstein gekommen, die eine geistige Heimat suchten. Erzbischof Dr. Wilhelm Berning in Osnabrück sorgte sich um diese Menschen und gründete 1945 neue katholische Gemeinden. So wurde 1951 im Herrenhaus Nütschau das Benediktinerkloster gegründet und mit der Restaurierung des 400 Jahre alten Herrenhauses begonnen und somit für die entwurzelten Menschen ein zentraler Ort der Besinnung geschaffen. Zunächst wurde weiter intensiv Landwirtschaft betrieben, aber von 1971 an gab es eine grundlegende Änderung. In mehrjähriger Arbeit entstand ein Gesamtkonzept von Kloster, Kirche, Erwachsenen- und Jugendbildungsstätte. Die Einrichtung ist offen für katholische, evangelische oder kirchlich gar nicht gebundene Menschen, die Ruhe und Besinnung suchen.

In der folgenden Aussprache wurde immer wieder auf die schöne Landschaft und auf die unterschiedliche Nutzung eingegangen. Auch in Bad Oldesloe änderte sich in den letzten Jahrzehnten ziemlich viel. Dabei wurde an einige Geschäfte und Einrichtungen erinnert, die es gar nicht mehr gibt. Danach wurde wieder an Begebenheiten in der Heimat erinnert. Eine Teilnehmerin musste eine Mark „Strafe“ an den Gendarm zahlen, als sie in ihrem Dorf das Fahrrad auf dem Bürgersteig geschoben hatte. Warum sagte man bei uns Onkel Eichmann und nicht Onkel Fritz; Tante Masurat und nicht Tante Gertrud? Auch die Geschwister der Eltern wurden beim Nachnamen benannt.

Flensburg – Donnerstag, 18. Juli, 15 Uhr: Besuch der Gartenstadt Flensburg-Weiche, „Das Leben im Alter“. Bitte die Buslinien 11 oder 12 benutzen. Rundgang, Kaffeerunde in der Gartenstadt.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Mühlhausen – Montag, 8. Juli, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Schmalkalden – Donnerstag, 4. Juli, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der LO-Kreisgruppe „Immanuel Kant“.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@ t-online.de

Neuer Heimatbrief

Das Sommerheft des Heimatbriefes ist da. Es sind immer noch weit über 2000 ehemalige Bewohner und jetzige Freunde Allensteins, die den Allensteiner Heimatbrief zweimal im Jahr und das diesjährige Sommerheft rechtzeitig vor den Sommerferien erhalten und sich diesmal insbesondere an vielen Beiträgen und Bildern vom alten Allenstein erfreuen. Die „Politische Geschichte des Fürstbistums Ermland“ von H. Schmauch bildet den Auftakt.

Zwei geschichtliche Aufsätze des früheren Vorsitzenden Georg Hermanowski betreffen „Johann Nepomuk auf der Allebrücke“ und „Nicolaus Copernicus in Allenstein“. Dazu passen Auszüge aus dem Copernicus-Roman „Die Ellipse“ von Friedrich Günther, dem früheren Lehrer an der Kopernikus-Schule in Allenstein. Seine Enkelin Katjana Rothbart hat den inzwischen vergriffenen Roman überarbeitet und beabsichtigt, eine gekürzte Neufassung herauszugeben. Ein Schüler des Studienrats Dr. F. Günther, Dr. Ernst Jahnke, lässt in seinen „Erinnerungen an Allenstein“ noch einmal viele öffentliche Ereignisse auf politischem, gesellschaftlichem und vor allem sportlichem Gebiet lebendig werden. Besuche von Hindenburg, von Mackensen, Graf Luckner, Konzerte von Eugen Wilken. Erich Börschel und Barnabas von Géczy sowie Begegnungen mit Olympioniken wie Emil Hirschfeld und Lutz Long sind nur einige dieser Vorkriegsereignisse.

Bruno Mischke beschreibt „100 Jahre Flughafen Allenstein-Deuthen“ und das genaue Programm eines südostpreußischen Flugtages von 1925. „Damals in Ilowo“ heißt eine heitere Geschichte von Eva Sirowatka. Die Geschichte des Grenzgebiets „Galindien“ beleuchtet Beate Szillis-Kappelhoff. An die Gründung von Neidenburg und an den „Neidenburger Nikolaschka“ erinnert Gert Sattler. Es können in diesem Rahmen nicht alle Beiträge über Vergangenheit und Gegenwart erwähnt werden. Genannt werden müssen aber noch 16 ganzseitige Fotos von „Allenstein um 1900“, die persönlichen Daten von Geburts-, Hochzeits- und Sterbetagen sowie natürlich das „Programm zum 50. Jahrestreffen“ vom 13. bis 15. September in Gelsenkirchen/Schloss Horst.

Es wäre schön, wenn die Bezieher des Allensteiner Heimatbriefes diesen nicht nur lesen, sondern auch die zweite Säule der Stadtgemeinschaft Allenstein beherzigen und ihren Bestand durch die Teilnahme an diesem Treffen stärken würden.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Nachruf Tronje Hagen

Erneut hat uns ein heimattreuer Angerburger für immer verlassen. Am 6. Juni verstarb nach langer, schwerer Krankheit in Eydelstedt im Kreis Diepholz unser langjähriges Kreistagsmitglied Tronje Hagen. Er wurde am 6. Januar 1924 in Königsberg geboren und lebte danach auf dem elterlichen Gut Numeiten im Kreis Angerburg in einer sehr schönen Umgebung. Nach dem Besuch der Hindenburgschule in Angerburg besuchte Tronje Hagen die Landwirtschaftsschule „Hermann Lietz“ in Buchenau im Kreis Hünfeld (Hessen). Im Herbst 1941 wurde er Soldat und war am D-Day (6. Juni 1944) dabei, als amerikanische und britische Truppen an der Kanalküste in der Normandie landeten. Gegen Kriegsende geriet Tronje Hagen im Kessel von Halbe in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er im September 1945 entlassen wurde.

Durch den Zweiten Weltkrieg hatte er sowohl seine Heimat als auch seine Existenz verloren. Der Start in eine gute Zukunft gestaltete sich recht schwierig. Schließlich bekam er eine Anstellung als Verwalter auf einem Gut in Niedermein im Kreis Lippe, wo er auch seine Frau kennenlernte. Im Jahr 1950 wurde dann geheiratet. 1957 pachteten die Eheleute einen Hof in Höntrup. Als nach zwölf Jahren die Pachtzeit endete, wurde in ganz Deutschland nach einem geeigneten Hof gesucht. Diesen fand man schließlich in Eydelstedt im Kreis Diepholz. Dort engagierte sich Tronje Hagen ehrenamtlich und gehörte von 1976 bis 2001 dem Gemeinderat an, davon 15 Jahre als Bürgermeister. In seiner Amtszeit hat er viel bewegt, unter anderem im Schulwesen, aber auch der Feuerschutz war ihm wichtig. Sparsame Haushaltsführung in der Gemeinde war ihm selbstverständlich.

Für sein großes Wirken für die Menschen in Eydelstedt wurde Tronje Hagen im Jahr 2001 vom Gemeinderat einstimmig zum Ehrenbürgermeister ernannt. Mit seiner ostpreußischen Heimat fühlte er sich bis zuletzt verbunden und nahm regen Anteil an den Geschehnissen in seiner masurischen Heimat und in der Kreisgemeinschaft Angerburg. Auf Vorschlag der „Arbeitsgemeinschaft der jungen Generation“ wurde Tronje Hagen 1961 in den Kreistag der Kreisgemeinschaft Angerburg gewählt und gehörte diesem Gremium bis 2001 an. Er war immer da, wenn er gebraucht wurde und hat sich dafür eingesetzt, dass die Geschichte und Kultur unserer ostpreußischen Heimat nicht in Vergessenheit gerät. Dieser langjährige ehrenamtliche Einsatz für Anger-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

burg und Ostpreußen wurde 1996 mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens" der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt.

Eine große Trauergemeinde nahm am 14. Juni 2013 auf dem Friedhof in Barnstorf im Kreis Diepholz Abschied von Tronje Hagen. Dazu gehörten auch der Kreisvertreter mit seiner Ehefrau sowie frühere Numeiter. Unsere Achtung und unser Dank gelten dem Verstorbenen, unser Mitgefühl seiner Frau Mathilde und der Familie. Bei uns Angerburgern hinterlässt sein Tod tiefe Trauer. Für viele von uns ist ein guter Freund gegangen, den wir alle sehr vermissen werden.

Kurt-Werner Sadowski



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Hauptkreistreffen

Einladung zum Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ebenrode Stallupönen am Freitag, 12. Juli und Sonnabend, 13. Juli 2013 in der Stadthalle Winsen an der Luhe, Luhdorfer Straße 29, 21423 Winsen.

Wie im vorigen Jahr veranstalten wir das Hauptkreistreffen wieder zusammen mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg, zusätzlich in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe Niedersachsen, natürlich sind auch alle anderen Freunde der Kreisgemeinschaft herzlich eingeladen.

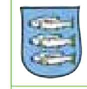
Bitte beachten Sie die besondere Terminierung auf Freitag und Sonnabend, da für den Sonntag die Halle nicht frei war. Das Programm beginnt am 12. Juli um 11 Uhr mit dem Treffen der Ehemaligen und Freunde der Friedrich-Wilhelm-Oberschule in Schloßberg. Von 11 bis 15 Uhr ist auch die Heimatstube Ebenrode (Stallupönen) geöffnet, Rote-Kreuz-Straße 6.

Von 16 bis 18 Uhr Öffentliche Kreistagssitzung der KG Schloßberg, von 17 bis 19 Uhr Öffentliche Kreistagssitzung der KG Ebenrode (Stallupönen), um 19 Uhr Feierstunde der FWO Schloßberg und um 20 Uhr Plattdeutscher Abend (mit E. König, M. Malchow, G. Papke, W. Rothe).

Der Sonnabend beginnt mit dem Treffen der Schülervereinigung FWO Schloßberg im Winsener Patengymnasium um 9 Uhr. Weiter um 9.30 Uhr Kranzniederlegung am Ehrenmal, Winsener Friedhof (Pfarrer i. R. Kurt Perrey), 11 Uhr Feierstunde mit dem Winsener Chor und Festvortrag von Dr. Rix: „1812 und 1813 – Jahre der Entscheidung: Preußen zwischen Frankreich und Russland", 14 Uhr Konzert „BernStein", 14 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung der KG Ebenrode, Stadthalle, Clubzimmer, 15.15 Uhr Lesung des bekannten Hamburger Schauspielers Herbert Tennigkeit „Woher kommen die Marjellchen?", 16.30 bis 18.30 Uhr Öffnung der Heimatstuben Schloßberg und Ebenrode, Rote-Kreuz-Straße 6. Im Foyer der Stadthalle Buchverkauf, Bernstein, Familienforschung, Dokumenta Stadt Kassel, Fotos und Filme aus Ostpreußen von damals und heute.

Einladung zur Mitgliederversammlung der KG Ebenrode (Stallupönen) e. V. in der Stadthalle Winsen, Clubzimmer, Luhdorfer Straße 29, 21423 Winsen, Sonnabend, 13. Juli, 14 Uhr. Tagesordnung: Begrüßung/Protokoll, Rechenschaftsbericht/Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Vorstands, Satzung, 100 Jahre Städtepartnerschaft Kassel 2015, Investitionen im Rajon Nesterow, Verschiedenes. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Stühle reichten nicht

Es waren gewiss nicht nur die versprochenen Kostproben vom Lötzener Baumkuchen, von Bärenfang und Krupnik, die zahlreiche Besucher zur offiziellen Einweihung des neuen Museumsstandortes der Lötzener letzten Sonnabend (22. Juni) lockten. Unübersehbar, unüberhörbar groß war das Interesse an der neuen Adresse für Archiv und Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen (Sudetenlandstraße 18 h); groß war und ist die Freude aller, hier nun – mit Hilfe der Patenstadt Neumünster – einen schönen Ausstellungsraum mit besonderer Atmosphäre erhalten zu haben, daneben einen guten und sicheren Raum für die Archivarbeit nutzen zu können (und weiteres Nebengelass zur Verfügung zu haben). Neumünsters Oberbürgermeister Dr. Olaf Tauras zeichnete in seiner kurzen Ansprache noch einmal den langen und komplizierten Weg nach, der von der leider unumgänglichen Kündigung der Räume am alten Standort über die Suche nach Alternativen hin zu dieser Lösung geführt hat.

Zahlreiche Vertreter der gerade wenige Tage zuvor sich zur konstituierenden Sitzung zusammengefundenen Ratsversammlung waren ebenfalls anwesend, darunter die Frauen, die sich der Lötzener Sorgen besonders angenommen hatten: Sabine Krebs, Helga Bühse, Babett Schwede-Oldehus, Sighild Klamt (alle CDU). Lötzens Kreisvertreter Dieter Eichler äußerte sich sachlich und dankbar, während die verantwortliche Betreuerin des Lötzener Archivs und Heimatmuseums, Ute Eichler, einen Vergleich fand, der die Anwesenden schmunzeln ließ: Sie verglich die Hoffnung auf das Weiterbestehen von Archiv und Heimatmuseum in der Patenstadt mit dem Wunsch nach einem Kind. Der einstimmige Beschluss der Ratsversammlung am 28. August 2012 war der Tag der Empfängnis. Neun Monate später, am 25. Mai 2013, fand die Geburt statt (erster Öffnungstag für Nachbarn und alle Interessierten); heute würde die Kindstaufe begangen werden. Alle Anwesenden forderte sie auf, mit dazu beizutragen, dass dieses Kind sich gesund und kräftig entwickeln könne, heranwachsen und dass ihm ein langes Leben in der Patenstadt beschieden sei. Die Besucher ließen sich nicht lange nötigen, den frischen Lötzener Baumkuchen zu probieren und mit honighaltigen Getränken auf eine gute Zukunft anzustoßen. Den weitesten Weg hatte Bernd Sawatzki aus Eggersdorf bei Berlin zurückgelegt, doch waren auch Gäste aus Wohltorf und Aumühle, aus Hamburg und Harburg, aus verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins gekommen, vor allem jedoch in der Patenstadt wohnende und darunter interessierte Menschen aus der unmittelbaren Nachbarschaft, aus der Böcklersiedlung.

Insgesamt haben an diesem besonderen Tag mehr als 80 Menschen das Gebäude in der Sudetenlandstraße 18 h besucht. Davon blieben 42 als Zuhörer zur am Ende dieses Öffnungstages angebotenen Veranstaltung „Geschichten aus der Geschichte". Die Stühle reichten nicht! Dieter und Ute Eichler trugen im Wechsel die „Lebensgeschichten" von vier Exponaten, die sich in der Lötzener Sammlung befinden, vor: Die besondere Weg- und Bewahrgeschichte eines Reservistenkruges, die eines alten aus Königsberg stammenden Koffers, die einer Silberschale aus Lötzen und die eines einfachen Blattes Schreibpapier mit der Überschrift „Mein letzter Wille". Die Resonanz der konzentriert zuhörenden Anwesenden war so positiv, dass weitere „Geschichten aus der Geschichte" folgen werden und auf diese Weise – vielleicht – ein ganz besonderer „Führer durch die Lötzener Heimatsammlung" entstehen kann.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreisausschuss-Sitzung

Der Gedanke, eine Kreisausschuss-Sitzung (KA) in der Heimatstadt Lyck abzuhalten, motivierte die Mitglieder zur diesjährigen Umsetzung vom 24. bis 29. Mai. Fünf KA-Mitglieder und zwei begleitende Angehörige trafen sich zunächst am Freitag in Warschau, um dann gemeinsam am nächsten Tag mit einem gecharterten Kleinbus nach Lyck zu fahren, drei andere Mitglieder waren dort jeweils schon individuell nach Lyck angereist. Nachdem am Sonnabendnachmittag der erste Teil der KA-Sitzung abgehalten worden war, trafen sich alle Teilnehmer am Abend zu einem Abendessen mit Vertretern des Vorstandes der Deutschen Minderheit.

Der Sonntag stand zur freien Verfügung. Den Tage konnte jeder auf seine Art und Weise nutzen, wie zum Beispiel für einen Besuch von Friedhöfen, für Pflege der freundschaftlichen Beziehungen oder für einen Spaziergang durch Lyck. Am Montag wurde die gesamte Gruppe vom Starosta Pilat (Landrat) im Landratsamt empfangen. Nach beeindruckenden Reden verabschiedete sich Gerd Bandilla in dieser Runde als amtierender Kreisvertreter, dankte für die jahrelange gute, fruchtbare Zusammenarbeit und wünschte, dass der nachfolgende Vorstand ebenso herzlich aufgenommen wird. Auch dem Verein der Deutschen Minderheit am Wasserturm teilte er seinen für den Herbst vorgesehenen Rücktritt als KV in einer Versammlung (Altentag), an der wir als Gäste teilnahmen, mit. Der weitere Nachmittag war mit einem Besuch des Historischen Museums am Luisenplatz ausgefüllt. In einem sehr interessanten Vortrag erhielten wir einen Einblick in die Arbeitsweise sowie weitere Planungen und Vorhaben des Museums. Bei starkem Gewitterregen begaben wir uns zurück in das Hotel, um den zweiten Teil der KA-Sitzung zu absolvieren.

Am Dienstagvormittag nahmen wir an einem beeindruckenden ökumenischen Gottesdienst auf dem Friedhof Kalkofen (organisiert durch Reinhard Donder, der mit einer Reisegruppe im Kreis Lyck weilte) teil. Zelebranten waren der evangelisch-lutherische Pfarrer aus Johannisburg und der örtliche griechisch-katholische Pfarrer aus Kalkofen, wo sich eine solche Pfarrgemeinde befindet. Anschließend besuchten vier KA-Mitglieder den neuen evangelisch-methodistischen Pfarrer Dariusz Zuber der Gemeinde Lyck, Stadt und Land, um den guten Kontakt zu pflegen.

Des Weiteren waren Termine bei der Lokalredaktion der „Gazeta Olsztynska" und dem Amtssitz des Bischofs wahrzunehmen. Am Abend überbrachten Frau Karczewska, in Begleitung ihres Ehemannes aus Bialystok, und Dr. Roland Kempa aus Lötzen Ausstellungsplakate über Friedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg im Kreis Lyck, die während des Hagen-Lyker-Treffens präsentiert werden sollen. Der nächste Morgen stand im Zeichen der Rückreise, die jeder mit den vielen erlebnisreichen Eindrücken der diesjährigen Lyck-Reise antrat.

Friedhofsfeier

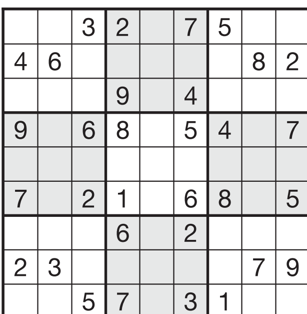
Am 28. Mai 2013 fand in Kalkofen eine Friedhofsfeier statt. Anlass war das Gedenken an die

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Pflanze mit fleischigen Blättern · Hafenstadt in Spanien · früherer Name von Simbabwe · beleidigt, pikiert · unbekleidet · auffallend, offenkundig · Tiefenmessung · menschenähnliches Säugetier · Endrunde, Schlusskampf · ein Verwaltungsbeamter · englische Schulstadt · Pein, Seelenschmerz · Nervenzentrum · Fischknochen · Anzeichen von Müdigkeit · steiler Abfall einer Küste · Anfänger · mexikanische Malerin (Frida) · spanisches Volksfest · Titel arabischer Fürsten · Klavierteil; Druckhebel · Wort zur Begrüßung · tief Luft holen · italienische Maisspeise · Verpackungsgewicht · Fischfanggerät · dt. Schauspieler (Götz) · Gebetsschlusswort · in der gleichen Weise · Eier legen und ausbrüten · oberer Raumabschluss · Europ. Weltraumorganisation (Abk.) · beständig, gleichbleibend · Teil des Mittelmeeres · Kapitalgesellschaft (Abk.) · vor langer Zeit · Gebirgs-, Heilpflanze · lebhaft (Gespräch) · ein Europäer · Stadt in der Lüneburger Heide · niederländischer Maler · Fehlbetrag, Verlust · Hafendamm · Fechtwaffe · Trinkgefäß · Zweige eines Baumes · unberührte Landschaft · franz. männlicher Artikel · Fluss durch München · humorvoll, unterhaltsam · hastig; dringend · Stadt an der Murg (Baden-Württ.) · Halbinsel der Ukraine · das Unsterbliche · Schopf, Haarbüschel · Weinbrand (ugs.) · durchsichtig, transparent · Knochengerüst · Fußhebel; Tretkurbel · Verfasser · Region der Rep. Südafrika · einzige Ausfertigung · Kaffee nach italienischer Art · Handwerkervereinigung · Essen, Speise · salopp: unwohl; dürftig · höckerloses Kamel · afrikanischer Strom · Feuerkröte · körperliche Beschaffenheit · fegen, mit dem Besen reinigen · kleines Lastier · russ.-sibir. Waldgebiet · Werbeposter · Veranstaltung, Ereignis (engl.) · ungebetener Gast; Teufel · Schlussfolgerung · Dreschplatz in der Scheune · Salz der Schwefelsäure · großes Gewässer · verheiratetes Paar · australischer Laufvogel · Platz, Stelle · eine Zahl · Lebenshauch · Hauptstadt von Oberösterreich · chemisches Zeichen für Neon · Stadt am Harz (Niedersachsen) · Schafrasse · Roman von Anet · gefährl. Kunststück (Film) · Fischfett · Eingang

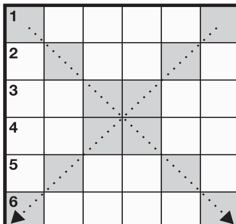
PAZ13_26

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



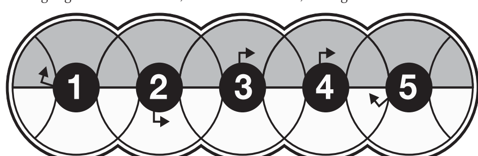
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Berufe aus dem Bauwesen.

1 Teil der Woche
2 schwarzes Ergussgestein
3 eine Behörde
4 kurze, laute Äußerung
5 Teil des Essbestecks
6 Pferdesportler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für unstet, wankelmütig.

1 Windstille, 2 Stadt in der Lausitz, 3 Einsiedler, Klausner, 4 von starker Abneigung erfüllter Mensch, 5 scherzhaft: derb, kräftig



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Montag, 2. Basalt, 3. Bauamt, 4. Ausruf, 5. Messer, 6. Reiter – Maurer, Glaser

Kreiskette: 1. Flaute, 2. Zittau, 3. Eremit, 4. Hasser, 5. saftig – flatterhaft

Sudoku:

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

dort Gebliebenen und Einsegnung der neuen Gedenksteine. Anwesend waren etwa 60 Personen, wovon etwa die Hälfte aus der Bundesrepublik und der Rest Polen waren. Durch die Feier führte Bezirksvertreter Reinhard Donder, den Gottesdienst zelebrierte Pastor Marcin Pysz von der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Johannisburg. Seine Predigt wurde lebhaft auf Deutsch vorgetragen und befasste sich mit dem Miteinander; Lieder waren ausgewählt: „Nun danket alle Gott“; „Näher, noch näher“; „Fest an dein Herz“ und „So nimm denn meine Hände“. Daneben war auch G. Stolycia von der griechisch-katholischen Kirche in Kalkofen anwesend.

Vor dem Gottesdienst sprach eine kleine Gruppe der anwesenden Schüler des 1. Lyzeums in Lyck über das Zusammenwachsen der Personen und Völker. Nach dem Gottesdienst sangen alle gemeinsam das Ostpreußenlied und hielten sich dabei an den Händen. Alle anwesenden Schüler, höchste Klasse des Lyzeums mit Leistungsfach Deutsch, insgesamt 20 Personen, sangen die Lieder: „Sag mir, wo die Blumen sind“ und die alte schottische Volksweise „Nehmt Abschied, Brüder“. Beide Lieder, bekannt wohl für die meisten Deutschen, waren hervorragend vorgetragen in einem passenden Ambiente, es war schon ergreifend; vortrefflich arrangiert von der Lehrerin Elzbieta Wesolowska.

Neben Reinhard Donder traten als Redner auf: Dr. Jan Chlosta, langjähriger Weggefährte von Reinhard Donder und bekannter polnischer Schriftsteller, Ireneusz Gorlo, 2. Bürgermeister Lyck-Land, versprach eine enge Zusammenarbeit, Pfarrer G. Stolycia, griechisch-katholischer (orthodoxer) Priester aus Kalkofen sowie Kreisvertreter Gerd Bandilla. Außerdem waren eine große Gruppe der Deutschen Minderheit aus Lyck dabei, die Ortsbürgermeister der umliegenden Orte, sowie viele Bewohner aus der Region. Natürlich auch der Friedhofsgärtner Saturnin Siemion aus Rogallen. Es folgte die Niederlegung der Kränze am Gedenkkreuz. Einige Sätze der von Reinhard Donder vorgetragenen Worte sollen hervorgehoben werden: Die Tür zu diesem Kirchhof ist niemals abgeschlossen und er kann von jedem immer genutzt werden, als Ort der Besinnung und Erholung; wir leben alle auf dieser Welt und es ist unsere Aufgabe ein vernünftiges Verhältnis unter unseren Völker zu erreichen; ich bin ein echter Masure, hier geboren, meine Eltern waren beide Masuren; Zwei Weiden wurden hier gepflanzt, eine deutsche und eine polnische, sie symbolisieren das Zusammenwachsen unserer Völker; die Anlage steht seit 1995 unter Denkmalschutz und es soll so bleiben; wir haben 32 Grabstellen wiedergefunden, inzwischen sind einige Umbettungen hierher geschehen, daneben viele Gedenksteine. Anschließend trafen wir uns zu einem gemeinsamen Bigos-Essen in der Pension Rejrat.

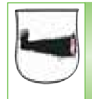


NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Patenschaft

Zur Feier der 60-jährigen Patenschaft Bochum-Neidenburg am Sonntag, dem 8. September, laden wir alle Neidenburger, Soldauer wie auch andere interessierte Landsleute herzlich ein. Umrahmt wird die Feierstunde von dem seit Jahrzehnten bei unseren Treffen auftretenden und beliebten Andza-Chor. Des Weiteren werden die Mitglieder der jungen Familie Martin Kowalski als „Eisenbahner-Blechbläser-Familienquartett“ auftreten. Für den Festvortrag „Ostpreußen heute“ konnte der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Herr Wilhelm von Gottberg, gewonnen werden. Die Oberbürgermeisterin unserer Patenstadt, Frau Dr. Ottilie Scholz, wird ein Grußwort sprechen. Am Vortag des Heimattreffens, Sonnabend 7. September, findet um 14.30 Uhr die öffentliche Kreistagssitzung unserer Gemeinschaft im Bildungs- und Verwaltungszentrum der Stadt Bochum, Gustav-Heinemann-Platz (hinter dem Rathaus), statt. Der Vorstand würde sich anlässlich des Jubiläums besonders über ein zahlreiches Erscheinen freuen.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

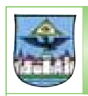
Nikolaiker Stinthengst

Auch in diesem Jahr wurde traditionsgemäß am ersten Sonnabend im Mai der Nikolaiker Stinthengst im Stadtparkteich der Patenstadt Remscheid zu Wasser gelassen. Blauer Himmel und strahlender Sonnenschein empfingen die zahlreich erschienenen Gäste oberhalb des Teichs, von wo aus sie den hölzernen König der Fische begrüßen konnten, den Mitarbeiter der Stadtverwaltung am Vorabend im Wasser verankert hatten. Der Ostpreußenchor unter Leitung seiner Dirigentin Nelli Illinich begleitete mit seinen Darbietungen die Veranstaltung. Geschäftsführer Helmuth Tomscheit übermittelte die Grüße und guten Wünsche der Kreisvertreterin Gudrun Froemer, die aus familiären Gründen zu ihrem Bedauern an der diesjährigen Stinthengstwasserung nicht teilnehmen konnte. Er begrüßte die Gäste, verbunden mit einem herzlichen Dankeschön für ihr Erscheinen.

Sein besonderer Gruß galt dabei den Ehrengästen, an ihrer Spitze die Bürgermeisterin Monika Hein. Sie überbrachte Grüße der Patenstadt Remscheid. Sie freue sich, dass mit der Wasserung des Nikolaiker Stinthengstes auch in diesem Jahr die Tradition des Patenkreises Sensburg fortgesetzt werde, sagte sie, denn „Brauchtum und Tradition sind nicht etwas Verstaubtes, sondern auch in heutiger Zeit wichtig und bedeutungsvoll. Darum soll der Tag, an dem der hölzerne König der Fische gewassert wird, für Remscheid fester Bestandteil im Jahresablauf bleiben und die Verbundenheit zwischen der Patenstadt und dem Kreis Sensburg deutlich machen.

Die Festansprache hielt Irene Piepenbrink, die Vertreterin des Kirchspiels Aweyden. Schon mit ihren einleitenden Worten führte sie die Gedanken der Zuhörer dorthin, wo Masuren am schönsten ist, wo die großen Gewässer zu finden sind: der Beldahnsee, das Talter Gewässer und der Spirdingsee, und wo das Städtchen Nikolaiken liegt, das auch Venedig Masurens genannt wird. Von dem Stinthengst, dem Herrscher in den masurischen Seen, erzählte sie eine bisher weniger bekannte Legende. Was immer auch der Wahrheit entspricht, der hölzerne Fisch mit der Krone auf dem Kopf wurde zum Wahrzeichen von Niklolaiken – die Tradition der Stinthengstswasserung begann bereits 1922 und wird bis heute fortgesetzt. Die Nikolaiker sind nach wie vor stolz auf ihre größte Sehenswürdigkeit, jedem Touristen wird mit Vorliebe der sagenumwobene Stinthengst gezeigt.

Irene Piepenbrink dankte der Patenstadt, die es ermöglicht hat, dass es seit 1962 nun auch in Remscheid einen Nikolaiker Stinthengst gibt und der gute Brauch der Wasserung auch hier weiter gepflegt werden kann. Einst sollte der an den Brückenpfeiler angekettete Riesenfisch für Reichtum und Wohlergehen der Nikolaiker Bevölkerung sorgen. Dass ihm das nun auch für die Remscheider Bevölkerung gelingt, war der besondere Wunsch der Rednerin. Wie in jedem Jahr sangen zum Abschluss der Feier der Chor und die Gäste gemeinsam das Ostpreußenlied. Und bei den anschließenden lebhaften Unterhaltungen durfte der gute Bärenfang natürlich nicht fehlen. Auch das ist inzwischen zur Tradition geworden.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Übernachtung in Soest

Wie bereits berichtet, wird in diesem Jahr das Heimattreffen der Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit am 5. Oktober in der Stadthalle Soest stattfinden. Die Soester Stadthalle liegt im Süden der Altstadt, Dasselwall 1, www.stadthallesoest.de, und bietet in ansprechender Architektur Räumlichkeiten für bis zu 1500 Besucher.

Im Innenstadtbereich gibt es mehrere Hotels, die sich für eine Buchung anbieten: Hotel Am Wall, 154 Betten, Dasselwall 19, Telefon (02921) 3500-0, direkt neben der Stadthalle. Citymotel, 80 Betten, Altes Stellwerk 9, Telefon (02921) 3549052. Pilgrim-Haus, 35 Betten, Jakobistraße. 75, Telefon (02921) 1828. Hotel „Im wilden Mann“, 21 Betten, Markt 11, Telefon (02921) 15071. Hotel Domhof, 14 Betten, Wiesenstraße 18, Telefon (02921) 9810436. Hotel Stadt Soest, 34 Betten, Brüderstraße 50, Telefon (02921) 36220.

Außerhalb der Innenstadt bieten sich an: Hanse Hotel, 80 Betten, Siegmund-Schultze-Weg 100, Telefon (02921) 70900. Hotel Gellermann, 52 Betten, Konrad-Steke-Weg 8, Telefon (02921) 590119-0. Günstige Übernachtungsmöglichkeiten bietet auch die Tagungsstätte Soest, Feldmühlenweg 15, Telefon (02921) 371-204. Es handelt sich hier um eine Einrichtung der Evangelischen Frauenhilfe e.V. Weitere Auskünfte erhält man bei der Touristinformation Soest, Telefon (02921) 66350050, willkommen@soest.de.

Liebe „Memelstromer“, Sie alle sind herzlich eingeladen, in Soest alte Bekannte wiederzutreffen, neue Freunde kennenzulernen, Erinnerungen und Fotos auszutauschen. Kommen Sie nach Soest, es lohnt sich!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Beileidsbekundung

Die Stadtgemeinschaft Tilsit erhielt anlässlich des Ablebens von Horst Mertineit ein Schreiben vom Oberbürgermeister der Stadt Sowjetsk folgenden Inhalts: „Sehr geehrter Hans Dzieran, namens der Bürger der Stadt Sowjetsk und auch ganz persönlich übermittle ich zum Tod des Ehrenbürgers unserer Stadt Horst Mertineit mein tiefempfundenes Beileid. Wir trauern mit Ihnen. Horst Mertineit wurde in Tilsit geboren, absolvierte die Herzog-Albrecht-Schule und lebte in der Stadt bis 1944. Er war seit 1989 Vorsitzender, später Ehrenvorsitzender der Stadtgemeinschaft Tilsit und war der Initiator bei der Herstellung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen den Städten Sowjetsk und Kiel. In den 90er Jahren koordinierte er materielle, technische und finanzielle Hilfen für Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und half bei der Entwicklung kultureller und sportlicher Kontakte. Horst Mertineit war ein intelligenter, entgegenkommender, rühriger und verständnisvoller Mensch, der seine Heimatstadt über alles liebte. Das Andenken an den Ehrenbürger Horst Mertineit wird weiterleben. Hochachtungsvoll, der Oberbürgermeister der Stadt Sowjetsk N. N. Wojschtschew.“

Ein »Emil« für Ellingen

Das neue Maskottchen des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen heißt „Emil“ – dies entschieden die Gäste des Kulturzentrums beim diesjährigen Internationalen Museumstag.

Emil, Erik oder Eddie – so lauteten die Namensvorschläge für das neue Maskottchen, den 80 Zentimeter großen Elch aus Plüsch, der zukünftig das museumspädagogische Programm des Kulturzentrums Ostpreußen begleiten wird. „Der Elch steht wie kein anderes Tier für Ostpreußen“, so Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen.

Vor dem lebensgroßen Elch Emil fand nun die Übergabe der Hauptpreise an Luisa und Carolin Dauner aus Stopfenheim statt, die wiederum für ihren Namensvorschlag einen kleinen Elch erhielten.

Die weiteren Preisträger waren Constanze Vieth aus Oldenburg, Erika Reichert aus Weißenburg und Nina Meyer aus Göttingen. *Manfred E. Fritsche*

Geben, statt zu nehmen

Zur 20-jährigen Geschichte des deutschen Dachverbands Ermland-Masuren

Zur abschließenden Berichterstattung über das Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen) druckt die *PAZ* im Folgenden die Rede von Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, vom 15. Juni ab:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Marschall, sehr geehrter Herr Woiwode, sehr geehrte Abgeordnete aus Sejmik, Kreistagen und Stadträten, sehr geehrte Frau Klein, lieber Heinrich Hoch, liebe ostpreußische Freunde und liebe Freunde Ostpreußens!

Ich überbringe Ihnen die Grüße und guten Wünsche der Landsmannschaft Ostpreußen und der in ihr zusammengeschlossenen 250000 Ostpreußen, in deren Namen ich dem Dachverband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren ganz herzlich zum 20. Geburtstag gratuliere.

Das Gebiet der gleichnamigen heutigen Woiwodschaft und damit der Einzugsbereich des Dachverbandes ist größer: Es umfasst neben dem Ermland und neben Masuren insbesondere auch das Oberland, zu dem auch Osterode gehört, und das Bartener Land rund um Bartenstein.

Der Bereich der heutigen Woiwodschaft war bis 1945 Heimat von rund eineinhalb Millionen deutscher Ostpreußen. Die heute hier noch lebenden rund 10000 Deutschen, die größtenteils in den im Dachverband zusammengeschlossenen Vereinen organisiert sind, sind nach den Wirren der Zeiten davon übrig geblieben. Die übergroße Mehrheit – soweit sie Krieg und Nachkriegszeit überlebt hatte – musste Ostpreußen verlassen.

Dieser Verlust der Heimat vor mehr als einem halben Jahrhundert hat bei den Betroffenen Traumatisierungen hinterlassen, die bei den Überlebenden fortdauern und die sich auf Kinder und Enkel übertragen haben.



Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen: Stephan Grigat

Bild: Gladkowska

Gemeinsam mit der Liebe zur Heimat ist es die Suche nach dem eigenen mit dem unverwechselbaren Ostpreußen verbundenen „Ich“, das die Menschen nicht loslässt und auch nach so vielen Jahrzehnten immer wieder in die Heimat zurückbringt und nicht selten die bereits im Westen geborenen – wie mich – nachzieht.

»Führen, wo Führung nottut«

Und diejenigen, denen das Schicksal ermöglicht oder auferlegt hat, hierzubleiben, sehnen sich nach der Begegnung mit Ostpreußen, die durch Flucht, Vertreibung und Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland für sie in gleicher Art die Brücke zu Deutschland bilden wie die hier lebenden Angehörigen der Deutschen Minderheit für die in Deutschland lebenden Ostpreußen die Brücke zur Heimat sind.

Das macht die besondere Zusammengehörigkeit zwischen den Ostpreußen hier und dort aus.

Dieser Zusammenhalt zwischen den Ostpreußen und die Liebe und Fürsorge zur Heimat richtet sich, das sei noch einmal klar gesagt, gegen niemanden.

Die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen kommen nach Ostpreußen nicht, um etwas zu fordern, sondern um etwas zu geben, um gemeinsam mit den Menschen vor Ort zum Wohle des Landes, seiner Kultur und seiner Menschen zu gestalten und dafür ihr Wissen und ihre Erinnerung und ihre sonstigen Möglichkeiten einzusetzen.

Deswegen konnte der Dachverband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren mit seinen rund 20 deutschen Vereinen bislang immer auf die Hilfe und die Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen rechnen. Und das wird auch so bleiben.

Liebe Ostpreußen, liebe Landsleute, liebe Freunde – Sie können sich dieser Hilfe und Unterstützung durch die Landsmannschaft Ostpreußen und ihrer Kreisgemeinschaften auch in Zukunft sicher sein.

20 Jahre Dachverband sind eine Erfolgsgeschichte.

Diejenigen von uns, die sich noch an die Zeit vor 1989 erinnern können, wissen, welch' großes Glück und welch' großen Erfolg das vergangene Vierteljahrhundert mit sich gebracht hat. Das Ende des Kommunismus in Europa hat das Ende der Spaltung des alten Kontinents und die Freiheit für die Menschen in Osteuropa und die Ausdehnung der Europäischen Union, Stabilität und Wohlstand mit sich gebracht.

Von wie viel Furcht, Skepsis und Misstrauen waren die Gründungen der ersten deutschen Vereine in Ostpreußen begleitet und wie harmonisch und problemlos ist die Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden heute.

Das Miteinander von Volksgruppen, Minderheiten und kommunalen und staatlichen Stellen – und auch unserer Landsmannschaft – hat Vertrauen und Gemeinsamkeit geschaffen. Hierauf kann und wird noch vieles aufgebaut werden. Politik wird von Menschen gemacht, Vertrauen wird von Menschen geschaffen.

Kein Verband, keine Einrichtung könnte existieren ohne Menschen, die begabt und guten Willens sind, anzupacken, zu gestalten und auch zu führen, wo Führung nottut.“

Licht und Schatten

Sommerfest bot auch Exotisches

In dem Amphitheater am Drewenzsee fand dieses Jahr das Sommerfest des Verbandes der deutschen Gesellschaften im südlichen Ostpreußen statt. Bei wunderschönem Wetter eröffnete das Osteroder Stadtorchester das kulturelle Programm. Das Publikum konnte jedoch die Veranstaltung im Schatten genießen, da das Objekt überdacht ist. Das Wetter, der See und die in der Nähe liegende Burg des Deutschen Ordens schafften eine sehr schöne Szenerie für das Fest der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

So wie jedes Jahr präsentierten sich auch diesmal die Gruppen aus den deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Einen hervorragenden Auftritt hatte die Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein. Die Gruppe existiert seit 1994 und wird von Danuta und Dorota Niewegłowska geleitet. Die Jugendlichen tanzen vor allem die ostpreußischen Tänze, aber für das 20. Jubiläum des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren hatten sie extra noch eine Überraschung vorbereitet, nämlich einen orientalischen Tanz, was für große Begeisterung beim Publikum sorgte.

Bartensteiner tanzten orientalisch

Als Gast wurde die Tanz- und Gesanggruppe Dialog aus Dyloken in Schlesien eingeladen. Die Schlesier haben sich mit ihren reichen und bunten Trachten ausgezeichnet. Einen Gastauftritt hatte auch die Tanzgruppe „Bernsteinblume“ aus Königsberg. Auch dieses Jahr standen zahlreiche Sängerinnen und Sänger auf der Bühne, um die Leute zu unterhalten.

In den vergangenen 22 Jahren hatten stets ein oder mehrere Busse mit Ostpreußen aus Mecklenburg-Vorpommern unter der Leitung des Landesgruppenvorsitzenden Manfred Schukat am Sommerfest teilgenommen, und auch diesmal waren sie wieder dabei.

Die deutschen Vereine aus dem südlichen Ostpreußen boten den Besuchern Unterhaltung mit ihren Chören. Es kamen aus Allenstein „Vaterhaus“ und als Vertreter der jungen Generation „Ermiband“, aus Lötzen „Stimme der Heimat“ und aus Heilsberg „Ermland“ sowie die Gesanggruppe aus Peitschendorf. Die Osteroder Gesellschaft war durch die Jugendgruppe „Tannen“ repräsentiert, die Schlager singt. Auf der Bühne traten auch die Preisträger des Wettbewerbs der deutschen Lieder auf, der eine Woche vor dem Sommerfest in Osterode stattgefunden hatte. Es war die Gruppe Ela und kapela und Mateusz Gawrolinski aus Wengoyen mit dem Schlager „Griechischer Wein“.

Das Osteroder Sommerfest hatte auch Klaus Lüttgen besucht. Er hat am 1. April dieses Jahres sein neues Projekt „Mein langer Weg nach Hause“ gestartet. Seine Mutter Grete Hedwig Maass ist am 25. September 1920 in Usch bei Schneidemühl [Pila] zur Welt gekommen. Die Mutter und ihre Familie gehörten zu den vielen Flüchtlingen, die damals im Krieg ihre Heimat verlassen mussten. Lüttgen weiß nicht viel von seiner Mutter, weil sie bereits im August 1963 verstarb. Nur ein zwei Bilder hat er noch in Erinnerung. Er machte sich zu Fuß auf den Weg in die Heimat seiner Mutter, um herauszufinden, wo genau sie vor dem Zweiten Weltkrieg gelebt hat. Am 1. April startete Lüttgen vom Kölner Dom um 1500 bis 2000 Kilometer zu Fuß zu schaffen. Er möchte mehr über die Menschen in der Republik Polen und das Land erfahren. Darum geht seine Wanderung zunächst an der Küste entlang bis Danzig, quer durch Masuren bis hinauf zur Rominter Heide nach Goldap an die russische Grenze.

Die Besucher konnten an einem historischen Wettbewerb teilnehmen, bei dem sie Fragen zu Ostpreußen beantworten mussten, und für die Kleinsten gab es auch eine Schiffsfahrt auf dem See. Traditionell wurde zu Mittag Erbsensuppe serviert. *Edyta Gladkowska*

Überraschten mit einem orientalischen Tanz, der für große Begeisterung beim Publikum sorgte: Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein

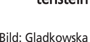


Bild: Gladkowska



Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens: Stephan Grigat und Heinrich Hoch (von links)

Bild: Schukat



Mit einer Friedensfahne: Manfred Schukat und Heinrich Hoch (von links)

Bild: Gladkowska

Ein Hoch auf Hoch

Laudatio zur Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

Heinrich Hoch wurde am 4. März 1950 als Sohn deutscher Eltern in Osterode (Ostpreußen) geboren. Die Schulzeit in seiner Heimatstadt und in Allenstein beendete er mit dem Abitur. Im oberländischen Mohrungen leistete Heinrich Hoch den Wehrdienst ab. Nach seiner Ausbildung arbeitete er 21 Jahre lang in der Sozialabteilung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft. Infolge der politischen „Wende“ in Ostmitteleuropa musste sich Heinrich Hoch beruflich neu orientieren. Seit dieser Zeit ist er in der Hotelbranche, als Reiseleiter und Fremdenführer tätig.

In seiner Freizeit ist Hoch ein begeisterter Sportler, der mehrfach ausgezeichnet wurde. Er spielte unter anderem Fußball und leitete zeitweise den Osteroder Sportverein. Die Tischtennismannschaft des Deutschen Vereins in Osterode, der auch seine Schwester Ingrid angehört, führte er in die Amateurliga.

Nach dem Tode seiner ersten Frau hat Heinrich Hoch ein zweites Mal geheiratet. Er ist Vater einer Tochter und Großvater einer Enkeltochter.

In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war Heinrich Hoch einer der Gründer des Heimatmuseums in Osterode. Seit 1996 ist er Vorsitzender des Deutschen Vereins „Tannen“ in Osterode und seit 2004 Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM). Es ist ihm gelungen, den Dachverband Ostpreußen in schwierigen Zeiten wieder in ruhigere Bahnen zu lenken.

Die im zweijährlichen Wechsel mit der Landsmannschaft Ostpreußen durchgeführten Ostpreußischen Sommerfeste des VdGEM sind unter Heinrich Hoch zu zentralen Veranstaltungen für alle heimatverbliebenen Deutschen in der Region herangewachsen, die bis in die Bundesrepublik Deutschland ausstrahlen. So nehmen seit vielen Jahren auch Reisegruppen der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern und Kreisgemeinschaften der LO an diesen Zusammenkünften teil. Die Sommerfeste sind aber auch ein Symbol für das friedliche Zusammenleben von Polen und Deutschen und ein Ausdruck für die Bedeutung der deutschen Volksgruppe.



Heinrich Hoch

Bild: Gladkowska

Die Veranstaltung des Jahres 2011 im Allensteiner Amphitheater war ein deutliches Zeichen dafür, dass die deutschen Vereine in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und von ihren polnischen Mitbürgern voll anerkannt werden.

Seit eineinhalb Jahren vertritt Heinrich Hoch den VdGEM als für den ganzen Norden der Republik Polen zuständiges Vorstandsmitglied im VdG Oppeln. Er repräsentiert damit alle heimatverbliebenen Landsleute zwischen Stettin und Goldap.

1998 wurde Heinrich Hoch in den Stadtrat von Osterode gewählt. Als langjähriger stellvertretender Ratsvorsitzender und heutiger Präsident dieses Gremiums verfügt er über ausgezeichnete Kontakte zu allen Ebenen der polnischen Administration. Er ist sowohl mit den örtlichen polnischen Gebietskörperschaften als auch mit nichtstaatlichen Organisationen bestens vernetzt. An der Entstehung der Partnerschaftsverträge zwischen der Kreisgemeinschaft Osterode (Ostpreußen) sowie den Städten und Gemeinden im heutigen polnischen Kreis Osterode war er maßgeblich beteiligt.

Heute ist Heinrich Hoch der anerkannte Repräsentant der Deutschen in der Woiwodschaft Ermland und Masuren, das Gesicht der deutschen Volksgruppe in der Region Allenstein.

Heinrich Hoch hat für seine umfangreiche ehrenamtliche Arbeit zahlreiche Ehrungen erhalten. Das polnische Kulturministerium verlieh ihm eine Auszeichnung für Kulturarbeit.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Heinrich Hoch das Goldene Ehrenzeichen.

Auf Kurs nach Danzig

Die Ostseemetropole vom Meer aus angesteuert – An Bord des Segelschiffs »Star Flyer« erlebt man nostalgische Gefühle

Wie früher die Hanseleute, nur schneller, komfortabler und entspannter: Eine Seefahrt nach Danzig kann auch an Bord eines Kreuzfahrtseglers gewinnbringend sein – an Erfahrung.

Helle Sonne, dunkle Wolken, der Wind pfeift in der Takelage des Seglers. Die Windstärke beträgt sieben Beaufort, damit macht ein Segler wie die „Star Flyer“ gute Fahrt. Es ist pure Segelromantik. 3365 Quadratmeter Segeltuch kann der Kreuzfahrtsegler an seinen vier bis zu 63 Meter hohen Masten setzen, doch diese volle Fläche hat Kapitän Jürgen Müller-Cyran bei solchen Wetterverhältnissen nicht ausgenutzt. Zuviel Krängung, wie Seeleute die Schieflage eines Seglers um die Längsachse bei starkem Wind nennen, beeinträchtigt nicht nur das Wohlbefinden der Gäste an Bord, sondern lässt auch die schön dekorierten Platten über das Buffet rutschen und macht die Wege durch das Schiff zur Klettertour. Außerdem macht zu viel Krängung die Segelfläche unwirksam, es sieht nur sportlich aus, bringt aber keine zusätzliche Geschwindigkeit.

Ein größeres Tempo ist auch gar nicht gefragt, denn die einzelnen Tagesabschnitte, von Seefahrern auch „Etmale“ genannt, sind so geplant, dass Eile nicht notwendig ist. Denn auch so bleibt ausreichend Zeit für Segelerlebnisse auf See und Landausflüge.

Wer bei einem Viermaster an die Seefahrt zu großen Zeiten der Windjammer denkt, an unkomfortable Unterkunft und karges Essen, der wird an Bord der 115 Meter langen „Star Flyer“ positiv überrascht. Das Schiff wurde 1992 in Fahrt gebracht und ist ausschließlich für anspruchsvolle Kreuzfahrtgäste konzipiert. Die Kabinen sind zwischen neun und 21 Quadratmeter groß, sie haben alle eine eigene Nasszelle. Bei maximal 170 Passagieren an Bord kommt auch kein Gedränge auf, man fühlt sich eher wie ein Gast auf einer großen Privatjacht. Dazu tragen auch die exklusive Inneneinrichtung und der hohe gastronomische Standard bei.

Während die „Star Flyer“ ihre Bahn durch die im Sonnenlicht glitzernde Ostsee zieht, ist auf der Steuerbordseite ein langgestreckter flacher und bewaldeter Landrücken zu sehen, die Halbinsel Hela. Wenig später ändert Kapitän Müller-Cyran den Kurs auf Süd, nächster Hafen ist Gdingen [Gdynia], das erst in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zum Seehafen ausgebaut wurde, was zu politischen Verwicklungen zwischen Deutschland, Polen und dem nach den Versailler Verträgen über Danzig bestimmenden Völkerbund führte.

Heute hat Gdingen die einst so bedeutende Hafenstadt Danzig überflügelt, größere Schiffe nutzen sie als Liegeplatz. So auch die „StarFlyer“. Nach Danzig, dem eigentlichen Ziel dieses Kreuzfahrttages, führt daher die Fahrt mit dem Bus durch das Industriegebiet zwischen den Städten Gdingen, Danzig und Zoppot. Sie endet vor dem Grünen Tor, an der Brücke über die Mottlau. Für die Besichtigung der Altstadt ist der Bus überflüssig, wer will, kann sich einem von kundigen Stadtführern geleiteten Spaziergang anschließen oder den Bereich zwischen dem Grünen Tor, dem Goldenen Tor, mit dem Langen Markt, der Marienkirche, der Frauengasse ebenfalls zu Fuß auf eigene Faust erschließen.

Beim Anblick der geradezu museal wirkenden Straßen und Gassen erscheint es einfach unvorstellbar, dass all dies nicht erhaltene alte Bausubstanz ist, sondern nach den Zerstörungen des Krieges, als kaum noch ein Stein auf dem anderen stand, nach historischem Vorbild neu aufgebaut wurde.

So kann man wieder erleben, wie der Neptunbrunnen vor dem Artushof sprudelt, das Wahrzeichen der Stadt, das deutlich macht, dass die Menschen hier zwar vom Meer leben, dessen Reichtum aber an Land gewandelt wurde. So auch im Artushof, wo sich die Patrizier trafen und ihre Handelsbeziehungen pflegten. Wie viel Geld das in die Stadt gebracht hat, bezeugen die prächtigen Fassaden der Patrizierhäuser am Langen Markt mit ihren allegorischen Darstellungen.

Der beliebteste Weg sich der Marienkirche zu nähern, führt durch die romantische Frauengasse mit ihren Beischlägen, den Terrassen vor den Haustüren. Hier liegen in nahezu jedem Schaufenster kunstvolle Arbeiten aus Bernstein, vom kleinen Schmuckstück bis hin zum Gebrauchsgegenstand. Mächtig erhebt sich daneben der 78 Meter hohe Turm der Marienkirche mit der charakteristischen Doppelspitze über den schmalen Straßen. Die Kirche kann theoretisch bis 25 000 Menschen fassen und gehört zu den größten gotischen Sakralbauten Europas. Geradezu zierlich wirkt daneben die barocke Königliche Kapelle mit ihren Kuppeln und der rötlichen Fassade.

Unübersehbar ist das Krantor an der Mottlau. Mit den gewaltigen Laufrädern konnten die Kaufleute der damaligen Zeit bis zu vier Tonnen schwere Lasten elf Meter hoch heben. In dem Turm ist heute auch das polnische Schifffahrtsmuseum untergebracht.

Wer eine Ruhepause braucht oder zu viel der Eindrücke hat, kann eine Rast in den Cafés entlang der Mottlau einlegen, die man durch das Frauentor oder das Brotbänketor erreicht. Von dort aus hat man die Speicher auf dem gegenüberliegenden Flussufer im Blick. Andere Danzigbesucher wiederum sind der Meinung, man müsse unbedingt das traditionsreiche Lokal „Lachs“ besuchen, in dem es ausschließlich Fischgerichte gibt und in dem 1598 das Getränk „Danziger Goldwasser“ kreiert wurde.

Für ein ausgiebiges Essen aber ist den meisten Kreuzfahrtgästen ein Tagesausflug zu kurz. Außerdem wartet ja an Bord wieder das ausgiebige Abendessen auf der „Star Flyer“ mit seinen kulinarischen Höhepunkten. *Eigel Wiese*

Die „Star Flyer“ unternimmt – neben anderen Ostsee-Touren – am 11. August eine weitere Fahrt nach Danzig: Informationen unter: www.starclippers.com.



Ungewöhnliche Aussicht einer Kreuzfahrt vom Bug aus gesehen: Die „Star Flyer“, wie sie die Ostsee „durchpflügt“. Unten: das Reiseziel Danzig mit dem Krantor an der Mottlau

Bilder (2): Wiese

Fest im Sattel

Freie Radfahrt durch Europas letzte Diktatur – Eine Reise auf Drahteseln durch ein erstaunlich weltoffenes Weißrussland

Bei uns herrscht Ordnung im Land: Diesen Leitsatz von Staatspräsident Alexander Lukaschenko spürt man schon bei der Einreise, ist doch das Verbot, Geldscheine in Pässe zu legen, deutlich ausgeschildert.

Es scheint auch ohne Trinkgeld relativ zügig zu klappen beim Übergang in Bruzgi von Polen nach Weißrussland. Wir müssen dem Zollbeamten nur nicht exakt begründen, warum wir als Fahrradgruppe zwei Begleitfahrzeuge brauchen und nicht eines. Dann sind wir drin, in der letzten Diktatur Europas. Flankiert von Getreidewüsten radeln wir auf auffallend guten Straßen ohne Autoverkehr gemütlich dahin. Immer wieder tauchen auf Bushäuschen naiv gemalte einheimische Tier- und Pflanzenarten auf. Im ersten Lebensmittelgeschäft sieht es aus wie in einem Spielzeugladen. Eine leuchtend rote Wage, dazu passende rote Regalrahmungen, Decke und Wände sind schön milchverglast. All das hat etwas Liebevolles an sich und wir sind uneins darüber, ob es sich dabei um Dekor oder um Aufweichung des lukaschenkoschen Ordnungsbegriffs handelt.

Im 250 000 Einwohner zählenden Grodno sind die Laternenkandelaber zur Feier des Unabhängigkeitstages am 3. Juli mit rot grünen Farben geschmückt. Adrett gekleidete junge Paare schieben im ruhigen Gleichschritt Kinderwagen herum. Die Fassaden sind gepflegt und das nicht nur am zentralen Platz Sowietskij.

Für Nichtliebhaber von Hundekot stellt sich ein kurzer Hauch von Sehnsucht ein, die aber in den nächsten Tagen zurechtgerückt wird. Stadtführer Sergej führt uns von der barocken Jesuitenkirche über laut trällernde Ampeln zum Drama-Theater. Die Mischung aus Neoklassizismus und Jugendstil ist der künstlerische Stolz der Stadt. „Wir haben zur Zeit eine Interpretation von „Des Kaisers neue Kleider“ im Programm, die unseren Präsidenten aufs Korn nimmt“ verkündet er. „In der Geschichte starren die Leute den Kaiser mitsamt seinen nicht vorhandenen Kleidern an, im Stück wenden sie sich zum Schluss einfach von ihm ab“, was wohl als Systemkritik verstanden werden kann.

„Wieweit darf man hier im Land gehen, darf man Lukaschenko offen kritisieren?“, fragen wir. „Das“, meint Sergej, „tut man am besten in der Küche oder im Wald.“ Am Nachmittag sitzen wir wieder auf dem Sattel. Es geht durch den Biarezinski-Nationalpark. Die Strecke ist sehr schön. Aus Wiesen herausschießendes Buschwerk verdichtet sich bis zum Horizont hin zu endlosem Grün. Wälder fluten immer wieder zurück und geben einsame Gehöfte frei. Hier gingen im Dezember 1812 die Reste von Napoleons „Grande Armee“ über die Beresina, was infolge von Kosakenangriffen zu einer mörderischen Massenpanik geriet. Tolstoi hat dieses in „Krieg und Frieden“ beeindruckend festgehalten.

Wir radeln durch eines der vielen hölzernen Dörfer, vorbei an bunten Fassaden, Blumen, Bänken und erstaunt blickenden Menschen. Wir machen Fotopause am schönsten, an einem See gelegenen Haus. Kaum sind die Auslöser gedrückt, platzt aus dem Vorgartenidyll ein wütendes Rumpelstilzchen heraus. „No photo, no photo.“ Es greift nach einer Kamera. Wir strampeln fluchtartig über den Sandweg. Es kommt zu Stürzen, einer flucht, die andere scherzt: „So kann ich sagen, ich bin bei der Beresina gefallen“. – „Das war eine Funktionärs-Datscha, ein kleiner Vorgeschmack, was passiert, wenn man in Minsk den Präsidentenpalast fotografiert“, erklärt unser Reiseleiter.

Durch die 1,8-Millionen-Metropole Minsk führt ein Radweg an Seen und Parks entlang. Von der historischen Altstadt hat der Krieg wenig übriggelassen. Heute dominieren breite Boulevards im Stil stalinistischer Zuckerbäckerei, die aber ihren eigenen illuminierten Charme haben. Es fällt eine gewisse Janusköpfigkeit auf. Neben monumentalen Fenstergebirgen gibt es Verspieltheiten wie etwa die Tänzerinnen vor der Bolschoi-Oper oder das ergreifende Denkmal der trauernden Mütter der Afghanistan-Gefallenen auf der „Insel der Tränen“.

Wir können uns per Rad auf den Bürgersteigen und in den Parks vollkommen frei bewegen, weil wir Rücksicht nehmen. In dem Fontänenspringbrunnen vor der Oper planschen Kinder mitsamt ihren Fahrrädern herum. Polizei ist weit und breit keine zu sehen. Die „Galerie Y“ an der „Vulitsa Niezallezhnasci“ ist Buchladen, Bildergalerie und Treffpunkt der Künstlerszene der Stadt. Hier werden nicht nur T-Shirts mit dem Aufdruck „Belarus-error, not found“, sondern auch avantgardistische Malerei und kritische Bücher angeboten.

Warum lässt das Regime diesen Freiraum zu? Ist es so, dass, wie die Galeristin Nadja Selenkowa sagt, man eine Art Pakt eingegangen ist? „Wir beraten, wenn sich unser Land im Ausland kulturell präsentiert, bei Ausstellungen oder der Betreuung unserer Kulturattachés. Dafür haben wir gewisse Freiheiten.“ Oder leistet sich das System ein kleines Ventil für Kritik? Im Café nebenan wird jedenfalls leise und doch erstaunlich offen geredet. Man spürt hier die Sehnsucht nach Veränderung. *Michael Lösch*



Invasion der Radler: Fahrt durch bunte Ortschaften

Bilder (2): Lösch



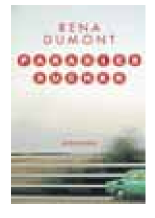
An der Bolschoi-Oper in Minsk

Geführte Fahrradreisen durch Weißrussland bietet der polnische Veranstalter „Bird-Service“ (www.bird.pl) an. „Semiramis Tour“ (www.semiramistour.com) hat sich auf Bildungs- und Studienreisen spezialisiert. „Go east“ (www.goeast.de) bietet vielerlei Reisen nach Weißrussland einschließlich Flüge nach Minsk an.

Als Reiseführer ist „Weißrussland entdecken“ von Evelyn Scheer aus dem Trescher Verlag zu empfehlen.

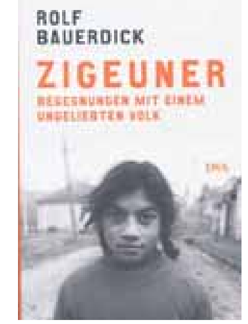
Plötzlich Asylbewerber

In dem Roman „Paradiessucher“ lebt die 17-jährige Schülerin Lenka Hrózová mit ihrer Mutter in einer tschechischen Kleinstadt. Die Handlung spielt in den 80er Jahren. Nachdem Lenka von der Schauspielschule, bei der sie sich beworben hatte, eine Absage bekommt, hält sie nichts mehr in der tristen sozialistischen Kleinstadt. Für den Leser liegt es auf der Hand, dass nicht mangelndes Talent, sondern der von Lenka für das Vorsprechen gewählte Text eines US-Schriftstellers Schuld an der Absage ist. Wild entschlossen, ihr persönliches Paradies zu finden, welches sie im Westen wähnt, kommt Lenka die Genehmigung eines Visums für sie und ihre Mutter, um Verwandte in Deutschland zu besuchen, wie gerufen. Relativ herzlos informiert die 17-Jährige ihren Freund über die Tatsache, dass sie und ihre Mutter das Visum als „One-way-Ticket“ nach Deutschland nutzen wollen, um dort das ersehnte freie Leben führen zu können, mit West-Jeans und freiem Zugang zur Zeitschrift „Bravo“. Doch der Weg über die Grenze gestaltet sich schwieriger als gedacht, von der Tatsache, dass weder Lenka noch ihre Mutter der deutschen oder englischen Sprache mächtig sind, ganz abgesehen. Die beiden Abenteurerinnen landen dann erst einmal in einem Asylbewerberheim in Königssee.



Die Hauptfigur Lenka ist dem Leser von Beginn des Buches sympathisch. Unangepasst, mutig und fordernd, stellt sie sich zunächst den sozialistischen Normen und später den westlichen Formalitäten entgegen, stets kampfbereit und mutig. Auch die tschechische Autorin Rena Dumont, geborene Zednikova, kam Ende der 80er mit ihrer Mutter über die Grenze nach Deutschland. Der Roman „Paradiessucher“ gibt ihre Erlebnisse in ihrer Heimatstadt Proßnitz [Prostejov], im Asylbewerberheim Königssee und wie es nach der Genehmigung des Asylantrags weitergeing wieder. Kurzweilig und manchmal verblüffend sind die kuriosen Geschichten am Rande der Erzählung. Mit dem Buch „Paradiessucher“ gibt die Autorin ein humoriges Romandebüt zu einem ernsten Thema. *Vanessa Ney*

***Rena Dumont: „Paradiessucher“**, Carl Hanser, München 2013, broschiert, 304 Seiten, 14,90 Euro*



Ohne jede politische Korrektheit

Autor recherchierte zwei Jahrzehnte über Zigeuner und kommt zu erhellenden Erkenntnissen

Man benötigt nicht viel Phantasie, um zu erahnen, dass der Autor Rolf Bauerdick nicht zu den Lieblingsschreibern von Romani Rose, dem seit 1982 amtierenden Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, gehört. Es fängt schon damit an, dass Bauerdicks neues Buch den Titel „Zigeuner. Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“ trägt. Für Rose ist Zigeuner ein diskriminierender Begriff, obwohl der Autor betont, dass die meisten Zigeuner, die er in den vergangenen 20 Jahren für seine Recherchen und Reportagen besucht hat, sich selber als Zigeuner bezeichnen. Auch kommt Roses Zentralrat bei dem Journalisten nicht gut weg. Bauerdick kritisiert, dass dieser die von ihm vertretene Klientel stets als Opfer darstelle, und das habe das stolze Volk nicht verdient. Und dann schildert der Autor, wie er die Zigeuner bei seinen vielen Kontakten kennengelernt hat. Und das, was er schreibt, ist nicht nur für Rose, sondern auch für die politisch Korrekten ein Schlag in ihre Weltanschauung, die der Autor übrigens in einem Kapitel seziert und zugegeben auch der Lächerlichkeit preisgibt.

Bauerdick erzählt, dass die Zigeuner Nicht-Zigeuner Gadsche nennen, was Dummkopf, Bauer oder Feind bedeutet. Trotzdem sei er stets freundlich empfangen worden. Und so konnte er sehen, wie 1990 in Rumänien zahlreiche Zigeuner die Häuser der gen Deutschland ziehenden Siebenbürger Sachsen für wenig Geld erhielten, doch nur wenige Monate später hatten sie die Häuser ruiniert. Die Roma verheizten laut dem Autor ihre Häuser im wahrsten Sinne des Wortes: Türen, Fußböden und Dachbalken verschwanden in den Öfen. Dann erzählten ihm die Roma vom Rassismus der Rumänien, die sie angeblich nicht unter sich haben wollten. So hätten sie zum Beispiel die Miete für den Gemeindesaal erhöht. Die Rumänen hingen betonten, dass die Hälfte des Geldes nur Kaution sei, würde der Saal heil verlassen, gäbe es das Geld zurück, doch leider sei das bei den Roma nie der Fall, Stühle, Tische und Fenster würden demoliert, Glühbirnen gestohlen.

Angetan war Bauerdick von der Weisheit der Roma, die ihm erklärten, ihre Häuser seien deshalb so oft Rohbauten, denn: „Ist dein Haus fertig, bist du tot“. Darauf die rumänischen Nachbarn: „Ist dein Haus fertig, verlangt der Staat hohe Steuern.“

Oft klagten die Zigeuner vor Bauerdick über der Ablehnung und den Rassismus, unter denen sie zu leiden hätten. Allerdings kommt der Autor zu dem Schluss, dass sie die Verantwortung hierfür auch bei sich selber suchen sollten. Nicht nur, dass Zigeuner sehr oft Anlass dazu gäben, sie abzulehnen, auch blokkierten sie sich selber. Zu oft traf der Reporter auf Zigeuner, die ihr Geld damit verdienten, andere Zigeuner auszubeuten. Von den Gewinnen bauten sie sich aus westlicher Sicht kitschige Paläste, kauften sich teure Autos und ließen dafür Angehörige ihres Volkes betteln, stehlen oder sich prostituieren. Und da viele Zigeuner Analphabeten seien, so gut wie keine Bildung besäßen und sich oft genug ihren Verstand wegsoffen, lehnten sie sich nicht gegen diese Ausbeutung auf, die sie zudem auch als Teil ihrer Tradition betrachteten, so Bauerdick.

Zigeuner sind selbst ihr größtes Problem

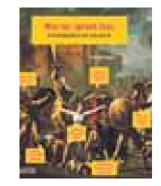
Manchmal möchte man bei der Lektüre des Buches einfach nur heulen; nicht wegen der Zigeuner an sich, sondern wegen ihrer Kinder. So erzählte eine Roma dem Autor, dass sie eigentlich noch ein Kind mehr als die vielen, die er sehe, gehabt habe. Doch der liebe Gott habe die kleine Luise zu sich genommen, da die Dreijährige so schön und rosig gewesen sei. Quatsch, sagten die rumänischen Nachbarn, die Kleine sei im Winter nackt herumgelaufen und daher an einer Lungenentzündung gestorben. Den Vorwurf entkräftete die Roma-Mutter mit dem Hinweis, dass sie, weil sie so arm seien, sich keine warme Kleidung könnten. Darauf verwiesen die Nachbarn auf die Caritas, die den Roma tonnenweise Altkleider zur Verfügung stelle, doch diese verkaufe die Sippe auf dem Markt, um sich dafür Schnaps zu kaufen. Und um die Beerdigungskosten zu sparen, habe die Familie zudem den Leichnam Luises im Hospital zurückgelassen.

Bauerdick kritisiert Soziologen, die behaupten, Wahrsagen, Diebstahl, Betteln, Heimatlosigkeit und Religionslosigkeit seien antiziganistische Konstrukte. Wie erklärten sich diese Wissenschaftler dann, dass in ungarischen, rumänischen und bulgarischen Gefängnissen viel mehr Zigeuner säßen, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspräche? Alles Rassismus? Wobei Bauerdick überzeugt ist, dass einige dieser Staaten den wirklichen Rassismus befeuern und nennt einige interessante Details für seine gewagte These.

Bauerdick schreibt über Ungarn, bei denen ein Ehepaar nicht gemeinsam in die Kirche gehen kann, weil einer immer daheim bleiben muss, damit sie während des Kirchgangs nicht ausgeraubt werden. Er zitiert Lehrer, die Verständnis für Nicht-Zigeuner haben, die ihre Kinder aus der Schule abmelden, weil die Zigeunerkinder ständig Läuse und Krätze hätten und die anderen Kinder ansteckten. Außerdem seien die Zigeunerkinder oft ungewaschen und stänken. Zudem sei das Lernniveau sehr niedrig. Allerdings schickten viele Zigeuner ihre bis zu 15 Kinder nicht in die Schule, da sie darin keinen Sinn sähen. Den Beruf des Bettelns könne man auch so ausüben, so beispielsweise die Familie Szekelys, die immerhin die Einnahmen ihrer privaten Betteltouren in Frankreich in die Renovierung ihres Hauses investiert.

Allein Bauerdicks Beschreibungen der Duisburger Zigeunerszene bieten zahlreiche Beispiele dafür, dass das von ihm gewählte Thema äußerst umfassend ist. Einfache politische Antworten auf die Problematik, mit der sich die deutsche Gesellschaft immer mehr befassen wird, gibt es also nicht. Zwar sind die abschließenden Äußerungen offenbar ein Tribut an die politische Korrektheit, aber der große Rest ist einfach äußerst erhellend. *Rebecca Bellano*

***Rolf Bauerdick: „Zigeuner. Begegnungen mit einem ungeliebten Volk“**, DVA, München 2013, gebunden, 350 Seiten, 22,99 Euro*



Sprachmuseum in unserem Kopf

Historiker beleuchtet Redewendungen nach ihrer Herkunft – Antike und Mittelalter sind gegenwärtig

Dass wir sprachlich nicht im luftleeren Raum agieren, wenn wir kommunizieren, ist klar. Dass man sich beim Sprechen aber in einer Art „historischem Museum“ befindet, erstaunt ganz gewaltig. Wer das Buch „Was tun, sprach Zeus“ zur Hand nimmt, legt es so schnell nicht wieder beiseite. Ist es doch als eine Art Museumsführer unserer Sprache zu betrachten. Georg Wagner, Historiker und Geschäftsführer der Deutschen Burgenvereinigung, schaltet zum zweiten Mal das Licht an in unserem ureigenen Sprachmuseum.

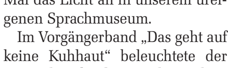
Im Vorgängerband „Das geht auf keine Kuhhaut“ beleuchtete der Autor die Abteilung Redewendungen aus dem Mittelalter. Jetzt schauen wir uns in der Antike um und kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus. Penatencreme auftragen, Musik machen, den Faden verlieren, Cerealien zum Frühstück essen, in Panik geraten, ein Schatten seiner selbst sein: Alles das hat seinen Ursprung in der Antike. Wer da glaubte, es gehe nur um verstaubte lateinische Sprüche, die sowieso kein Mensch mehr versteht und hören will, wird eines Besseren belehrt. Minuten und Sekunden, der berühmte „springende Punkt“ und der „Trumpf in der Hand“ entstammen ebenso dieser scheinbar versunkenen Welt wie das „notwendige Übel“ und – ganz besonders kurios – auch die Nike-Sportschuhe. Die Welt sagt „Naiki“ und rechnet nicht einmal damit, dass es sich dabei um eine griechische Siegesgöttin handelt.

Tagtäglich tummeln wir uns in Sprichwörtern und Redewendungen und haben keine Ahnung, welcher verbalen Mittel wir uns eigentlich bedienen. Das klassische Altertum hat massive Spuren hinterlassen. Grund dafür ist in der enormen Bedeutung zu sehen, die die großen Werke der griechischen und lateinischen Literatur für unsere Kultur hatten. Noch vor wenigen Jahrzehnten lasen Gymnasiasten die Texte von Herodot, Platon, Caesar und Cicero im Original. Ilias und Odyssee gehörten zur klassischen Bildung und junge Menschen eiferten Helden wie Odysseus nach, lange bevor man Raumschiffe in ferne Science-Fiction-Welten schickte und Spiderman sich an Wolkenkratzern entlanghangelte.

Natürlich haben auch unsere Klassiker, Schiller und Goethe, dazu beigetragen, die Sprache mit antiken Begriffen zu bereichern. Über die Bildung der höheren Schichten gelangten die Redewendungen in alle Sprachkreise. Heute sind sie so integriert, dass man den Ursprung nicht mehr erahnt. Selbst in bildungsfernen Nachmittagssendungen privater Fernsehsender geraten Menschen „in Panik“. Dennoch bekommen sie weder Ziegenfüße noch Hörner oder Bärte dabei, denn der griechische Hirtengott Pan stand Pate für diesen Begriff. Im 19. Jahrhundert kam der Begriff „Panik“, so wie wir ihn heute verstehen, über das Französische in die deutsche Sprache.

Eingeteilt in vier Kapitel, erläutert Wagner äußerst humorvoll über 200 Redewendungen aus der griechischen und römischen Mythologie und Geschichte. Der Autor wünscht sich, dass man nach dem Lesen vielleicht einmal wieder die klassischen Texte hervorholt und nach den eigentlichen Quellen sucht. Zu wünschen wäre es, denn lange wartet man schon darauf, der Abteilung „Sag es auf Englisch oder stirb“ ein wenig das Publikum zu entziehen. *Silvia Friedrich*

***Gerhard Wagner: „Was tun, sprach Zeus. Redewendungen aus der Antike“**, Theiss Verlag, Stuttgart 2013, 160 Seiten, 14,95 Euro*





Von Berlin stiefmütterlich versorgt

Porträt der Königsberger Universität zeigt, dass die einst renommierte Hochschule im Deutschen Reich vernachlässigt wurde

Die im Jahr 1544 gegründete Universität Königsberg war nach Rostock (1419) die älteste deutsche Hochschule an der Ostsee. Ihr berühmtester Gelehrter war Immanuel Kant, der den Ruhm der „Albertina“ in alle Welt trug und sie für Studenten gerade aus den östlichen Ländern Europas zu einem zeitweise fast magischen Anziehungspunkt machte.

Der Berliner Wissenschaftshistoriker Christian Tilitzki hat vor zwölf Jahren eine zweibändige, ebenso gerühmte wie auch kritisierte Philosophiegeschichte vorgelegt. Ebenso voluminös wird nun auch sein neues Vorhaben, eine Geschichte der Universität Königsberg von 1871 bis 1945, ausfallen. Jetzt liegt der erste, mehr als 800 Seiten umfassende Band für die Jahre 1871 bis 1918 vor; der zweite soll bis Ende 2014 folgen.

Der Autor hat das Buch nach einer kursorischen Einleitung zur Geschichte der allgemeinen Hochschulforschung in Deutschland in drei Kapitel unterteilt: In die Jahre von der Reichsgründung bis zur Jahrhundertwende, dann von 1900 bis zum Kriegsausbruch 1914, am Ende die Kriegsjahre bis 1918. Jedes Kapitel ist annähernd gleich strukturiert: Einer allgemeinen Darstellung zur geistigen Situation der Zeit folgen Kapitel zur personellen und institutionellen Entwicklung an der Universität.

Die interessantesten Kapitel sind jene zur inneruniversitären Entwicklung, also zu den einzelnen Fakultäten und zu deren Strukturen, zur Besetzung der Lehrstühle und zur Berufungspolitik des Kultusministeriums in Berlin. In unglaublicher Quellen- und Archivarbeit hat Tilitzki mit detektivischem Gespür den Werdegang fast jedes einzelnen Wissenschaftlers verfolgt und oft über biografische Angaben hinaus eine Beurteilung jeweils der wissenschaftlichen Leistung und der politischen Haltung vorgenommen. Der immense Anmerkungsteil lässt nur ahnen, wie intensiv der Autor hier – 586 Personen zählt der „Catalogus Professorum“ (übrigens nur Männer!) – recherchiert hat, eine Leistung, die allein unter dem Aspekt „Fleißarbeit“ kaum ihresgleichen hat.

Albertina: Eng mit Kant verbunden

Das Fazit ist einigermaßen ernüchternd: Ihre Blütezeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte die Universität nicht halten; im Gegenteil, sie geriet nach 1870 mehr und mehr gegenüber anderen Hochschulen ins Hintertreffen. Nach einem, wie man heute sagt, „Ranking“ aus der Zeit um 1900 nahm Königsberg unter den 20 deutschen Universitäten nur den 14. Rang und unter den neun preußischen Hochschulen den sechsten Rang ein. Selbstredend war Berlin die Nummer Eins, aber auch Hochschulen wie Bonn, Breslau, Göttingen (in der Physik), ja sogar Kiel und Greifswald schnitten besser ab. Allerdings: das Landwirtschaftliche Institut in Königsberg erhielt beispielsweise 1898/99 rund 22 600 Mark, das in Bonn-Poppelsdorf bekam 227 000 Mark, dicht gefolgt von Berlin (233 000 Mark), Halle (156 000 Mark) und Breslau (48 000 Mark).

Das vielgerühmte „System Althoff“, also die Politik des Preußischen Ministeriums unter der bestimmenden Ägide des Ministerialdirektors Althoff, zeigte hier seine hässliche Kehrseite: Königsberg interessierte in Berlin nicht, die Hochschule wurde knapp gehalten, erreichte bestenfalls Mittelmaß. Berichte, die Tilitzki bringt, schildern geradezu haarsträubende Zustände in Instituten und Bibliotheken; er erwähnt aber auch uralte, geradezu abschreckend verknöcherte Wissenschaftler. Königsberg war, so Tilitzkis Fazit, ein „stagnierender Bildungsstandort“.

Das auch vom Preis her außerordentliche Buch wird vermutlich nur in wenige Haushalte Eingang finden, wohl aber doch an größeren Bibliotheken, in Instituten und bei regionenbezogenen Vereinigungen. Sollte der zweite Band ebenso materialreich ausfallen, haben wir die einigermaßen kuriose Situation, dass jetzt die Universität Königsberg zu den am besten erforschten deutschen Hochschulen gehört, obwohl es sie als solche gar nicht mehr gibt. *Dirk Klose*

***Christian Tilitzki: „Die Albertus-Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen“**, Band 1: 1871 bis 1918, Akademie Verlag, Berlin 2012, 813 Seiten, 148 Euro*

Alberten

Alberten

Anstecknadeln in Gold oder Silber mit dem Brustbild des Herzogs Albrecht von Preußen, des Stifters der 1544 gegründeten Königsberger Universität. Ursprünglich war der Albertus das Erkennungszeichen der Königsberger Studenten. Sie trugen ihn an Mütze, Hut oder Revers und machten sich damit als Bürger der alma mater Albertina kenntlich. Später wurde er als sichtbares Zeichen der bestandenen Reifeprüfung von den Abiturienten in ganz Ostpreußen getragen.
Auch heute noch lebt diese Tradition fort und viele Abiturienten tragen stolzerfüllt ihren Albertus.



Albertus klein
vergoldet, massive
Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 20 mm, Breite: 17 mm
(ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6645, € 4,95

Albertus groß
vergoldet, massive
Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 32 mm, Breite: 28 mm
(ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6644,
€ 6,95

Niall Ferguson
Der Niedergang des Westens

Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben Der Niedergang des Westens wird seit langem vorausgesagt. Doch heute sind die Symptome dieses Niedergangs nicht mehr zu übersehen: nachlassendes Wachstum, explodierende Staatsschulden, zunehmende Ungleichheit, alternde Bevölkerungen, auseinanderbrechende Sozialgefüge. Aber was genau läuft falsch? Die Antwort sieht Niall Ferguson im Verfall jener vier Säulen, auf denen einst die Weltherrschaft des Westens ruhte: repräsentative Demokratie, freie Marktwirtschaft, Rechtsstaat, Zivilgesellschaft. In seinem klugen, hochaktuellen Buch beschreibt er diesen Verfall und den des westlichen Gesellschaften, sich auf die Kraft dieser vier Säulen zu besinnen. Denn während der Westen verfällt, betreiben einst diktatorische Regime Asiens und der Dritten Welt unter dem Druck der Globalisierung den Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen, öffnen ihre Märkte und bewegen sich auf eine Zivilgesellschaft nach westlichem Muster zu. Will der Westen in der neuen globalen Machtverteilung weiterhin erfolgreich mitspielen, muss er, so Ferguson, dem Niedergang der Institutionen, die ihn mächtig, reich und frei gemacht haben, entgegenwirken und sie wieder zu effizienten Trägern westlicher Macht ausbauen.

Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7237

€ 18,00

Elchschaufel-Manschettenknöpfe



Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Preußen-Schirmmütze

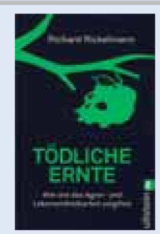


Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Richard Rickelmann
Tödliche Ernte
Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet
Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7239, € 9,99

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

Jürgen P. Fuß
Erdogan - ein Meister der Täuschung

Was Europa von der Türkei wirklich zu erwarten hat Mehr als sechs Jahre haben Jürgen P. Fuß und seine Frau in der Türkei gelebt und dabei Land und Leute kennen gelernt. Im April 2004 gründeten sie die erste deutschsprachige Wochenzeitung für die Türkei. In insgesamt 222 Ausgaben berichtete die "Aktuelle Türkei Rundschau" über die Türkei und kommentierte die politischen Ereignisse. Als Herausgeber und Chefredakteure konnten Fuß und seine Frau hautnah miterleben, wie Recep Tayyip Erdogan den Einfluss der islamisch-konservativen AKP (deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) immer weiter festigte. Gleichzeitig gelang es Erdogan, seine Machtposition innerhalb und außerhalb der Partei so stark auszubauen, dass er mit eigen ihm treu ergebenen Weggefährten mittlerweile alle Fäden des türkischen Staates in der Hand hält.
Bereits 1998 wurde der frühere Istanbuler Bürgermeister Erdogan wegen öffentlichen Zitierens der folgenden Verse zu einer Gefängnisstrafe verurteilt: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Minarette sind unsere Bajonette... die Moscheen sind unsere Kasernen." Erst nach einer Verfassungsänderung konnte Erdogan für das türkische Parlament kandidieren und am 11. März 2003 Ministerpräsident werden. Seit dieser Zeit beherrscht Erdogan die hohe Kunst des Verstellens, Verschleierns und Täuschens als erfolgreiche Methode eines schleichenden Machterwerbs. Fuß' faktenreiche und auf intimer Kenntnis der türkischen Verhältnisse basierende Arbeit zeigt: Erdogan, der aus der radikal-islamischen und autoritären Milli Görüs-Bewegung Erbakans kommt, strebt für die Türkei eine Führungsrolle in Europa, Vorderasien und im Nahen Osten an. Und der Islam soll die alle Lebensbereiche beherrschende Religion werden. Für Fuß gibt es deshalb nur eine zwingende politische Schlußfolgerung: Die Türkei darf nicht Mitglied im europäischen Staatenverbund werden.

Geb., 296 Seiten + 16 Bilderseiten,
Best.-Nr.: 7145

€ 19,80



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst
Oliver Rieckmann empfiehlt...

Udo Ulfkotte
Raus aus dem Euro - rein in den Knast

Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?
Mit einem gewaltigen Propaganda-Tsunami wurde der gerade in Deutschland ungeliebte Euro durchgeboxt. Politiker, die Finanzelite und hochbezahlte Medien-Gurus unterzogen die Bürger einer regelrechten Gehirnwäsche.
Prominente Euro-Kritiker hingegen wurden verleumdet, diffamiert - und vom Verfassungsschutz bespitzelt! An Mahnungen und Warnungen hatte es nicht gemangelt: Renommierte Wissenschaftler, unabhängige Publizisten, verantwortungsbewusste Notenbanker und sogar Politiker, die sich nicht opportunistisch dem Mainstream anpassen wollen - sie alle wiesen rechtzeitig, und wie sich nun im Nachhinein zeigt, äußerst präzise, auf die Risiken des fatalen Euro-Abenteuers hin. Doch warum wurde nicht auf sie gehört? Die große Mehrheit der Deutschen und Österreicher stand und steht dem Euro bis heute skeptisch gegenüber. Wie hat es die herrschende Politklasse gemeinsam mit der Finanzelite dennoch geschafft, die Gemeinschaftswährung gegen den Willen der Bürger einzuführen?
Bestsellerautor Dr. Udo Ulfkotte deckt auf: Die Euro-Einführung wurde von der vielleicht dreistesten Propagandakampagne der Nachkriegszeit begleitet. Wo Politiker verantwortungslos handelten und Journalisten ein mediales Trommelfeuer eröffneten, um die Bürger für den Euro sturmreif zu schießen, wurden Kritiker verunglimpft, diskriminiert und in die rechte Ecke gestellt.

Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7236

€ 19,95

Gutes aus der alten Heimat

Die besten Rezepte aus Böhmen, Ostpreußen, Schlesien Lecker war's, in der geliebten Heimat Ostpreußen, Schlesien und Böhmen stehen für Freude am Essen vieler guter Dinge des täglichen Bedarfs Liebevolle Zubereitung bester Zutaten in traditionellen Rezepten Der Duft einer Lieblingsspeise aus Kindertagen lässt uns in Gedanken heimreisen, und es ist ein Segen, dass viele Rezepte über Generationen überliefert wurden und noch heute zubereitet werden können wie damals.
Lassen wir also die alte Heimat durch den Genuss der Köstlichkeiten ein wenig aufleben und wünschen auch denjenigen, die sie neu entdecken, viel Freude daran und guten Appetit!

Geb.,
304 Seiten
Best.-Nr.: 7234

€ 14,99

Christoph J. Eppler,
Erziehung im Nationalsozialismus

Bündische Jugend - Hitlerjugend - Reformpädagogik Die vorliegende Arbeit untersucht, angeregt u. a. durch die Werke „Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend" und „Hitlers Pädagogen" des Göttinger Erziehungswissenschaftlers Hermann Giesecke, die Geschichte der deutschen Jugend, primär in der Zeit von 1890-1945.

Geb., 774 Seiten
Best.-Nr.: 7233

€ 38,00



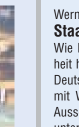
DVD

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



DVD

Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



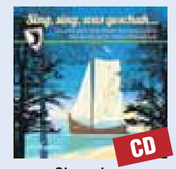


Werner Sonne
Staatsräson?

Wie Deutschland für Israels Sicherheit haftet Seit Jahrzehnten versorgt Deutschland den israelischen Staat mit Waffen aller Art, zumeist unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Umgehung gesetzlicher Bestimmungen. Darüber hinaus gibt es eine enge militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit, deren Ausmaß kaum bekannt ist. Gehört die Sicherheitsgarantie für Israel zur deutschen Staatsräson, wie Kanzlerin Merkel sagt? Erstmals schildert der langjährige ARD-Korrespondent Werner Sonne die intensive militärpolitische Kooperation beider Länder und stellt die weitgehend tabuisierte Frage, wie weit Deutschland im jederzeit möglichen Ernstfall für Israels Sicherheit haftet.
Sonne hat mit den relevanten Insidern - Geheimdienstchefs, Verteidigungspolitiker, Sicherheitsexperten gesprochen und vor Ort in Israel wie auch in deutschen Archiven recherchiert. Er kennt die deutsch-israelischen Beziehungen seit Jahrzehnten, hat führende deutsche Politiker von Genscher über Merkel bis Gauck auf ihren Israel-Reisen begleitet und vielfach über die deutschen Waffenlieferungen an Israel berichtet. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Nahen Osten, insbesondere des atomaren Showdowns zwischen Israel und Iran, ist sein Buch von höchster Aktualität und Brisanz.

Geb., 249 Seiten
Best.-Nr.: 7238

€ 19,99



CD

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

CD

Gesamtspielzeit:
50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



€ 14,95

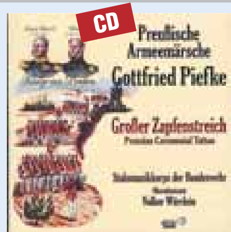


CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



CD

Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch.
Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij;
14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne
23. Abmarsch

Gesamtspielzeit:
46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

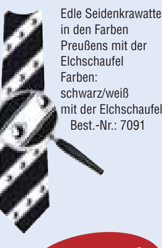
CD

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



€ 17,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte





Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Juni-Aktion*





*gültig so lange der Vorrat reicht

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie kostenlos dazu
1 Ex: Nidden und seine Maler, brosch., 43 S.

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

26/13

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Als »Dänenhure« beschimpft

Kopenhagen – Bei Facebook kursieren Berichte, laut denen muslimische Zuwanderer es sich zum Spaß machen, dänische Frauen mit Kinderwagen zu überfallen. Mit den Worten „Scheiß Dänenhure“ soll eine 34-Jährige angegriffen worden sein. In einem anderen Fall soll ein Kinderwagen, in dem ein sechs Wochen alter Säugling lag, umgeworfen worden sein. In allen Fällen hat die Polizei bisher noch keine Täter ermittelt. *Bel*

Studenten gegen Frauenquote

Berlin – Zwar ergab eine Umfrage des Instituts für angewandte Sozialforschung, dass 65 Prozent der befragten Studenten überzeugt sind, dass Männer in Sachen Karriere im Vorteil seien, doch diese Meinung geht nicht mit der Forderung nach Frauenquoten einher. So sprachen sich insgesamt nur 26 Prozent der Befragten im Alter zwischen 20 und 35 Jahren für Frauenquoten aus. Zwar war die Befürwortung bei den Frauen höher als bei den Männern, lag aber auch nur bei 33 Prozent. *Bel*

ZUR PERSON

Zur Freude der Islamisten

Zugegeben, es sieht nicht so aus, als ob das Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück in einer rot-grünen Koalition in die Versuchung geraten dürfte, Schaden anzurichten, doch vielleicht wird sich der eine oder andere auf einem Ministerposten in einer Großen Koalition wiederfinden.

Auf jeden Fall sagt es einiges über die SPD aus, dass sie die Bremer Professorin **Yasemin Karakasoglu** als Expertin für Bildung und Wissenschaft in das Kompetenzteam berufen hat. Die Meinung der 48-Jährigen zum Themen Islam, Kopftuch und Zwangsehe ist schwer verdaulich. So erkennt die Erziehungswissenschaftlerin im Kopftuchverbot den Versuch eines „Umerziehungsprogramms“. Für sie ist das Kopftuch kein Symbol der Unterdrückung, was nur eine der Ansichten ist, die der in Wilhelmshaven Geborenen den Unmut der Feministin Alice Schwarzer eingebracht haben. Aus Sicht der Frauenrechtlerin ist Karakasoglu „sehr, sehr eng mit der islamistischen Szene in Deutschland verbandelt“. Aber nicht nur Schwarzer hat die studierte Turkologin gefressen, auch die in Istanbul geborene Autorin Necla Kelek ist nicht gut auf die in zahlreichen Ausschüssen zum Thema Integration sitzende Karakasoglu zu sprechen. So hatte diese Keleks Buch „Die fremde Braut“ zum Thema Zwangsheirat als reißerisches Pamphlet abgetan, in dem Kelek eigene Erlebnisse und Einzelfälle als ein gesellschaftliches Problem dargestellt habe. Kelek hingegen betont, dass Karakasoglus im Jahr 2000 geschriebenes Gutachten zum Thema Kopftuchstreit auch nur auf der Befragung von 25 türkischen Pädagogikstudentinnen beruhe. Aussagen, dass muslimische Jugendliche höhere Kriminalitätsraten aufweisen, bezeichnete Karakasoglu bereits als „rassistisch“. *Bel*





Zeichnung: Mohr

Das machen wir schon

Wie wir den »Krieg gegen den Terror« am Leben halten, warum die »Freunde Syriens« eine neue Parole haben, und was man nur blau erträgt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wir sollen uns mal nicht so haben: Unsere britischen Freunde horchen uns also noch frecher aus als unsere amerikanischen. Na und? Bei dem aufgeregten Gekreische über den „Abhörskandal“ wird völlig unterschlagen, dass dies schließlich zu unserer Sicherheit geschieht und nicht zum Spaß. Es geht um Terrorabwehr. Ist nicht gerade erst wieder ein junger Tunesier aufgeflogen, der mit einem Modellflugzeug Anschläge verüben wollte?

Aber das verdrängen unsere Schönwetterheinis von der Datenschutzfront natürlich. Und wenn's dann knallt, ist das Geschrei groß.

Und wenn es nicht knallt? Wenn die Terrorgefahr sogar ganz gebannt wird, eines Tages? Dann würde es allerdings schwierig, die Abhörerei zu rechtfertigen. Das Schlimme: Damit gingen auch die Nebenprofite des Horchens auf dem Felde der Industriespionage verloren, was für die auftraggebenden Länder sehr schade wäre.

Doch keine Sorge. Obwohl es ohnehin unwahrscheinlich ist, dass wir den „Krieg gegen den Terror“ jemals wegen Mangels an Terroristen einstellen müssen, gehen die Horchstaaten und ihre Verbündeten auf Nummer Sicher und sorgen für Nachschub: Die großen Terrornester entstanden nahezu alle in Regionen und Ländern, in denen die „internationale Gemeinschaft“ zuvor befriedend und demokratisierend eingegriffen hatte, offen oder verdeckt. Und das Geld für die Terroristen stammt von unseren engen Freunden und Verbündeten am Golf: vornehmlich Saudi-Arabien und Katar.

Mit den beiden Ländern haben die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Türkei, Ägypten, Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Deutschland die Gruppe der „Freunde Syriens“ gebildet, die ernste Erfolge vorweisen kann: Aus dem „Bürgerkriegsland“ sind bereits 20 gewaltbereite Islamisten nach Deutschland zurückgekommen, berichtet der Verfassungsschutz. Die seien da unten so fanatisiert worden, dass die Gefahr bestehe, dass sie hierzulande Anschläge verüben könnten. „Schlimmstenfalls kommen sie mit einem direkten Kampfauftrag zurück“, fürchtet Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen.

Mit einem „Kampfauftrag“ – von wem? Von den syrischen „Rebellen“, von wem sonst? Die werden in Jordanien seit Monaten heimlich von der CIA im Kampf ausgebildet, etwa im Umgang mit panzerbrechenden Waffen und Flugabwehrraketen. Nun haben die „Freunde Syriens“ auf ihrer Konferenz in Katar zudem beschlossen, den „Rebellen“ auch offen militärische Hilfe zukommen zu lassen. Natürlich nur den richtigen, den guten. Um das sicherzustellen, sitzt als „Freund Syriens“ ja auch Saudi-Arabien mit am Tisch, das Land, wo der Salafismus, der radikale Islamismus also, Staatsdoktrin ist.

> Vom »Ende des Blutvergießens« ist keine Rede mehr. Ab jetzt machen wir mit beim Krieg

Laut Maaßen sind noch weitere 40 junge Männer, die zuvor in Deutschland gelebt hatten, zu den syrischen „Rebellen“ gestoßen, um sich dort terroristisch auf Touren bringen zu lassen. Er hält es für möglich, dass auch sie mit „Kampfauftrag“ im Kopf in die Bundesrepublik zurückkehren. Dann können wir sie ja mal fragen, ob sie auch gut waren, die Waffen, die wir ihnen geschickt haben.

Spätestens, wenn eine unserer über die Türkei nach Syrien geschmuggelten Flugabwehrraketen in einer Lufthansa-Maschine gelandet ist, wird es kein Halten mehr geben. Insbesondere unsere amerikanischen Freunde werden uns dann nicht im Stich lassen und ihre Späh-Aktionen im Krieg gegen den Terror deutlich ausbauen als „Antwort auf die Bedrohung“. Mindestens so weit, bis auch die letzte Bauzeichnung von Airbus bei Boeing auf dem Tisch liegt.

In der Syrien-Debatte muss man übrigens sehr flexibel und, wenn's drauf ankommt, blitzschnell die Argumentation wechseln. Viele, viele Monate lang forderten die „Freunde Syriens“ in Berlin und anderswo vor allem eines: „Ein Ende des Blutvergießens!“

Dummerweise kam ein solches Ende tatsächlich in Reichweite. Assads Regierungstruppen nahmen eine „Rebellen“-Stellung nach der anderen und es sah so aus, als ob sie die Freunde der „Freunde Syriens“ bald besiegen und den despotischen, aber friedlichen Zustand von vor dem Krieg wiederherstellen könnten – Ende des Blutvergießens!

Von dieser Aussicht aufgeschreckt hat sich die Koalition der „Freunde“ in Katar versammelt und eine neue Losung ausgetüftelt. Nun heißt es, man müsse unbedingt das „Kräftegleichgewicht“ wiederherstellen, anders gesagt: dafür sorgen, dass der Krieg auf jeden Fall weitergeht. Daher jetzt die offenen Waffenlieferungen.

Die Lage ist mittlerweile derart verzwickt, dass die „Freunde“ sogar die eine Losung ausgeben, um gleichzeitig das genaue Gegenteil zu sagen oder gar zu tun. So ließ Frankreichs Außenminister Laurent Fabius verlauten: „Wir lehnen die Internationalisierung des (Syrien-)Konflikts kategorisch ab.“ Das sagte er unmittelbar nach jenem Katar-Gipfel, auf dem die „Freunde Syriens“ genau das, nämlich eine „Internationalisierung des Konflikts“ per ausländische Waffenhilfe für die Assad-Gegner, beschlossen hatten. Wenn Heuchelei eine Kunstform ist, gehört diese Pirouette auf die Liste des Unesco-Weltkulturerbes.

Nicht jede „Internationalisierung“ ist nämlich gleich: Die „Freunde“-Koalition will nur nicht, dass ihnen der Iran und Russland dazwischenfunken, nur das lehnen Fabius und seine Verbündeten ab. Schließlich will man freie Hand in Damaskus.

Allerdings dürfte auch in der Reihe jener „Freunde“ nicht jeder das Gleiche wollen. Der Türke Erdogan träumt von einem neuen Osmanischen Reich und sieht es daher gern, wenn die ehemaligen Kolonien auf der Arabischen Halbinsel in Fetzen gehen. Da kann man sich dann nach Belieben was rausschneiden. Die Saudis wollen den Alawiten und ganz und gar weltlichen Präsidenten Assad weghaben, um einen weiteren Gottesstaat errichten zu können, der im „Heiligen Krieg“ die christliche Minderheit Syriens austilgt. Die USA, England und Frankreich haben sich offenbar darauf spezialisiert, alle halbwegs stabilen arabischen Regime in Nordafrika und dem Nahen Osten zu Klump zu hauen. Vielleicht, weil ihre Ölgesellschaften mit den darauf folgenden wackligen Staatsruinen, die wir heute in Tunesien, Libyen oder Ägypten bestaunen dürfen, leichteres Spiel haben? Man weiß es nicht.

Aber was, zum Teufel, hat eigentlich Deutschland mit all diesen schrägen Projekten am Hut? Wir wollen keine islamistischen Gottesstaaten (hoffe ich doch), kein Osmanisches Reich (hm?) und nennenswerte Ölgesellschaften haben wir auch nicht. Jedenfalls keine, für deren Interessen Berlin Krieg führen möchte.

Also, was wollen wir da? Ach richtig, ich hatte es fast vergessen: Wir sind ja auch „Teil der internationalen Gemeinschaft“ und „stehen zu unseren Verpflichtungen“. Auf Deutsch: Wenn es eine gewisse Riege von Regierungen verlangt, steigen wir in jedes Jauchefass. Das mit den „Verpflichtungen“ wiederholen Merkel und Westerwelle bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Allerdings kommt das beim Außenminister viel eindrucksvoller rüber als bei der Kanzlerin. Merkel fehlt diese Aura des etwas vertrottelten, aber stets eilfertigen Klassenprimus, die Westerwelle umgibt, wenn er von „unseren Verpflichtungen“ salbadert.

In Afghanistan hocken unsere Soldaten nun schon seit über einem Jahrzehnt wegen der „Verpflichtungen“. Wenigstens erfreuen sich die Uniformierten der regen Aufmerksamkeit ihrer Heimatfront. Das heißt, interessieren tun wir uns eigentlich nur dafür, wenn unsere Soldaten angeblich etwas falsch gemacht haben. Dieser Tage erregt sich die Journaille darüber, dass der eine oder andere deutsche Soldat in Masar-i-Scharif ein Glas zu viel getrunken haben könnte. Ach ja? Sie sollen sich doch der Umgebung anpassen! Beim Bewachen von Rauschgiftplantagen ist Nüchternheit doch wohl kaum die angemessene Haltung.

MEINUNGEN

***Michael Klonovsky** machte sich in seinem Internet-Tagebuch (michael-klonovsky.de) am 16. Juni Gedanken darüber, dass **Integration** schon besser funktioniert hat:*

„Dass es mit jungen Muslimen kaum Probleme geben würde, wenn sie ins Kaiserreich eingewandert wären, muss wohl kaum eigens erwähnt werden. Will sagen: Multikulturelle Gesellschaften funktionieren letztlich nur, wenn eine starke, Identifikation ermöglichende, notfalls aber auch bloß drohfähige Macht sie überkuppelt.“

*In die gleiche Richtung zielen auch die Überlegungen von **Jürgen Elsässer**, Chefredakteur des Monatsmagazins „Compact“, der in der Juli-Ausgabe seines Blattes schreibt:*

„Nicht indem wir Deutsche uns immer kleiner machen, werden wir ihre Freundschaft gewinnen – sondern, indem wir uns unserer Stärken besinnen. Kein stolzer Türke hält etwas von Multikulti, für diesen Quatsch sind nur ihre hiesigen Funktionäre. Zwischen Bosporus und Anatolien gilt hingegen das Motto ‚Ich bin stolz, ein Türke zu sein‘. Wenn auch wir deutsche unsere Leitkultur – Luther, Goethe, Kant, Bismarck, Adenauer – wieder mit Leben füllen, wird ihnen die Integration nicht schwerer, sondern leichter fallen.“

***Hans von Storch**, Leiter des Instituts für Küstenforschung am Helmholtz-Zentrum in Geesthacht und Anhänger der Theorie, dass es eine menschengemachte Erderwärmung gibt, **kritisiert** im „Spiegel“ vom 17. Juni das Gros seiner **Klimaforscherkollegen**:*

„In der Tat war es sicher der größte Fehler der Klimaforscher, den Eindruck zu erwecken, sie würden endgültige Wahrheiten verkünden. Am Ende kommt dann so ein Unfug heraus wie die aktuelle Klimaschutzbroschüre des Umweltbundesamts mit dem Titel ‚Sie erwärmt sich doch‘. Solche Pamphlete werden sicher keine Zweifler überzeugen. Es ist nicht schlimm, wenn



wir Fehler machen und uns korrigieren müssen. Schlimm war nur, vorher so getan zu haben, als wäre man unfehlbar. Dadurch verspielen wir das wichtigste Kapital, das wir als Wissenschaftler haben: das Vertrauen der Öffentlichkeit. So etwas haben wir schon einmal beim Waldsterben erlebt, von dem lange nichts mehr zu hören war.“

*DIHK-Präsident **Eric Schweizer** lässt an den **Steuererhöhungsplänen** von Rot und Grün in der „Süddeutschen Zeitung“ (25. Juni) kein gutes Haar:*

„Eine Vermögensteuer oder eine deutlich höhere Erbschaftsteuer einzuführen geht nicht, ohne die Substanz der Unternehmen anzugreifen. Wenn die Opposition das Gegenteil behauptet ist das so, wie wenn man sagen würde: Wir fahren Ski bei 35 Grad und Sonne.“